

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft  
*The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics*

Foders, Federico; Heitger, Bernhard; Hiemenz, Ulrich; Laaser, Claus-Friedrich; Lücke, Matthias; Schmieding, Holger; Schrader, Jörg-Volker; Schrader, Klaus; Gnoth, Werner; Hämmerling, Agnes; Kämpfe, Martina; Sigmund, Peter; Werner, Klaus

**Working Paper**

## Die wirtschaftliche Lage Rußlands und Weißrußlands: Systemtransformation am Scheideweg. Erster Bericht

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 193/194

**Provided in cooperation with:**

Institut für Weltwirtschaft (IfW)

Suggested citation: Foders, Federico; Heitger, Bernhard; Hiemenz, Ulrich; Laaser, Claus-Friedrich; Lücke, Matthias; Schmieding, Holger; Schrader, Jörg-Volker; Schrader, Klaus; Gnoth, Werner; Hämmerling, Agnes; Kämpfe, Martina; Sigmund, Peter; Werner, Klaus (1992) : Die wirtschaftliche Lage Rußlands und Weißrußlands: Systemtransformation am Scheideweg. Erster Bericht, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 193/194, <http://hdl.handle.net/10419/918>

**Nutzungsbedingungen:**

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

**Terms of use:**

*The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at*

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>  
*By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.*

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

193/194

Deutsches Institut für  
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle

Institut für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel

# **Die wirtschaftliche Lage Rußlands und Weißrußlands Systemtransformation am Scheideweg**

**Erster Bericht**

Deutsches Institut für  
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle

Institut für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel

# **Die wirtschaftliche Lage Rußlands und Weißrußlands Systemtransformation am Scheideweg**

**Erster Bericht**

AG 3556 / 92  
Weltwirtschaft  
Kiel

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

**Die wirtschaftliche Lage Russlands und Weissrusslands :**

Systemtransformation am Scheideweg / Deutsches Institut für  
Wirtschaftsforschung, Berlin ... - Kiel : Inst. für  
Weltwirtschaft.

NE: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung <Berlin>

Bericht 1 (1992)

(Kieler Diskussionsbeiträge ; 193/194)

ISBN 3-89456-032-0

NE: GT



Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel  
Postfach 43 09, D-2300 Kiel 1

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung ist es auch nicht  
gestattet, den Band oder Teile daraus  
auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

ISSN 0455 - 0420

# Inhaltsverzeichnis

<b>I. Systemwechsel</b> .....	5
1. Zur Desintegration der Russischen Föderation.....	5
2. Zeitliche Abfolge von Reformen.....	9
3. Grundfragen der Privatisierung.....	11
<b>II. Makroökonomische Entwicklung</b> .....	13
1. Stabilisierungspolitik.....	13
2. Öffentliche Haushalte.....	14
3. Banken in Schieflage.....	16
4. Unterentwickeltes Zahlungssystem.....	17
5. Währungsregime und Wechselkurs.....	18
6. Bedingungen für eine erfolgreiche Stabilisierung.....	19
<b>III. Außenwirtschaft</b> .....	20
1. Außenhandel.....	20
2. Auslandsverschuldung.....	24
3. Zahlungsbilanzentwicklung.....	25
<b>IV. Industrie</b> .....	26
1. Die Entwicklung seit 1990.....	26
2. Marktstrukturen.....	27
3. Investitionen und Kapitalstock.....	27
4. Beschäftigung.....	28
<b>V. Agrarsektor</b> .....	29
1. Produktion und Verbrauch Mitte 1992.....	29
2. Stand der Reformen.....	30
3. Handlungsbedarf.....	32
<b>VI. Energiewirtschaft</b> .....	32
1. Angebotsschwäche setzt sich fort.....	32
2. Verbrauch unvermindert hoch.....	33
3. Sinkende Energieexporte.....	34
4. Die energiepolitische Erblast und Lösungsansätze.....	34
<b>VII. Umweltschutz</b> .....	36
1. Luftreinhaltung.....	36
2. Gewässerschutz.....	36
3. Abfallbeseitigung.....	37
4. Umweltpolitik.....	38

<b>VIII. Binnenhandel .....</b>	<b>39</b>
1. Ausgangslage .....	39
2. Reformansätze und Handlungsbedarf .....	40
3. Interregionaler Handel.....	41
<b>IX. Verkehrs- und Fernmeldewesen.....</b>	<b>42</b>
1. Ausgangslage .....	42
2. Grundprobleme des Verkehrswesens .....	42
3. Rückständiges Fernmeldewesen .....	43
4. Reformansätze im Verkehrs- und Fernmeldewesen .....	44
<b>X. Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte .....</b>	<b>44</b>
1. Einkommen und Verbrauch.....	44
2. Reform des sozialen Sicherungssystems .....	46
<b>XI. Perspektiven der Entwicklung und wirtschaftspolitische Empfehlungen.....</b>	<b>47</b>
1. Ausgangslage .....	47
2. Was unumgänglich ist .....	47
3. Mittel- und längerfristige Aufgaben.....	50
4. Voraussetzungen und Chancen westlicher Hilfe .....	50
<b>XII. Besonderheiten Weißrußlands .....</b>	<b>51</b>
1. Die aktuelle Situation.....	51
2. Der Stand der Reformen.....	53
3. Perspektiven.....	54
<b>Anhang 1: Die Organisation und die Wege der Privatisierung .....</b>	<b>55</b>
<b>Anhang 2: Beteiligung von Ausländern an der Privatisierung .....</b>	<b>56</b>
<b>Anhang 3: Anmerkungen zur Datenlage .....</b>	<b>57</b>
<b>Anhang 4: Sozialpolitische Aufgaben des russischen Regierungsprogramms.....</b>	<b>59</b>
<b>Anhangtabellen.....</b>	<b>60</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>68</b>

---

Dieser Bericht wurde Ende August 1992 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft haben Federico Foders, Bernhard Heitger, Ulrich Hiemenz, Claus-Friedrich Laaser, Matthias Lücke, Holger Schmieding, Jörg-Volker Schrader und Klaus Schrader mitgewirkt. Der Bericht wurde auch vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, in den DIW-Wochenberichten, Nr. 42/92, und in einer Publikation des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle veröffentlicht.

*Der Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 22. Mai 1992 dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, dem Institut für Weltwirtschaft, Kiel, und dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle einen Forschungsauftrag mit dem Titel "Die wirtschaftliche Situation Rußlands und Weißrußlands — wirtschaftliches Potential und mögliche Entwicklungslinien" erteilt. Es handelt sich dabei um das erste Teilprojekt einer für mehrere Jahre konzipierten Analyse der Reformprozesse in Rußland und Weißrußland, die mit einer Beratung der Regierungen und Parlamente dieser Länder verbunden werden soll. Die beteiligten Institute legen hiermit ihren ersten Bericht über die bisherigen Reformbemühungen und die Perspektiven für den Transformationsprozeß in Rußland und Weißrußland vor.*

*Bei diesem Bericht handelt es sich schwerpunktmäßig um den Versuch einer Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Lage in den beiden Ländern. Die nach wie vor unsichere politische Lage, der institutionelle Umbruch und das Fehlen eines zuverlässigen Berichtssystems erschweren eine genaue Analyse. Die Institute waren deshalb darauf angewiesen, die erheblichen Informationslücken durch eigene Recherchen vor Ort, durch schriftliche und mündliche Befragungen von staatlichen Stellen und einheimischen Wissenschaftlern sowie durch Zusammenarbeit mit in den Untersuchungsländern ebenfalls engagierten internationalen Organisationen wie Internationaler Währungsfonds und Weltbank zu schließen. Dennoch sind in Teilbereichen erhebliche Unsicherheiten über den tatsächlichen Ablauf des Transformationsprozesses verblieben.*

*Nach den Vorstellungen des Auftraggebers sollte der Bericht im Umfang knapp gehalten werden. Er konzentriert sich deshalb auf die wichtigsten Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung und der Reformpolitik in der Russischen Föderation. Über die wirtschaftliche Lage in Weißrußland wird lediglich ein kurzer Überblick gegeben. Es ist geplant, die wirtschaftliche Lage Weißrußlands in einem weiteren Bericht ausführlicher zu untersuchen.*

## **I. Systemwechsel**

### **1. Zur Desintegration der Russischen Föderation**

#### **a. Kompetenzwirrwarr**

Während die Zentralorgane in Moskau ihre dirigistische Kontrolle über die Sowjetunion verloren, gewannen die einzelnen Republiken der UdSSR ihre Selbständigkeit. Da das Kernland "Rußland" selbst eine Föderation mit einer immensen geographischen Ausdehnung und einer großen ethnischen Vielfalt ist, muß es die Suche nach tragfähigen staatlichen Strukturen im Prinzip unter ähnlichen Bedingungen nachvollziehen wie zuvor die Sowjetunion. Zahlreiche politische Körperschaften, die im alten System geschaffen wurden, haben ihre Tätig-

keit umgestellt. Sie verfolgen ihre eigene Ziele und haben ihre eigenen Vorstellungen über Strategie und Geschwindigkeit der eventuellen Reformen. Sie streiten über ihre gegenwärtigen und zukünftigen Kompetenzen. Wichtige Entscheidungen werden nun auf regionaler Ebene getroffen. Einige Gebietskörperschaften führen das bisherige Wirtschaftssystem weitgehend fort, andere verfolgen mehr oder weniger selbstgewählte Modelle für die wirtschaftliche Umgestaltung.

Im März dieses Jahres wurde ein Föderationsvertrag unterzeichnet, der Bestandteil der noch zu diskutierenden zukünftigen Verfassung werden soll. Danach hat die Russische Föderation 80 Mitglieder — die 16 autonomen Republiken, die noch zu Zeiten der UdSSR innerhalb der Grenzen Rußlands existierten, die 4 autonomen Gebiete, die nun ebenfalls Republiken heißen, und die 60 Oblaste (Verwaltungsdistrikte) Rußlands. Die große Zahl der Teilnehmer erschwert und verzögert den verfassungsgebenden Prozeß erheblich. Wegen fehlender Kompetenzverteilung enthalten derzeit Gesetze den Passus, daß abweichende Beschlüsse auf der untergeordneten regionalen Ebene getroffen werden können. So nehmen die Unterschiede in der praktischen Politik und die Gegensätze zwischen den Regionen mit der Zeit zu. Der Zerfall der Föderation schreitet fort.

Das Spiegelbild des politischen Kompetenzwirrwarrs ist eine Desintegration der Wirtschaftsverfassung. Nach der derzeitigen Gesetzeslage können die Unternehmen bestimmen, was und wie sie produzieren, wie hoch die Zahl der Beschäftigten sein soll und was die Arbeitnehmer verdienen (wenn die Kosten durch Einnahmen gedeckt werden). Das alte System der Staatsaufträge hätte demnach aufgegeben werden müssen, so wie die Zentralregierung es in einem entsprechenden Beschluß verkündete. Die Regierungen der Regionen haben jedoch das Recht erhalten, in ihrem Bereich eigene Staatsaufträge zu erteilen.<sup>1</sup> Art und Umfang dieser Aufträge sollen weiter zwischen der Zentralregierung und der entsprechenden Region abgestimmt werden. Dieses Recht nutzen die Regionen in unterschiedlichem Maße. Sie beanspruchen mit oder ohne Zustimmung aus Moskau bis zu 50 vH der Produktion von örtlich knappen Gütern und von Gütern, die sich auch außerhalb der Region gut verkaufen lassen.

Die Provinzregierungen versuchen den überregionalen Handel durch obligatorische Aus- oder Einfuhrgenehmigungen und umfangreiche Handelsabkommen zu kontrollieren. Der tatsächliche Einfluß der Gebietskörperschaften variiert von Region zu Region. Zentrale Industrieverbände, die Zentralregierung und die sogenannte Mafia sind andere wichtige Akteure. Auch die Findigkeit der Manager begrenzt de facto die Kontrolle der Provinzregierungen über den Handel.

Früher erhielten die Gebietskörperschaften erhebliche Finanzmittel für die Produktion von nichthandelbaren Gütern und Diensten aus Moskau. Die Zentralregierung hat diese Zahlungen weitgehend eingestellt und außerdem zusätzliche, mit Ausgaben verbundene Aufgaben auf die Gebietskörperschaften abgewälzt. Diese Über-

---

<sup>1</sup> Gesetz der Russischen Föderation "Über die Lieferung von Erzeugnissen und Waren für den staatlichen Bedarf" vom 28. Mai 1992 (*Ekonomika i zizn'*, Nr. 27, Juli 1992, S. 23).



tragung von Kompetenzen an die regionalen Gebietskörperschaften kann als eine nachträgliche Sanktionierung des eigenmächtigen Handelns von regionalen Gebietskörperschaften interpretiert werden; sie hängt aber auch mit der mißglückten fiskalpolitischen Strategie der Regierung der Russischen Föderation zusammen. Um die eigenen Ausgaben zu reduzieren und so eine bessere Budgetsituation ausweisen zu können, wurden Ausgaben auf Provinzregierungen und das Bankensystem abgewälzt. Die Rechnung ging jedoch nicht auf, da erwartete Einnahmen für den Zentralhaushalt ausblieben. Die Regierungen der Oblaste, der autonomen Gebiete oder der Republiken der Russischen Föderation erhalten variierende Gewinnabführungen von Unternehmen, die sie kontrollieren; die regionalen Behörden ziehen Steuern ein, behalten einen Teil der Einnahmen ein und überweisen den Rest an die Zentralregierung. Es ist umstritten, wie hoch der einbehaltene Anteil sein darf. In der Regel erhält die Zentralregierung weniger, als sie beansprucht.

Die untergeordneten Gebietskörperschaften erlassen weiterhin Verordnungen, die den Entscheidungen der übergeordneten Organe widersprechen. Dies trägt dazu bei, daß die wirtschaftliche Umstellung zu einer Desintegration Rußlands ausufert. Alte ethnisch und religiös bedingte Konflikte sind im Vielvölkerstaat wieder entflammt. In mancher Hinsicht ist die Russische Föderation zur Zeit mehr auf dem Papier als in der Realität ein Staat. Gesetze und Erlasse werden nur unzureichend durchgesetzt. Angesichts der regionalen Kontrollen und der Beschränkungen des interregionalen Handels kann Rußland zur Zeit nicht einmal als gemeinsamer Markt bezeichnet werden (vgl. Kapitel VIII).

#### *b. Das Programm der Regierung der Russischen Föderation*

Die Regierung der Russischen Föderation versucht, der wirtschaftlichen und politischen Desintegration Einheit zu gebieten. Gemäß Kapitel 8 ihres politischen Programms von 1992<sup>2</sup> sollen für die Russische Föderation einheitliche Regeln eingeführt werden. Da aber die Mitglieder der Föderation weiterhin das Recht behalten sollen, eigene Lösungen zu finden, dürften auch die angekündigten Regeln nicht einheitlich sein. Als Ausgangspunkt des Programms wird festgestellt, daß sich die Regionen der Föderation voneinander unterscheiden und unterschiedliche Entwicklungsmodelle verfolgen. Diese Unterschiede sollen in der Organisation der Föderation berücksichtigt werden. Sie können dabei bedingen, daß die einzelnen Mitglieder der Föderation auf unterschiedliche Weise in die Föderation eingebunden werden können. Damit wird das Verhalten der autonomen Republiken wie Tartarstan akzeptiert, die als Vorreiter in Sachen Autonomie ein Beispiel für die anderen Regionen setzten. Wegen dieser Spielräume kann das Programm die Rolle der föderativen Organe nicht spezifizieren. Diese Rolle wird lapidar mit "übergreifenden Aufgaben" und "Koordination" benannt. Das Programm

---

<sup>2</sup> Dieses Programm soll dem Parlament im Oktober zur Abstimmung vorgelegt werden.

enthält keinen Vorschlag für eine klare Verteilung von Kompetenzen zwischen regionalen und zentralen Körperschaften.

Die Autonomie einer Region wird auf die Weise beschrieben, daß die Wirtschaftspolitik in dieser Region zwar in Abstimmung mit den zentralen Organen konzipiert werden muß. Da aber die Verantwortung für die Entwicklung letztlich bei den örtlichen Organen liegt, entscheiden diese auch. Sie können z.B. eine eigene Struktur- und Investitionspolitik mit Mitteln wie Steuer- und Abgabenbefreiungen, technischen Hilfen, billigen Krediten und Verfügungen über Boden und Naturressourcen betreiben. Nur in Sonderfällen sollen die Regionen eine Hilfe der Zentralregierung erhalten. Diese allgemeine Aussage widerspricht jedoch der Vielzahl von Regionalprogrammen, die die Zentralregierung für eine lange Liste potentieller Empfänger angekündigt hat. Ein besonderer Schutz und entsprechende Hilfen werden den vielen Nationen auf dem Gebiet der Föderation versprochen.

Die Finanzierung der angekündigten Regionalhilfen bleibt im unklaren. Es wird lediglich angegeben, daß ein neues Steuersystem für eine hinreichende Finanzierung und zweckmäßige Verteilung von Steuergeldern sorgen wird. Da dieses System einerseits auf dem gesamten Gebiet der Föderation einheitlich eingeführt werden soll, andererseits aber regionale Sonderlösungen erwogen werden, ist nicht ersichtlich, wie die Zentralregierung ihre Finanzierungsprobleme im föderativen Rahmen lösen will. Das Programm empfiehlt zudem, die Zahl der Föderationsmitglieder auf 11 große Regionen zu beschränken, die wiederum aus 8 territorialen "Assoziationen" bestehen sollen. Es ist nicht geregelt, wie diese Regionen aus den heutigen Mitgliedern zu bilden wären.

Das Land braucht schnell eine zweckmäßige Verfassung. Entweder muß eine starke Zentralregierung das föderative Element beschneiden oder die Föderation muß als solche lebensfähig gemacht werden. Praktische ökonomische Erwägungen und die ohnehin starke Stellung von Regionen sprechen für eine föderative Lösung, die eindeutig festlegt, welche Rechte und Pflichten die zentralen Organe (Präsident, Parlament, Regierung) haben, welche Gesetze alle Teile der Föderation gemeinsam haben sollen und welche Gesetze die einzelnen Regionen folglich selbst erlassen können. Wenn diese Kompetenzen nicht eindeutig zugeordnet werden, ist ein wirtschaftlicher Transformationsprozeß nicht vorstellbar. Zu den besonders umstrittenen Fragen zählen die Eigentums- und Nutzungsrechte an Naturressourcen, die Entscheidungsrechte und die daraus wachsenden Pflichten bei der Aufrechterhaltung staatlicher Unternehmen sowie das Recht zu bestimmen, was, wann und wie privatisiert wird.

## 2. Zeitliche Abfolge von Reformen

Für die Russische Föderation ist eine beeindruckende Vielzahl von Gesetzen verabschiedet worden, die der Transformation der Wirtschaft dienen sollen. Dazu zählen ein Gesetz über die Privatisierung von Staats- und Kommunalbetrieben vom 3. Juli 1991 (Izvestija — Zakon, Nr. 1, Januar 1992), das am 5. Juni 1992 revidiert wurde (Rossijskaja gazeta vom 9.7.1992), und ein Gesetz vom 22. März 1991 "Über den Wettbewerb und die Eindämmung monopolistischer Tätigkeit auf den Warenmärkten" (Ekonomika i zizn', Nr. 19, Mai 1991). Bereits am 25. Dezember 1990 hat das Unternehmensgesetz, das alle Unternehmensformen rechtlich gleichstellt, die Autonomie der einzelnen Unternehmen (als Staatsbetriebe) verankert und die Registrierungs- statt der Genehmigungspflicht bei Neugründungen von Unternehmen eingeführt. Im Dezember 1991 wurde ein ganzes Paket von Steuergesetzen angenommen.<sup>3</sup> Auch im Bereich der sozialen Sicherung der Bevölkerung wurde der Gesetzgeber aktiv. Ein Gesetz vom 13. Dezember 1991 "Über die staatlichen Pensionen der UdSSR" wurde bereits am 6. Februar 1992 für die Russische Föderation (Ekonomika i zizn', Nr. 11, März 1992) revidiert. Im März und April 1992 wurden Arbeitsverträge und Mindestgehälter gesetzlich geregelt, für die Mindestgehälter wurde eine gesetzliche Indexierung eingeführt. Auch das Finanzwesen wurde neu geregelt, zuerst mit dem Gesetz vom 2. Dezember 1990 "Über die Banken und Bankentätigkeit" (Business und Banken, Nr. 4, Februar 1991). Die Wirtschaft wurde am 4. Juli 1991 in einem begrenzten Umfang für ausländische Investoren geöffnet. Am 20. Februar 1992 wurde das Gesetz "Über die Warenbörsen und den Börsenhandel" (Financial & Business News, Nr. 8, April 1992) beschlossen.

Dazu kamen und kommen viele Erlasse des Präsidenten, Verordnungen des Ministerrates, Instruktionen der einzelnen Minister und Beschlüsse des Präsidiums des Parlaments der Russischen Föderation. Es ist auffallend, daß auch wichtige Themen in Erlassen statt in Gesetzen geregelt wurden, beispielsweise in Erlassen "Über die Handelsfreiheit" (Pravitel'stvennyj vestnik, Nr. 6, Februar 1992), "Über die beschleunigte Privatisierung staatlicher und kommunaler Betriebe" (Pravitel'stvennyj vestnik, Nr. 8, Februar 1992) vom 29. Januar 1992, "Über organisatorische Maßnahmen zur Umwandlung staatlicher Betriebe in Aktiengesellschaften" (Rossijskie vesti, Nr. 31, Juli 1992) vom 1. Juli 1992, "Über die Maßnahmen zur sozialen Unterstützung der arbeitslosen Bürger" (Rossijskaja gazeta vom 14.7.1992) vom 2. Juli 1992, "Über Konkurse" (Rossijskie vesti vom 30.6.1992) vom 14. Juni 1992. Diese Präsidentenerlasse können kurzfristig geändert werden und schaffen damit weitere Unsicherheiten über den Ablauf des Reformprozesses.

<sup>3</sup> Gesetze "Über die Mehrwertsteuer" (Ekonomika i zizn', Nr. 1, Januar 1992), "Über die Einkommenssteuer für natürliche Personen" (Izvestija — Zakon, Nr. 5, Mai 1992), "Über Vermögenssteuer von natürlichen Personen, die sich mit Unternehmertätigkeit befassen" (Financial & Business News, Nr. 7, April 1992), "Über die Grundlagen des Steuerwesens in der Russischen Föderation (RF)" (Ekonomika i zizn', Nr. 11, März 1992) und "Über die Gewinnsteuer der Betriebe und Organisationen" (Ekonomika i zizn', Nr. 10, März 1991).

Ein Grund für den häufigen Gebrauch von Erlassen anstelle von Gesetzen ist, daß die politischen Instanzen sich oft gegenseitig blockieren. Die Mehrheitsverhältnisse sind vielfach unklar, die Regierung findet nicht immer eine Mehrheit für ihre Politik. Es mag auch in der rechtsphilosophischen Tradition des Landes liegen, daß die Politik mit Erlassen arbeitet. Diese Tradition hat aber prinzipiell den Nachteil, daß eine Gesetzssystematik entsteht, die für Marktwirtschaften wenig geeignet ist. Anstatt die rechtlichen Fundamente der individualistisch orientierten Marktwirtschaft, wie Eigentumsrechte, Vertragsfreiheit und die Abgrenzung des Staatssektors in Gesetzen zu verankern, wird versucht, spezielle Probleme zu lösen — oft Details, die nicht die Form eines Gesetzes benötigen und mit vielen Abgrenzungs- und Definitionsproblemen behaftet sind. Das vermindert die Transparenz des Wirtschaftslebens, destabilisiert Erwartungen und trägt nicht zur Glaubwürdigkeit der Reformen bei.

Generell sind beim Übergang von einer Plan- zur Marktwirtschaft vier große Aufgabenbereiche zu bewältigen: der Aufbau der institutionellen Infrastruktur, die einzelwirtschaftliche Liberalisierung nach innen und außen, die Bewahrung oder Wiedererlangung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität und die Privatisierung der Staatsbetriebe. Während der institutionelle Wandel und die Privatisierung notwendigerweise Zeit in Anspruch nehmen, kann die Preisfreigabe schlagartig erfolgen, sobald Gesetze über individuelle Vertragsfreiheit (entsprechend BGB und HGB) eingeführt werden. Der Stellenwert der Stabilisierung hängt von der Ausgangslage ab.

Im Idealfall einer optimalen Reihenfolge der Einzelschritte (sequencing) würden zunächst einige wichtige institutionelle Grundlagen der Marktwirtschaft gelegt, bevor die Preise freigegeben und die Märkte geöffnet werden. Zu den Grundlagen zählen auch eine Reform des Sozialsystems und eine Änderung der Staatsaufgaben und des Steuerwesens.

Die Russische Föderation konnte dieser Sequenz nicht folgen: Da sich Ende 1991 ein extremer Inflationsstau aufgebaut hatte, der sich teilweise auf den grauen Märkten entlud, hatte die neue Regierung kaum eine andere Wahl, als mit der Preisliberalisierung zu beginnen, um den völligen Zusammenbruch des offiziellen Verteilungssystems zu verhindern. Deshalb mußte sie auch die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung anstreben, obwohl nahezu alle wichtigen institutionellen Voraussetzungen fehlten.

Mit den vielen Gesetzen und Erlassen hat Rußland in kurzer Zeit versucht, marktkonforme Institutionen zu schaffen. Da das Problem der Kompetenzverteilung zwischen den zentralen und regionalen Körperschaften jedoch ungeklärt blieb, entfalteten die Gesetze und Erlasse nur geringe Wirkung. In vielen Bereichen ist statt dessen ein Chaos ausgebrochen, selbst Recht und Ordnung werden nur unzureichend durchgesetzt. Individuelle Selbsthilfe äußert sich in Wirtschaftskriminalität und Korruption; organisierte Wirtschaftskriminalität und Selbstbedienungen an kollektivem Eigentum ufern aus. Die großen Staatsunternehmen unterliegen keinen "harten" Budgetbeschränkungen, obwohl sie in ihrem Handeln weitgehend autonom sind. Die erwarteten Steu-

ereinnahmen blieben vielfach aus. Das Defizit der öffentlichen Haushalte wächst, die Inflation beschleunigt sich wieder. Die Privatisierung ist kaum in Gang gekommen.

### 3. Grundfragen der Privatisierung

Um eine positive Angebotsreaktion und eine aktive Anpassung an den Wettbewerb zu erreichen, müssen die Staatsbetriebe einer harten Budgetrestriktion unterworfen und möglichst rasch privatisiert werden. Angesichts der beschriebenen Probleme der Russischen Föderation ist die Ankündigung Präsident Jelzins vom Januar 1992, daß 70 vH sämtlicher Staatsbetriebe bis Ende 1992 in private Hand gegeben werden sollen, unrealistisch. Zum Zweck der Privatisierung staatlicher und kommunaler Unternehmen wurde am 3. Juli 1991 ein Privatisierungsgesetz verabschiedet.<sup>4</sup> Auf der Grundlage dieses Gesetzes wurde im März 1992 ein Privatisierungsprogramm vorgelegt, das Durchführungsbestimmungen sowie die Ziele, Aufgaben, Einschränkungen und das Verfahren der Privatisierung im Jahre 1992 enthält. Gemäß dem Dekret Nr. 721 vom 1. Juli 1992 soll die "große" Privatisierung durch die Umwandlung von Großbetrieben in Aktiengesellschaften eingeleitet werden. Es ist dabei beabsichtigt, bis Ende 1992 etwa 7000 Großbetriebe mit einer Beschäftigtenzahl von mindestens 1000 in Aktiengesellschaften umzuwandeln.

Für die Organisation und die Konzeption der Privatisierung ist das "Staatskomitee für die Verwaltung von Staatsvermögen" (Vermögenskomitee) zuständig, während die eigentlichen Verkaufsaktivitäten auf allen Ebenen der Föderation von sogenannten Vermögensfonds durchgeführt werden. Die betrieblichen Privatisierungspläne werden in Zusammenarbeit von Vermögenskomitee, Belegschaften und Kommunen ausgearbeitet. Die Formen der Privatisierung sind unterschiedlich: Die Anteile an Großbetrieben sollen nach einem festzulegenden Schlüssel an Betriebsangehörige und betriebsfremde Investoren verkauft werden. Dabei können auch Privatisierungsschecks eingelöst werden, die jeder Bürger in einem Wert von 10000 Rubeln bis Ende 1992 erhalten soll. Im Einzelfall ist zudem ein Direktverkauf kompletter Betriebe vorgesehen. Auf dem Wege von Versteigerungen, Ausschreibungen und Direktverkäufen sollen des weiteren Klein- und Mittelbetriebe im Rahmen der "kleinen" Privatisierung veräußert werden.<sup>5</sup>

Im Rahmen der "kleinen" Privatisierung war ursprünglich geplant, 100000 Betriebe im Bereich des Handels, des Handwerks und sonstiger Dienstleistungen zu privatisieren. Bis zum 1. Juli 1992 wurden 53600 staatliche Betriebe im Einzelhandel und in der Gastronomie und 19900 im Dienstleistungssektor zu selbständigen juristischen Personen umgewandelt. Das sind 27 bzw. 21 vH des jeweiligen Gesamtbestandes an Betrieben

<sup>4</sup> Am 5. Juni 1992 erfolgte per Gesetz eine Ergänzung in einigen Punkten.

<sup>5</sup> Zu der Organisation und den Wegen der Privatisierung vgl. ausführlich Anhang 1.

(Izwestija vom 20.7.1992). Dabei handelt es sich überwiegend um eine reine Kommerzialisierung, nicht um eine Privatisierung. Inzwischen sind die Privatisierungsziele zurückgeschraubt worden: Nach der Ende Juni 1992 verabschiedeten neuen Fassung des russischen Reformprogramms soll die "kleine" Privatisierung erst 1994 abgeschlossen sein, von den mittleren und größeren Unternehmen sollen bis 1994 erst 30 vH privatisiert werden.<sup>6</sup>

Bislang hat die russische Privatisierung hauptsächlich auf dem Papier stattgefunden; eine konsistente Privatisierungsstrategie ist nicht in Sicht. Vielmehr scheinen die vorliegenden Privatisierungsvorschriften undurchführbar und wenig systematisch zu sein. Außerdem wirkt sich die fehlende Durchsetzbarkeit legislativer und administrativer Akte gegenwärtig auch bei der Privatisierung als ein unüberwindbares Hindernis aus. Das "Staatskomitee für die Verwaltung von Staatsvermögen" soll zentral den Gebietskörperschaften Eigentumsrechte zuordnen. Dies würde voraussetzen, daß die Entscheidungen des Komitees auf allen föderalen Ebenen akzeptiert werden müßten. Da eine, wenn auch rechtlich nicht abgesicherte, Zuordnung von Eigentumsrechten in der Regel schon spontan erfolgt ist und die Zentralregierung offenbar nicht in der Lage ist, Änderungen des Status quo durchzusetzen, dürfte die verbindliche Klärung der Eigentumsverhältnisse auf absehbare Zeit unmöglich sein.

Ein weiteres Durchsetzungsproblem liegt auf betrieblicher Ebene vor. Unternehmensleitungen und Belegschaften müssen im Rahmen des Verfahrens Privatisierungspläne aufstellen. Wenn sie nicht bereit sind, diese für Investoren attraktiv auszugestalten — was auch soziale Härten mit sich bringen kann —, dürften die Betriebe kaum zu veräußern sein. Da die Beschäftigten in vielen Fällen die Verfügbarkeit über ihre Betriebe als Eigentumsrechte interpretieren, ist ein Wille zur Kooperation bei ihnen kaum zu erwarten; eher ist mit Widerstand gegen einen Privatisierungsprozeß, der an diesen Besitzständen rührt, zu rechnen. Außerdem sind die notwendigen Informationen über das Privatisierungsprogramm bei den Beteiligten oftmals nicht vorhanden. Dies hat zur Folge, daß Fristen nicht eingehalten werden können und Unklarheit über die technische Durchführung besteht. Selbst bei gutem Willen aller potentiell Beteiligten erscheint die geplante Privatisierung unter den herrschenden Umständen damit kaum durchführbar.

Dem russischen Privatisierungsverfahren fehlt es auch an Attraktivität, weil wirtschaftlich interessante Branchen aus dem Privatisierungsprozeß ausgeklammert bleiben bzw. nur konditioniert einbezogen werden. Die eingeschränkte Beteiligung von Ausländern im Rahmen des Privatisierungsprogramms sowie deren unge-

---

<sup>6</sup> Vgl. "Jelzin: Stabilisierung zum Jahresende", VWD-Osteuropa (Nr. 21, Juli 1992, S. 2) sowie "Beginn der zweiten Reformphase in Rußland. Keine Tilgung der Auslandsschulden bis zum Jahre 1996", Neue Zürcher Zeitung vom 5./6.7.1992.

klärter Status<sup>7</sup> mindert die Erfolgsaussichten zusätzlich. Die für verschiedene Privatisierungsarten erforderliche Infrastruktur (wie z.B. Börsen für die Versteigerung) fehlt in vielen Fällen.

Aufgrund der fehlenden institutionellen Voraussetzungen ist eine "große" Privatisierung auf kurze Sicht nicht durchführbar. Jedoch sollte versucht werden, die staatlichen Großbetriebe so rasch wie möglich zu kommerzialisieren. Es erscheint weiterhin sinnvoll, die eigentlichen Privatisierungsanstrengungen auf die "kleine" Privatisierung zu konzentrieren, wo auch kurzfristig Erfolge zu erwarten sind.

## II. Makroökonomische Entwicklung

### 1. Stabilisierungspolitik

Der Zerfall der Sowjetunion ging mit einem völligen Verlust der gesamtwirtschaftlichen Stabilität einher: Die Produktion schrumpfte, hohe Haushaltsdefizite und über die Produktivitätsentwicklung hinausgehende Lohnsteigerungen führten zu einer sich beschleunigenden inflationären Geldschöpfung. Nach der Freigabe der meisten Verbraucherpreise entlud sich das aufgestaute Inflationspotential im Januar 1992 in einem Anstieg der Verbraucherpreise um 345 vH gegenüber dem Vormonat.<sup>8</sup> Danach ging der monatliche Anstieg der Konsumentenpreise zwar deutlich zurück, jedoch ist es der Regierung nicht gelungen, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren. Die russische Inflationsrate ist weiterhin außerordentlich hoch (mit einer Monatsrate im Juni von 17 vH).

Rußland hatte in den ersten drei Monaten dieses Jahres versucht, die Zunahme der Bargeldmenge zu begrenzen: Der Banknotenumlauf stieg wesentlich langsamer als der Verbraucherpreisindex, und zwar auch im Februar und März, also nachdem die große Preiswelle der ersten Januarwochen bereits verebbt war. Die zunehmende Bargeldknappheit führte jedoch nicht zu Preisdisziplin und realwirtschaftlicher Anpassung der Staatsbetriebe, weil diese Betriebe leichten Zugang zu Krediten hatten. Die Banken haben kurzfristige Dreimonatskredite zur Deckung laufender Kosten vergeben, die Zentralbank hat direkte Refinanzierungsmöglichkeiten zu niedrigen Zinsen eingeräumt, und die Betriebe haben sich untereinander verschuldet.

Die zwischenbetrieblichen Außenstände sind von 35 Mrd. Rubel am Jahresanfang bis Anfang Juli auf 2,5 Bill. Rubel emporgeschnellt (Ekonomika i zizn', Nr. 30, Juli 1992, S. 5). Dies geht weit über normale Liefe-

<sup>7</sup> So sind ausländische Investoren von der "kleinen" Privatisierung ausgeschlossen und benötigen beim Erwerb von Beteiligungen an Betrieben in wichtigen Branchen eine staatliche Lizenz. Zu Einzelheiten vgl. Anhang 2.

<sup>8</sup> Materialien des russischen Staatskomitees für Statistik zur Wirtschaftslage der Russischen Föderation im 1. Halbjahr 1992 (Moskau 1992, S. 19).

rantenkredite hinaus. Mittlerweile wurde von der Zentralregierung beschlossen, diese Verbindlichkeiten mit Hilfe zweckgebundener Kredite in Bankschulden umzuwandeln und zu saldieren. Außerdem sollen die Unternehmen zukünftig gezwungen werden, Aktiva zu verkaufen, wenn sie ihre Verpflichtungen auf andere Weise nicht erfüllen können (Ekonomika i zizn', Nr. 24, 1992, S. 5). Der Kern des Problems ist jedoch nach wie vor ungelöst. Er liegt in den Mängeln des Rechtswesens, der Macht der Großbetriebe und in Mängeln des Zahlungssystems. Zunächst hat die Zentralregierung Lieferantenkredite sogar befürwortet oder zumindest geduldet. Selbst wenn sie von dieser Linie abkehren sollte, wäre noch nicht gesichert, daß die verantwortlichen regionalen Gebietskörperschaften ihrem Beispiel folgen.

Als die ersten Dreimonatskredite im April fällig wurden, konnte kaum ein Staatsbetrieb seine Schulden begleichen. Um Firmenzusammenbrüche zu vermeiden und das Auszahlen überfälliger Löhne zu ermöglichen, gaben Regierung und Zentralbank nach nur knapp vier Monaten den ersten Versuch einer gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung auf Druck des Parlaments und wirtschaftlicher Interessenvertretungen wieder auf. Die Betriebe konnten alte Kredite verlängern und neue Gelder erhalten: Die russische Regierung hat den Industrieunternehmen im April zusätzlich 200 Mrd. Rubel subventionierten Kredits zugesagt, der Betrag wurde binnen weniger Wochen auf 500 Mrd. Rubel erhöht (Economist vom 27.6.1992, S. 86). Weitere umfangreiche Geldspritzen sollen folgen. Um die Löhne in bar auszahlen zu können, ließ man die Notenpressen schneller laufen. Die Bargeldmenge stieg im ersten Halbjahr 1992 um 100 vH, wobei allein 31 vH der Banknotenemission auf den Monat Juni entfiel. Im Juli beschleunigte sich diese Entwicklung weiter: Ende Juli waren bereits 736,4 Mrd. Rubel Bargeld im Umlauf (Ende 1991: 276,9 Mrd. Rubel) (Kommersant, Nr. 34, 1992, S. 8). Für den Herbst wird ein neuer Inflationsschub erwartet. Am Jahresende könnte das Preisniveau durchaus 20mal so hoch sein wie vor der Preisfreigabe zu Jahresbeginn.

## 2. Öffentliche Haushalte

Die russischen Gebietskörperschaften haben Ende 1991 eine schwere fiskalische Erblast übernommen. Die sowjetische Staatsverschuldung hatte bereits seit 1985 stark zugenommen. Allein von Ende 1990 bis Ende 1991 hat sie sich nahezu verdoppelt (von 566,1 auf 1050 Mrd. Rubel).<sup>9</sup> Die Größenordnung der Staatsverschuldung (Ende 1991 knapp 60 vH des Bruttosozialprodukts für die Sowjetunion) ist nach westlichen Maßstäben zwar hoch; sie wäre aber im Prinzip noch tragbar. Der Schuldenbestand wird durch die derzeitige

<sup>9</sup> Vgl. Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1990 g (Moskau 1991, S. 19); Izvestija vom 23.1.1992 und 5.3.1992. Neben den Haushalten der einzelnen Gebietskörperschaften existieren noch eine Reihe öffentlicher Nebenhaushalte wie Pensionsfonds, Stabilisierungsfonds und Investitionsfonds. Die Systematik sowjetischer bzw. russischer Quellen entspricht nicht den bei uns üblichen Abgrenzungen öffentlicher Haushalte.



Hyperinflation sogar schnell entwertet. Das eigentliche Problem stellt das rasche Tempo der Neuverschuldung dar. In Rußland werden die Defizite der Gebietskörperschaften nicht über einen funktionierenden Kapitalmarkt, sondern fast ausschließlich über Kredite der Notenbank finanziert.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat mittlerweile die Aufgabe übernommen, die Entwicklung der öffentlichen Haushalte der letzten Jahre nach westlichen Abgrenzungskriterien nachzuzeichnen. Für das Jahr 1991 wurde dabei versucht, Rußlands fiktiven Anteil am Unionsbudget für die ersten neun Monate zu schätzen und mit dem russischen Budget zu verknüpfen. Gemäß dieser Rechnung betragen im letzten Jahr die Rußland zurechenbaren Staatseinnahmen knapp 30 vH des Bruttosozialprodukts, die Ausgaben aber knapp 50 vH. Mit 20 vH des Bruttosozialprodukts oder 225 Mrd. Rubel<sup>10</sup> hatte das Finanzierungsdefizit den bis dahin höchsten Fehlbetrag erreicht (IMF, d, S. 13). Für das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion betrug das gesamte öffentliche Defizit im letzten Jahr knapp 500 Mrd. Rubel.

Der Haushalt der Russischen Föderation für 1992 wurde unter dem Gesichtspunkt aufgestellt, den Kriterien des IWF für die Umschuldung und die internationalen Hilfen gerecht zu werden. Er sah dementsprechend eine drastische Rückführung des Haushaltsdefizits vor. So sollte noch im Frühjahr ein bis zum Jahresende ausgeglichener Haushalt erreicht werden (vgl. Tabelle A1). Erste Schätzungen für die im ersten Halbjahr im konsolidierten Budget Rußlands erzielten tatsächlichen Einnahmen gehen von gut 1000 Mrd. Rubel und um 200 Mrd. Rubel höheren Ausgaben aus (Rossijskie vesti vom 28.7.1992). Im aktuellen revidierten Haushaltsplan der Russischen Föderation für 1992 steigen die Ausgaben inflationsbedingt um über 500 vH gegenüber dem Vorjahr auf über 3300 Mrd. Rubel. Zu den erwarteten Einnahmen klafft eine Lücke von fast 1000 Mrd. Rubel (Rossijskaja Gazeta vom 21.8.1992). Von einer Haushaltskonsolidierung kann keine Rede sein.

Zu den Ursachen der Fehlentwicklung in den öffentlichen Budgets gehören insbesondere die schlechte wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre, die Art der Finanzierung öffentlicher Defizite und die Art der Unternehmenssubventionierung. Zuletzt wurden die Probleme noch verschärft durch die Regionalisierung von öffentlichen Aufgaben und die Umstellung des Steuersystems.

In den Jahren 1990 und 1991 wurden erstmals seit 1945 für die gesamtwirtschaftliche Produktion der Sowjetunion Rückgänge in der amtlichen Statistik ausgewiesen. Nach den vorliegenden Zahlen hat sich dieser Niedergang 1992 in Rußland erheblich beschleunigt. Damit erodierte auch die wichtigste Einnahmequelle öffentlicher Haushalte, die Gewinnsteuer der Betriebe, während gleichzeitig die Subventionen an die Betriebe erhöht wurden. Diese Subventionierung fand teilweise auch "nachträglich" statt, um Betriebe vor dem Konkurs zu bewahren. In solchen Fällen übernahm der Staat die Haftung für Bankkredite der Unternehmen. In einem gewissen Umfang trägt sogar die Inflation zu den zunehmenden Haushaltsdefiziten bei, weil sich der in-

---

<sup>10</sup> Darin sind nicht die eingefrorenen Kompensationszahlungen bei den Sparguthaben enthalten.

flationsinduzierte Übergang zum Tauschhandel negativ auf die Effizienz und die Steuerzahlungen der Betriebe auswirkt.

Die Einnahmebasis der Russischen Föderation wurde aber auch deswegen geschwächt, weil die Umstellung von einer einphasigen Einzelhandelsumsatzsteuer auf eine vielphasige Mehrwertsteuer erfolgte, ohne daß dafür eine funktionsfähige Steuerverwaltung aufgebaut werden konnte. Gleichzeitig floß von den eingeplanten Exportabgaben nur ein Bruchteil in die Staatskasse. Verantwortlich hierfür waren sowohl ein zurückgehendes Exportvolumen wie die ungesetzliche Praxis von exportierenden Firmen, Einnahmen nicht an den Staat abzuführen.

Das Ausmaß des fiskalischen Debakels wird besonders deutlich, wenn man das russische Defizit mit den Haushaltsüberschüssen von knapp 2,5 vH bzw. 4 vH des Bruttoinlandsprodukts vergleicht, die Polen und die CSFR in den ersten sechs Monaten nach der Preisfreigabe erzielen konnten; danach sind die Staatseinnahmen in beiden Ländern binnen kurzer Zeit erheblich zurückgegangen, da die Staatsbetriebe im Verlaufe der tiefer werdenden Wirtschaftskrise immer geringere Beträge an den Staatshaushalt abführen konnten (Schmieding, 1992). Diese Erfahrungen legen die Vermutung nahe, daß sich die russische Haushaltslage noch weiter verschlechtern könnte, sofern Rußland nicht das Steuerwesen wirksam reformiert, die Staatsausgaben weiter kürzt und die hochsubventionierten Energiepreise spürbar an das Weltmarktniveau annähert.

### 3. Banken in Schieflage

Im Jahre 1987 wurde das System der Staatsbank nach demselben Muster umgestaltet wie in anderen RGW-Ländern. Alle Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem Verkehr mit Unternehmen wurden auf fünf neue "Geschäftsbanken" verteilt. Jede Bank bekam ein Monopol auf Bankgeschäfte für ein bestimmtes Segment der Wirtschaft. Die zwangsweise Bindung von Kunden an eine bestimmte Bank blieb erhalten. Als die Kunden drei Jahre später das Recht erhielten, ihre Bankverbindung selbst zu wählen und Bankgründungen zugleich zugelassen wurden, fingen die Kunden — insbesondere die größten Unternehmen — an, eigene Banken zu installieren. Bis zum 17. Juli 1992 waren 1485 kommerzielle Banken registriert. Dabei handelt es sich überwiegend um kleine Institute, die zusammen mit den staatlichen Großbanken insgesamt nicht mehr als 2714 Zweigstellen unterhalten. 30 vH dieser Banken haben nicht mehr als 5 Mill. Rubel Eigenkapital und weitere 44 vH sind mit 5-25 Mill. Rubel ausgestattet (Auskunft der Russischen Zentralbank).

Die Vorschriften für die Zulassung zum Bankgewerbe, für die Geschäftsführung und für die Bankenaufsicht sind unzureichend.<sup>11</sup> Deshalb konnte die Bindung an Unternehmen (als Eigentümer) sich wie zuvor in Jugo-

<sup>11</sup> Auch in den einzelnen Banken ist die Revision oft mangelhaft. Folglich stellen Unterschlagungen ein Problem dar.

slawien auswirken. Die Aktiva haben eine zu kleine Streuung, und viele Institute befinden sich in irreparablen Schieflagen. Auch bei den großen Staatsbanken, die von Anfang an mit vielen schlechten Forderungen ausgestattet wurden, hat sich die Situation im Laufe der Jahre verschlechtert. Mittlerweile wird zwar an maßgeblichen Verbesserungen der Bankengesetzgebung und der Bankenaufsicht gearbeitet. Allerdings ist unklar, wie man beispielsweise die Baseler Richtlinien über Eigenkapital und andere Aspekte des Bankwesens zur Geltung bringen will, wenn es nach wie vor hingenommen wird, daß Banken ihre Schieflage nicht beheben, sondern ihre Problemkunden mit weiteren Krediten versorgen und von der Zentralbank dafür Geld erhalten können. Eine weitere Bankenreform wird unumgänglich sein.

#### 4. Unterentwickeltes Zahlungssystem

In der russischen Wirtschaft spielt Bargeld traditionell eine große Rolle. Ursache dafür ist vor allem die mangelhafte Funktionsweise des Zahlungsverkehrs zwischen Banken. Ein lokaler bargeldloser Zahlungsverkehr hat sich wegen der langen Dauer und der Unsicherheit der Überweisungen nicht entwickelt. Lokale Schecksysteme, die Banken derzeit mit Unterstützung der lokalen Regierungen einrichten, helfen vorläufig wenig.

Nach dem Bekanntwerden von Finanzierungsproblemen der Zentralregierung (damals der UdSSR) hatten sich die Überweisungen bereits deutlich verlangsamt, der sogenannte Float wuchs. Als die Ukraine und andere Republiken der UdSSR ihre politische Selbständigkeit gewannen, trat eine weitere große Verzögerung im Zahlungsverkehr mit diesen Teilen des Rubelgebietes ein. Die Dauer der Verzögerung im Zahlungsverkehr nimmt mit der geographischen Distanz zum Absender und mit der Zahl der nacheinander beteiligten Verrechnungszentralen der Russischen Zentralbank zu. Zwischen den Verrechnungszentralen in ausgewählten Städten, in Stadtteilen einer Provinzhauptstadt und in den Hauptniederlassungen der Zentralbank werden Überweisungsaufträge mit der langsamen und unsicheren Post versandt; viele Briefe verschwinden unterwegs. Telefon, Telex und Telegraf dürfen wegen Betrugsmöglichkeiten nicht benutzt werden. Den Geschäftsbanken ist es untersagt, Geld per Kurier zu schicken oder selbst ein Clearing-System zu organisieren. Geldtransport und das Betreiben von Verrechnungszentralen zählen zu den Monopolen der Russischen Zentralbank.

## 5. Währungsregime und Wechselkurs

Nach dem Kollaps der Sowjetunion ist der Rubel zur gemeinsamen Währung für eine Reihe unabhängiger und vielfach zerstrittener Staaten geworden.<sup>12</sup> Diese Kombination aus gemeinsamer Währung und mehr oder weniger dezentralisierter Geld- und Haushaltspolitik läuft Stabilisierungsbemühungen zuwider, da einzelne Mitglieder der Rubelzone ihre hausgemachte Inflation prinzipiell auf andere abwälzen können. Mit Zentralbankkredit, günstigen Refinanzierungsbedingungen für die eigenen Banken und schließlich mit der Emission eigener Rubelnoten und mit Währungssubstituten wie den ukrainischen Coupons sind die nichtrussischen Rubelstaaten in den Inflationswettlauf eingetreten. Dieser Wettlauf hatte bereits vor der Auflösung der Sowjetunion begonnen. Um sich vor einem Inflationsimport und unerwünschten Güterbewegungen zu schützen, führten die Republiken der Sowjetunion bereits damals Handels- und Zahlungsbeschränkungen ein. Die Zahlungsbeschränkungen sind mittlerweile so stringent, daß die Währungsunion für Girogeld nur noch auf dem Papier besteht.

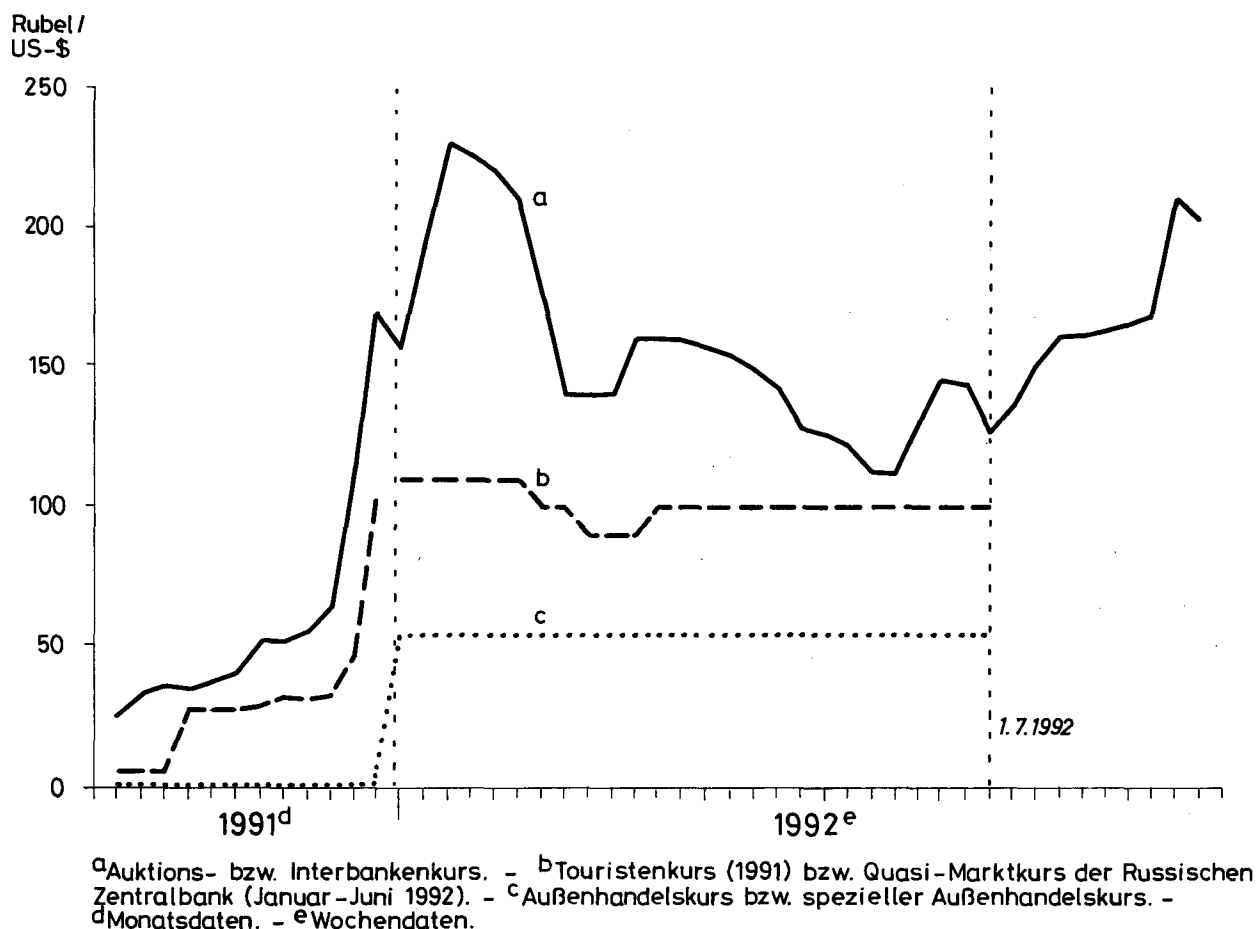
Das Problem könnte entweder durch eine Rezentralisierung der Geldpolitik für alle Rubel-Staaten oder durch eine völlige Dezentralisierung gelöst werden, also den Übergang zu unabhängigen Einzelwährungen. Die politischen Hürden für eine wirksame Rezentralisierung der Geldpolitik sind allerdings hoch. Dies würde de facto auch eine zentral festgelegte Haushaltspolitik und eine weitgehend einheitliche Transformationsstrategie erfordern.

Rußland hat Anfang 1992 die Freigabe der meisten Preise nicht mit einer hinreichenden Öffnung des Binnenmarktes, d.h. mit einer Liberalisierung des Währungsregimes und der Leistungsbilanzkonvertibilität verknüpft. Trotz einiger Vereinfachungen gab es bis Mitte des Jahres eine Vielzahl von Wechselkursen (Schaubild 1). Dies hat den Außenhandel verzerrt, die Korruption gefördert und die Kapitalflucht beflügelt. Zudem hat die Russische Zentralbank ab Ende Januar einen Teil ihrer Devisenreserven für den letztlich vergeblichen Versuch verwendet, den "freien" Außenkurs des Rubels auf Moskaus dünnem Interbankenmarkt durch massive Interventionen zu stützen (bis Ende August etwa 650 Mill. US- $\text{\$}$ ; VWD-Osteuropa, Nr. 67, 1992, S. 3).

---

<sup>12</sup> Von den 15 Nachfolgestaaten der Sowjetunion hat sich bislang nur Estland mit eigener Währung völlig vom Rubel abgekoppelt; Lettland hat zwar einen vorläufigen lettischen Rublis eingeführt, der aber zunächst zum Kurs von 1:1 an den russischen Rubel gebunden bleibt.

Schaubild 1 — Wechselkurse US-\$/Rubel



Quelle: IMF (d, S. 49); VWD-Osteuropa (lfd. Jgg.).

## 6. Bedingungen für eine erfolgreiche Stabilisierung

Nachdem der erste Stabilisierungsversuch gescheitert und damit die Glaubwürdigkeit der Makropolitik angeschlagen ist, bemüht sich die russische Regierung seit Juni darum, einige Grundlagen für einen zweiten Anlauf zu legen. Dies beinhaltet: (1) den Übergang zu einem einheitlichen Rubelkurs seit dem 1. Juli (Schaubild 1), (2) eine Erleichterung der inländischen Verwendung ausländischer Devisen<sup>13</sup>, (3) einen gewissen Druck auf

<sup>13</sup> Seit Ende Juli dürfen alle Einwohner Devisen frei an- und verkaufen und maximal 500 US-\$ ohne Nachweis der Herkunft frei ausführen. Betriebe dürfen Löhne in Devisen zahlen (VWD-Osteuropa, Nr. 30, Juli 1992, S. 1; Nr. 39, Juli 1992, S. 7).

die übrigen Staaten zu einer Entscheidung über den Verbleib in der Rubelzone und (4) die Einigung mit dem IWF auf die Grundzüge eines dreistufigen Programms. Dieses Programm sieht westliche Mittel von 24 Mrd. US-\$ vor, darunter u.a. einen Stabilisierungsfonds von 6 Mrd. US-\$ zur Absicherung eines festen Rubelkurses (Schwankungsbreite: 7,5 vH in jede Richtung) in der dritten Stufe. Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß diese Hilfen einen wesentlichen Beitrag zu einer Stabilisierung leisten können. Es ist auszuschließen, daß Rußland es schaffen kann, bis zum Jahresende das Budgetdefizit auf 5 vH zu begrenzen und die monatliche Inflationsrate dauerhaft auf weniger als 10 vH zu drücken. Dies hatte die russische Regierung dem IWF Anfang Juli angekündigt.

Eine monetäre Stabilisierung erfordert die Begrenzung der Geldemission und der Haushaltsdefizite und die Beseitigung der Lohnindexierung. Wesentliche weitere Bedingungen sind: (1) klare Regeln für die Refinanzierung der Geschäftsbanken bei der Zentralbank, (2) eine Konsolidierung der Altschulden und -forderungen der Betriebe und Banken verbunden mit einer Rekapitalisierung der Banken, (3) Vorkehrungen gegen eine erneute Kreditexplosion, die Trennung der Betriebe von den Banken, Beschränkungen der Kreditvolumen von Staatsbanken an Staatsbetriebe, dreimonatige Höchstlaufzeiten von Lieferantenkrediten und die Einleitung von Konkursverfahren gegen säumige Zahler sowie (4) eine Entkoppelung von Unternehmen und Politik, so daß die Regierung keine Verantwortung für die Finanzierung von Unternehmen akzeptiert.

### **III. Außenwirtschaft**

#### **1. Außenhandel**

Die krisenhafte Entwicklung in der Sowjetunion führte seit 1991 zu einer starken Schrumpfung des russischen Außenhandels sowohl mit den übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken als auch mit Drittländern. Zum Teil war dies eine unmittelbare Folge des drastischen Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in der Sowjetunion und in den osteuropäischen RGW-Ländern. Darüber hinaus wird vor allem der Handel mit den übrigen Republiken ähnlich wie der innerrussische Handel (vgl. Kapitel VIII) durch vielfältige Lieferbeschränkungen seitens regionaler Gebietskörperschaften behindert. Schließlich führten der Vertrauensverlust in den Rubel und der Zusammenbruch des innersowjetischen Zahlungssystems dazu, daß der Handel zwischen Rußland und den übrigen Nachfolgestaaten seit Anfang 1992 weitgehend auf der Basis bilateraler Barter-Verträge abgewickelt wird (Nachrichten für den Außenhandel vom 19.2.1992). Die dabei zugrundegelegten Verrechnungspreise sollen den Weltmarktpreisen entsprechen. Da keine Kreditvereinbarungen zum kurzfristigen Saldenausgleich bestehen, zieht ein Lieferverzug eines Handelspartners normalerweise gekürzte Lieferungen der Gegenseite nach

sich. Zwar werden diese Regelungen offenbar bei den politisch nahestehenden Nachfolgestaaten wie Weißrußland und Kasachstan weniger streng angewandt als etwa im Verhältnis zu den baltischen Staaten, die erhebliche Kürzungen bei den Lieferungen von Energiegütern aus Rußland zu verkraften hatten. Trotzdem muß der Rückfall in den Tauschhandel zu dem erheblichen Rückgang der Handelsströme zwischen den Nachfolgestaaten der Sowjetunion beigetragen haben. Dieser belief sich nach einer Schätzung des IWF auf mindestens 15 vH im Jahre 1991 und 25-30 vH zum Jahresbeginn 1992, jeweils bezogen auf den gleichen Zeitraum des Vorjahres (IMF, b, S. 7 f.).

Der Rückgang des Handels mit Drittländern betraf vor allem den Warenaustausch mit den ehemaligen RGW-Staaten, der zwischen 1990 und 1991 um etwa die Hälfte schrumpfte (IMF, d, Tab. 23).<sup>14</sup> Demgegenüber hielt sich der Rückgang des Außenhandels in konvertibler Währung sowie im Clearing-Verfahren mit bestimmten Entwicklungsländern in engeren Grenzen.<sup>15</sup> Insgesamt gibt der IWF für Rußland im Jahre 1991 einen Handelsbilanzüberschuß von etwa 12 Mrd. US-\$ an, wovon etwa 7 Mrd. US-\$ in konvertibler Währung anfielen; die Exporte lagen bei etwa 57 Mrd. US-\$, davon ca. 31 Mrd. US-\$ in konvertibler Währung (Tabelle 1). In der ersten Jahreshälfte 1992 sind die statistisch erfaßten Exporte weiter gesunken (Izvestija vom 20.7.92). Demnach betragen die russischen Ausfuhren von Januar bis Juni 15,4 Mrd. US-\$, 35 vH weniger als in dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig gingen die Einfuhren lediglich um 24 vH auf 14,9 Mrd. US-\$ zurück, so daß der Handelsbilanzüberschuß von 4,1 Mrd. US-\$ von Januar bis Juni 1991 auf 0,5 Mrd. US-\$ im entsprechenden Zeitraum dieses Jahres zusammenschmolz.<sup>16</sup>

Der russisch-deutsche (bzw. sowjetisch-deutsche) Warenaustausch hat sich seit 1990 für die alten und die neuen Bundesländer unterschiedlich entwickelt.<sup>17</sup> Die westdeutschen Ausfuhren in die Sowjetunion lagen 1991 mit 8,6 Mrd. DM lediglich um 17 vH unter dem Niveau des Vorjahres, während die Einfuhren sogar leicht um 9 vH auf 9,9 Mrd. DM anstiegen. Demgegenüber sanken die ostdeutschen Ein- und Ausfuhren jeweils um etwa die Hälfte auf 4,3 bzw. 9,0 Mrd. DM. Damit spiegelte der deutsch-sowjetische Handel die unterschiedliche Entwicklung des russischen Warenaustausches mit den marktwirtschaftlichen Industrieländern und den ehemaligen RGW-Mitgliedsländern wider. In der ersten Jahreshälfte 1992 gingen die deutschen Ein-

<sup>14</sup> Zur Datenlage vgl. Anhang 3.

<sup>15</sup> Ab 1991 wird allerdings der Handel mit der ehemaligen DDR und mit Finnland im Gegensatz zu den Vorjahren als Handel in konvertibler Währung aufgeführt.

<sup>16</sup> Diese Zahlen schließen den Handel mit ehemaligen RGW-Staaten und ehemals sozialistischen Entwicklungsländern ein, der seit 1991 grundsätzlich nach Weltmarktpreisen abgerechnet wird (PlanEcon, c, S. 1).

<sup>17</sup> In der deutschen Außenhandelsstatistik wird Rußland erst seit Mitte Mai 1992 als eigenständige Berichtseinheit aufgeführt. In den Monaten Mai und Juni 1992 belief sich der deutsch-russische Handel auf knapp 90 vH des deutschen Handels mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion insgesamt (telefonische Auskunft des Statistischen Bundesamtes). Daher dürfte die Entwicklung des deutsch-sowjetischen Handels ein zutreffendes Bild auch der Entwicklung des deutsch-russischen Handels vermitteln.

Tabelle 1 — Zahlungsbilanz Rußlands und der ehemaligen Sowjetunion 1990-1992 (Mrd. US-\$)

	Gebiet der Sowjetunion				Russische Föderation				
	1990		1991		1990		1991		1992
	insgesamt	darunter: in konvertibler Währung <sup>c</sup>	insgesamt	darunter: in konvertibler Währung <sup>c</sup>	insgesamt	darunter: in konvertibler Währung <sup>c</sup>	insgesamt	darunter: in konvertibler Währung <sup>c</sup>	insgesamt <sup>c</sup> (Schätzung)
Handelsbilanz	-16,9	-1,7	2,0	2,4	-2,0	2,4	11,8	7,3	-2,0
Exporte	103,8	33,6	70,2	37,7	80,9	27,6	56,5	30,7	...
Importe	-120,7	-35,3	-68,2	-35,3	-82,9	-25,1	-44,7	-23,3	...
Dienstleistungsbilanz	-6,6	-5,6	-7,8	-6,6	-4,1	-3,6	-4,7	-4,0	-6,0 <sup>d</sup>
darunter:									
Zinszahlungen	-4,7	-4,7	-4,4	-4,2	-2,9	-2,9	-2,7	-2,6	-3,6 <sup>d</sup>
Goldverkäufe	2,5	2,5	3,4	3,4	1,6	1,6	2,1	2,1	1,0
Kapitalverkehrsbilanz	2,3	3,0	5,3	5,7	1,4	1,8	3,5	3,7	-4,5
empfangene unentgeltliche Übertragungen	-	-	2,6	2,6	-	-	1,6	1,6	...
mittel- und langfristiger Kapitalverkehr	3,3	3,3	4,6	4,6	2,0	2,0	3,0	3,0	...
darunter:									
empfangene Kredite	10,9	10,9	12,5	12,5	6,6	6,6	7,8	7,8	1,0
Tilgung	-8,1	-8,1	-8,2	-8,2	-4,9	-4,9	-5,0	-5,0	-5,9 <sup>d</sup>
ausländische Direktinvestitionen	-0,7	-	-0,2	0,2	-0,4	-	-0,1	0,1	0,2
statistische Diskrepanz	-0,3	-0,3	-1,7	-1,7	-0,2	-0,2	-1,0	-1,0	-
Saldo der Grundbilanz	-18,7	-1,8	2,9	4,9	-3,2	2,2	12,7	9,2	-11,5
Finanzierung									
Änderung der Nettoauslandsvermögensposition <sup>a</sup>	14,2	-2,7	-2,4	-4,4	9,2	-1,1	-0,8	-2,0	-3,1
Reserven der VEB <sup>b</sup>	7,4	7,4	1,4	1,4	5,1	5,1	1,5	1,5	-0,5
offizielle Reserven	-	-	-	-	-	-	-	-	-2,0
kurzfristige Verbindlichkeiten der VEB	6,8	-10,1	-2,6	-4,6	4,1	-6,2	-1,6	-2,8	-0,3
kurzfristige Verbindlichkeiten anderer Banken	-	-	-1,2	-1,2	-	-	-0,7	-0,7	-0,3
Zahlungsrückstände	4,5	4,5	-0,8	-0,8	2,7	2,7	-0,5	-0,5	-2,6
Zahlungsaufschub (Tilgung)	-	-	0,3	0,3	-	-	0,2	0,2	4,4 <sup>d</sup>
Finanzierung der Warenimporte anderer Sowjetrepubliken	-	-	-	-	-8,8	-3,9	-11,6	-7,1	-
Finanzierungslücke	-	-	-	-	-	-	-	-	12,8 <sup>d</sup>

<sup>a</sup>+ bedeutet Abnahme. — <sup>b</sup>VEB: Vneshekonombank. — <sup>c</sup>Ab 1991 einschließlich Finnland und frühere DDR. — <sup>d</sup>Unter der Annahme, daß die Russische Föderation für die Bedienung von 61 vH der ehemaligen sowjetischen Auslandsschuld aufkommt. Falls Rußland im Rahmen seiner gesamtschuldnerischen Haftung den gesamten Schuldendienst wahrnehmen müßte, lägen die zu zahlenden Zinsen bei 6,0 Mrd. US-\$, die Tilgungsverpflichtungen bei 9,6 Mrd. US-\$, der Tilgungsaufschub bei 7,2 Mrd. US-\$ und die Finanzierungslücke bei 16,1 Mrd. US-\$. — <sup>e</sup>Da 1992 der gesamte russische Außenhandel zu Weltmarktpreisen abgewickelt wird, werden die Beträge in konvertibler Währung nicht getrennt ausgewiesen. — Angaben nach IMF (d, Tab. 29) außer bei der Handelsbilanz (vgl. Abschnitt III.1).

Quelle: IMF (d, Tab. 24 und 29); eigene Schätzungen.



führen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 18 vH und die Ausfuhren um 13 vH zurück. Auf die neuen Bundesländer entfielen im Mai und Juni 1992 von den Einfuhren aus Rußland 31 vH und von den Ausfuhren 49 vH.

Die Warenstruktur des russischen Außenhandels war bisher nach Partnerländern stark unterschiedlich. Bei den Exporten in die westlichen Industrieländer dominierten Energieträger sowie einige Erzeugnisse der Grundstoffindustrien. Hingegen spielten bei der Ausfuhr in die übrigen RGW-Länder auch Erzeugnisse der Kapitalgüterindustrien und der Metallverarbeitung eine wichtige Rolle (IMF, d, Tab. 13). Der Wegfall des geschützten RGW-Marktes traf daher die Ausfuhr dieser Warengruppen besonders hart. Die Einfuhren umfaßten vor allem Kapitalgüter sowie — zunehmend — Nahrungsmittel und Medikamente (Tabelle A2).

Zu dem Rückgang der russischen Ausfuhren haben die Wechselkurs- und die Handelspolitik beigetragen (ebenso wie die sinkende Energieproduktion; vgl. Kapitel VI). Bis Mitte 1992 mußten 40 vH der Erlöse aus Rohstoffexporten zu dem überbewerteten "kommerziellen" Wechselkurs der Zentralbank abgeliefert werden. Zusammen mit den Ausfuhrquoten und -zöllen kam dies einer erheblichen Besteuerung der Rohstoffausfuhren gleich. Dieser Belastung konnten sich viele Exporteure angesichts des verbreiteten Zusammenbruchs der staatlichen Ordnung offensichtlich entziehen. Ob der Zugriff der Regierung auf die Deviseneinnahmen dadurch verbessert werden kann, daß die abzuliefernden Devisenerlöse seit Mitte 1992 zum Interventionskurs der Notenbanken abgerechnet werden (Kommersant, Nr. 25, 1992, S. 24), muß bezweifelt werden, da gleichzeitig der obligatorische Verkauf von Devisenerlösen auf 50 vH erhöht wurde (Nachrichten für den Außenhandel vom 30.8.1992).

Die russischen Importe wurden mit Ausnahme gefährlicher Güter durch die Außerkraftsetzung des Zollgesetzes der UdSSR am 15. Januar 1992 von allen Beschränkungen befreit. Dadurch sollte vor allem der Wettbewerbsdruck auf die inländischen Produzenten erhöht werden. Mit den Erlassen Nr. 630 und Nr. 825 der russischen Regierung vom 24. Juni bzw. 7. August 1992 wurde allerdings ein System von Einfuhrzöllen wieder eingeführt, das ab 1. September 1992 für die meisten Waren Abgabesätze von 15 bis 25 vH vorsieht (Spirituosen bis 50 vH). Von Einfuhrabgaben befreit sind bestimmte Nahrungsmittel, Waren des medizinischen Bedarfs, Kinderbekleidung und Druckerzeugnisse. Die Erhebung der Zölle wurde sowohl mit fiskalischen als auch mit protektionistischen Argumenten begründet (Nachrichten für den Außenhandel vom 26.6.1992). Für die Zukunft kommt es darauf an, eine weitere Spreizung des Zolltarifs wegen der damit verbundenen Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Hinsichtlich des Niveaus des durchschnittlichen Zollsatzes ist zu berücksichtigen, daß eine mögliche Erhöhung den Anreiz zur Steuerhinterziehung verstärken und so letztlich den fiskalischen Zweck der Einfuhrabgabe gefährden könnte.

## 2. Auslandsverschuldung

Insgesamt werden die sowjetischen Auslandsschulden in konvertibler Währung für Dezember 1991 mit knapp 62 Mrd. US-\$ angegeben (Tabelle A3).<sup>18</sup> Davon hat Rußland 61,3 vH übernommen (Gardiner, 1992, S. 69).<sup>19</sup> In der Gesamtzahl sind offenbar nicht enthalten Handelswechsel in Höhe von etwa 4,6 Mrd. US-\$, deren Bedienung im Oktober 1991 eingestellt wurde (IMF, c, S. 22). Daneben dürften bis Mitte 1992 Zinsrückstände in Höhe von mindestens 3 Mrd. US-\$ hinzugekommen sein (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.7.1992).

Von den sowjetischen Auslandsschulden entfielen Ende 1991 etwa 33 Mrd. US-\$ oder gut die Hälfte auf mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber staatlichen Gläubigern (darunter etwa 22 Mrd. US-\$ gegenüber Deutschland; Börsen-Zeitung vom 24.6.1992). Damit hat sich der staatliche Anteil, der verbürgte Bankkredite zur Exportfinanzierung einschließt, seit Ende 1989 mehr als verdoppelt. Hingegen führten die privaten Banken, die Ende 1989 noch etwa zwei Drittel der westlichen Forderungen an die Sowjetunion hielten, ihr Engagement vor allem bei kurzfristigen Krediten drastisch zurück. Ursache hierfür waren zunehmende Zweifel an der Kreditwürdigkeit der Sowjetunion wegen wachsender Zahlungsrückstände aus Handelsgeschäften in den Jahren 1989 und 1990 (IMF, c, S. 20 und Tab. 32).

Trotz der Verbesserung der sowjetischen Zahlungsbilanz im Jahre 1991 — der Saldo der Grundbilanz in konvertibler Währung erhöhte sich von -1,8 Mrd. US-\$ im Jahre 1990 auf 4,9 Mrd. US-\$ (Tabelle 1) — kam es gegen Jahresende zu einer Liquiditätskrise, die seither angehalten hat. Neben dem Verlust der Kreditwürdigkeit am privaten internationalen Kapitalmarkt war hierfür vor allem die dramatische Verschlechterung der Handelsbilanz der Russischen Föderation (als des weitaus größten Nachfolgestaates) im Jahre 1992 verantwortlich. Nachdem staatliche und private Gläubiger mehrfach einem kurzfristigen Zahlungsaufschub zugestimmt hatten, wurde auf dem Weltwirtschaftsgipfel in München Anfang Juli 1992 eine Stundung aller vor dem 1. Januar 1991 eingegangenen mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten bis Ende 1993 im Grundsatz vereinbart. Bei den Staatsgläubigern betrifft dies rund 16 Mrd. US-\$ und bei den Banken sämtliche mittel- und langfristigen Forderungen (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.7.1992). Ungewiß ist bisher die Behandlung der 1992 aufgelaufenen Zinsrückstände und die Bedienung der von der Umschuldung nicht erfaßten Verbindlichkeiten. Durch die vorgesehene Umschuldung dürfte sich die Schuldendienstverpflichtung der Nachfolge-

<sup>18</sup> Außerdem hatte die Sowjetunion Anfang 1991 Verbindlichkeiten aus der Verrechnung im Handelsverkehr mit RGW-Staaten und einzelnen Entwicklungsländern in Höhe von 19 Mrd. Rubel, denen (kaum durchsetzbare) Forderungen überwiegend an ehemals verbündete Entwicklungsländer in Höhe von 94 Mrd. Rubel gegenüberstanden (IMF, c, Tab. 39).

<sup>19</sup> Die Angaben bei Gabrisch et al. (1992, Tab. 26) lassen vermuten, daß u.a. Bevölkerung, Nettomaterialprodukt, Importe und Exporte in die Berechnung des Schlüssels eingeflossen sind.

staaten der Sowjetunion im Jahre 1992 von 15,6 Mrd. US-\$ (darunter 6,0 Mrd. US-\$ Zinsen) um etwa 7 Mrd. US-\$ an Tilgungsverpflichtungen verringern (IMF, c, Tab. 30).

### 3. Zahlungsbilanzentwicklung

Bei der Erstellung der Zahlungsbilanz für die Russische Föderation geht der IWF von einem russischen Anteil von 61 vH an den sowjetischen Altschulden und Vermögensbeständen aus. Auf dieser Grundlage ergibt sich 1991 für die Leistungs- und Kapitalverkehrsbilanz zusammengenommen ein Überschuß von 13 Mrd. US-\$, darunter 9 Mrd. US-\$ in konvertibler Währung (Tabelle 1). Auf der Finanzierungsseite stand diesem Überschuß einerseits ein Rückgang der kurzfristigen Bankverbindlichkeiten gegenüber; andererseits wurde er zur Finanzierung von Warenimporten der übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken verwendet (1991 insgesamt 12 Mrd. US-\$, darunter 7 Mrd. US-\$ in konvertibler Währung). Damit lag dieser Transfer 1991 noch etwa 3 Mrd. US-\$ höher als 1990. Insofern war die Liquiditätskrise der Nachfolgestaaten der Sowjetunion Ende 1991 nicht in erster Linie durch ein außenwirtschaftliches Ungleichgewicht in der Russischen Föderation, sondern in den übrigen Republiken verursacht.

Für 1992 ist auch nach den jüngsten Umschuldungsvereinbarungen wegen der dramatischen Verschlechterung der russischen Handelsbilanz ein Ende der Liquiditätskrise nicht abzusehen. Die Dienstleistungsbilanz dürfte nach Schätzungen des IWF wegen gestiegener Zinszahlungen ebenfalls ein höheres Defizit aufweisen als 1991, während die auf Rußland entfallenden Tilgungsverpflichtungen von 5,9 Mrd. US-\$ nur z.T. durch den Tilgungsaufschub aufgefangen werden. Außerdem rechnet der IWF mit dem Abbau von Zahlungsrückständen in Höhe von 2,6 Mrd. US-\$ und einer notwendigen Erhöhung der Währungsreserven um 2 Mrd. US-\$. Unter Einbeziehung der ersten Tranche des IWF-Beistandskredites von 1 Mrd. US-\$ ergibt sich damit nach dem gegenwärtigen Stand eine Finanzierungslücke für die russische Zahlungsbilanz von 12,8 Mrd. US-\$. Diese könnte auf 16 Mrd. US-\$ anwachsen, wenn Rußland wegen seiner gesamtschuldnerischen Haftung auch für den Schuldendienst der übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken aufkommen muß. Soweit diese Finanzierungslücke nicht durch westliche Kredite oder unentgeltliche Übertragungen gedeckt wird, muß es entweder zu einer Reduzierung der Warenimporte oder der vereinbarten Zinszahlungen kommen.<sup>20</sup>

<sup>20</sup> Das versprochene westliche "Hilfspaket" in Höhe von 24 Mrd. US-\$ umfaßt nur zum kleineren Teil direkte Zahlungsbilanzhilfe. So dürften z.B. der Stabilisierungsfonds für den Rubel und der deutsche Anteil in Form von Exportbürgschaften eher zu zusätzlichen russischen Importen führen.

## IV. Industrie

### 1. Die Entwicklung seit 1990

Die wirtschaftliche Lage in der russischen Industrie verschlechtert sich zusehends. Nachdem die industrielle Produktion in den Jahren 1990 und 1991 um 0,1 vH bzw. 8 vH gesunken ist, hat sich dieser Rückgang im ersten Halbjahr 1992 fortgesetzt (13,5 vH gegenüber dem ersten Halbjahr 1991; *Ekonomika i zizn'*, Nr. 30, Juli 1992, S. 5 ff.). Von dem Rückgang waren nahezu alle Industriezweige betroffen (Tabelle 2). Im ersten Halbjahr 1992 hatten die NE-Metallurgie (-23 vH), die Ernährungsindustrie (-22 vH) und der landwirtschaftliche Maschinenbau (-25 bis -50 vH) überdurchschnittliche Produktionseinbußen zu verzeichnen (ibid.).

Tabelle 2 — Veränderung der Industrieproduktion nach Wirtschaftszweigen in Rußland 1988-1991 (vH)

	1988	1989	1990	1991 <sup>a</sup>
Industrie insgesamt	3,8	1,4	-0,1	-8,0
Energieerzeugung	1,6	-0,5	-1,4	.
Metallurgie	3,1	0,6	-2,2	-7,6
Maschinenbau	5,2	1,7	1,0	4,0
Chemische Industrie	4,7	.	-3,3	-8,6
Holzindustrie	5,4	3,1	0,1	8,6
Steine und Erden	4,8	2,4	-0,9	-0,6
Leichtindustrie	3,5	2,3	-0,1	-0,4
Ernährungsindustrie	4,2	4,2	0,4	-9,5

<sup>a</sup> Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: IMF (d).

Die Hyperinflation führte zu starken Verschiebungen in den relativen Preisen. Während sich die Großhandelspreise und die Preise für Konsumgüter seit der Preisfreigabe im Durchschnitt um das 13fache erhöhten, stiegen die Preise in der Metallurgie, der Chemie und bei Holz sogar um das 19- bis 32fache. Dagegen betrug der Preisanstieg in der sogenannten Leichtindustrie "nur" rund 800 vH. Angesichts des sich verschärfenden geldpolitischen Chaos wird es immer schwieriger, reale Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung abzuschätzen.

Das wirtschaftliche Chaos wird noch dadurch verstärkt, daß sich die russischen Industrieunternehmen derzeit in der "Schwebe" befinden. Die traditionellen Kommandovorgaben sind entfallen, und die Betriebsmanager sind auf sich selbst gestellt, Abnehmer und Zulieferer zu finden. Außerdem erfolgt die Preissetzung der Unternehmen nicht unter Wettbewerbsbedingungen. Indizien sprechen dafür, daß die Unternehmen auf Nachfragerückgänge nicht mit Preissenkungen reagieren. Die Einzelhandelsverkäufe gingen stark zurück, und die

Lagerbestände der Betriebe stiegen. Bei den Industrieunternehmen kam es zu Engpässen und Ausfällen im Zulieferbereich und zu weiteren Produktionsrückgängen.

Angesichts der nur ungenügenden Reform- und Stabilisierungsmaßnahmen ist mit einem weiteren Niedergang der russischen Industrie zu rechnen. Preis- und Anreizstrukturen bleiben verzerrt. Die Preise werden von den Monopolen selbst und unter Aufsicht von "Kommissionen zur Aufrechterhaltung des Wettbewerbs" festgelegt; sie sind nach wie vor das Ergebnis eines Verwaltungsaktes und entsprechen nicht den Knappheitsrelationen.

## 2. Marktstrukturen<sup>21</sup>

Eine schwere Erblast im Transformationsprozeß sind die industriellen Strukturen. Der Konzentrationsgrad in der Industrie ist sehr hoch, Großbetriebe dominieren. Der Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen (bis 500 Beschäftigte) an der Produktion betrug 1990 in der Gesamtindustrie 13 vH, darunter in der Metallurgie 2 vH, in der Chemieindustrie 3 vH und im Maschinenbau 4 vH (Tabelle A4). Eine bedeutende Rolle spielen Klein- und Mittelbetriebe nur in der Druckindustrie (45 vH), der Nahrungsmittelindustrie (40 vH) und Baumaterialienindustrie (30 vH). Bei vielen Erzeugnissen, sowohl bei Investitions- wie bei Konsumgütern, gibt es Herstellermonopole bzw. eine marktbeherrschende Stellung einzelner Unternehmen. Das Gewicht des nicht-staatlichen Sektors in der Industrie ist noch gering. Im ersten Halbjahr 1992 lag sein Anteil an der Produktion bei knapp 4 vH. Um Erfolge bei den Wirtschaftsreformen und den Stabilisierungsbemühungen zu erzielen, müssen diese Monopolstrukturen durch Wettbewerb von außen und Entflechtung der großen Staatsbetriebe aufgebrochen werden. Das Entstehen mittelständischer Strukturen sollte außer durch die Privatisierung auch durch die Erleichterung von Unternehmensneugründungen unterstützt werden.

## 3. Investitionen und Kapitalstock

Wie in allen ehemals sozialistischen Ländern waren auch in Rußland die Ersatzinvestitionen in der Industrie über eine lange Periode hinweg unzureichend. Die Aussonderung veralteten Anlagevermögens entsprach bei weitem nicht den ökonomischen Notwendigkeiten. Die hieraus resultierende Überalterung des Kapitalstocks

<sup>21</sup> Die statistischen Angaben zu den Abschnitten IV.2-IV.4 wurden entnommen aus: Kapital'noe stroitel'stvo v RSFSR v 1990 g (Moskau 1991, S. 89 ff.); Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g (Moskau 1991, S. 341 ff., 514 ff.); Promyslennost' RSFSR v 1990 g (Moskau 1991, S. 14 ff., 93 ff., 145); Rossijskaja Federacija v cifrach v 1992 g (Moskau 1992, S. 159 ff., 195 ff.).

ist eine wesentliche Ursache für die niedrige Produktivität, den überhöhten Rohstoff- und Energieverbrauch und die hohen Reparaturaufwendungen in der Industrie. Im Durchschnitt beträgt die Nutzungsdauer der Produktionsanlagen 25 Jahre. Ein zentraler Indikator in der russischen Industriestatistik für die Erneuerungsbedürftigkeit des Kapitalstocks ist der Verschleißgrad des Anlagevermögens, d.h. die Relation zwischen dem bereits abgeschriebenem Anlagevermögen und seinem Anschaffungswert.<sup>22</sup> Im Durchschnitt der Industrie ist er von 36 vH im Jahre 1980 auf 46 vH im Jahre 1990 angestiegen (Tabelle A5). Besonders hoch ist der "Verschleißgrad" mit 90 vH in der erdölverarbeitenden Industrie, wo seit Anfang der achtziger Jahre offensichtlich kaum investiert wurde. In der Petrochemie sind etwa zwei Drittel des Anlagevermögens über die Abschreibungsfristen hinaus im Einsatz, in der Eisen- und Stahlindustrie, der elektrotechnischen Industrie, der Automobilindustrie, der Chemieindustrie und der Zellstoffindustrie rund 50 vH. In vielen Industriezweigen dominieren aufgrund der mangelhaften Innovation noch technisch obsoletere Produktionsverfahren. Beispielsweise wurden noch 1990: 53 vH der Stahlproduktion nach dem Siemens-Martin-Verfahren hergestellt. Insbesondere gegenüber dem Dienstleistungssektor weist Rußland systemtypisch einen überdimensionierten Industriesektor auf.

Ein chronisches Problem bei den Investitionen sind die überlangen Bauzeiten von Produktionsanlagen. Im "Brennstoff- und Energiekomplex" liegt die durchschnittliche Bauzeit bei 12, in der Metallurgie bei 16, im Maschinenbau bei 10 und in der Chemieindustrie bei 11 Jahren. Die Verzögerungen bei der Inbetriebnahme neuen Anlagevermögens haben während 1985 und 1991 sogar noch zugenommen. Der Wert des in Betrieb genommenen Anlagevermögens in Relation zum gesamten Investitionsvolumen des entsprechenden Jahres sank in der Industrie von 94 vH im Jahresdurchschnitt 1981-1985 auf 80 vH im Jahre 1990. Die unvollendeten Investitionen im Staatssektor waren Ende 1991 um 125 vH höher als Ende 1985.

#### 4. Beschäftigung

Die Beschäftigtenzahl wies bis 1986 eine leicht steigende Tendenz auf, danach ist sie bis 1990 um 9 vH zurückgegangen (Tabelle A6). In der Verteilung der Beschäftigten auf die einzelnen Industriezweige hat es seit 1970 nur geringe Veränderungen gegeben, ein Strukturwandel läßt sich nicht erkennen. Der Anteil der grundstoffnahen Bereiche (Brennstoffe und Energie, Metallurgie, Holz-, Holzverarbeitungs- und Zellstoffindustrie sowie Baustoffindustrie) an der Gesamtzahl der Beschäftigten lag 1990 bei 26 vH. Auf den "Maschinenbaukomplex", in dem auch die Rüstungsindustrie enthalten ist, entfielen 45 vH der in der Industrie Beschäftigten,

<sup>22</sup> Der durchschnittliche Abschreibungssatz in der russischen Industrie lag von 1986 bis 1990 konstant bei 8,2 vH.

auf die Chemieindustrie (einschließlich Petrochemie) 5 vH, auf die Leichtindustrie 11 vH und auf die Nahrungsmittelindustrie 9 vH.

Mit der marktwirtschaftlichen Öffnung wird es zu einer unvermeidlichen Stilllegung veralteter Produktionskapazitäten kommen. Außerdem muß ein erheblicher industrieller Strukturwandel bewältigt werden, der vor allem Beschäftigungsrückgänge in der Grundstoff- und Rüstungsindustrie zur Folge haben wird. Hierbei sollte darauf verzichtet werden, den Strukturwandel durch Subventionierung unrentabler Betriebe abzubremsen. Aufgrund des zur Zeit fehlenden Wettbewerbs innerhalb der russischen Industrie kommt dem Wettbewerb von außen große Bedeutung zu, insbesondere bis die Privatisierung der Monopolbetriebe weiter vorangekommen ist. Eine konvertible Währung ist eine wichtige Bedingung für den Strukturwandel.

## V. Agrarsektor

### 1. Produktion und Verbrauch Mitte 1992

Mit einem Anteil von knapp 15 vH am Bruttosozialprodukt und von 13 vH<sup>23</sup> an den Beschäftigten (1990) nimmt der Agrarsektor Rußlands einen bedeutenden Rang in der Gesamtwirtschaft ein. Gemessen an der — im internationalen Vergleich — reichlichen Ausstattung mit Landwirtschaftsfläche von 1,5 Hektar je Kopf der Bevölkerung fällt allerdings auf, daß Rußland in erheblichem Umfang Nahrungsmittel importiert. Daß dies ganz überwiegend auf die gesellschaftspolitischen und ökonomischen Rahmenbedingungen zurückzuführen ist, wird durch die geringe Ausnutzung des Produktionspotentials bestätigt.<sup>24</sup>

Die anfangs optimistischen Schätzungen für 1992 über die Getreideernte sind inzwischen gedämpft worden. Trotzdem wird noch mit einem deutlichen Anstieg gerechnet. Für die frühere Sowjetunion, deren Ernteerträge aufgrund der vorhandenen Handelsbeziehungen für Rußland nach wie vor große Bedeutung haben, wird mit einem Anstieg von etwa 10 vH auf etwa 165 Mill. t gerechnet (1990: 205 Mill. t). Der Importbedarf für 1992/93 wird vom amerikanischen Landwirtschaftsministerium auf etwa 27 Mill. t gegenüber 38 Mill. t im Vorjahr geschätzt. Von russischen Regierungsstellen wird der eigene Importbedarf mit etwa 20 Mill. t beziffert, wovon aber etwa 3 Mill. t aus Kasachstan bezogen werden. In der Viehhaltung setzen sich der Abbau der Tierbestände und der Produktionsrückgang fort.

<sup>23</sup> Dabei ist nicht auszuschließen, daß nicht alle Beschäftigten erfaßt sind. Auf der Grundlage eines OECD-Berichts (OECD, 1991) kommt man zu einem Beschäftigtenanteil von annähernd 20 vH.

<sup>24</sup> Für die ehemalige Sowjetunion wird ein Wert von 9 vH geschätzt, der sich aus dem Verhältnis von realisiertem Getreideertrag und dem Ertragspotential ergibt, das aufgrund von Bodenverhältnissen und Klimazahlen ermittelt wurde. Die vergleichbaren Werte werden für die Tschechoslowakei und Ungarn mit 40 bzw. 38 vH angegeben.

Eine Einordnung dieser Entwicklung im Hinblick auf die künftige Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln bereitet erhebliche Schwierigkeiten. Die offiziellen Verlautbarungen beziehen sich im wesentlichen auf die Produktion in den staatlichen und genossenschaftlichen Großbetrieben. Deren Produktionsanteil ist nur bei pflanzlichen Grundnahrungsmitteln sehr hoch, liegt aber bei Obst und Gemüse und einigen tierischen Veredelungsprodukten unter 60 vH. Die Angaben über die Erzeugung wichtiger pflanzlicher Grundnahrungsmittel sind demgegenüber relativ zuverlässig. Mittelfristig ist zu erwarten, daß der Rückgang der tierischen Produktion in Großbetrieben z.T. durch eine zunehmende Erzeugung in den traditionellen Hauswirtschaften und neugegründeten Privatbetrieben ausgeglichen wird.

Unabhängig von statistischen Problemen bei der Erfassung der Produktion war der Pro-Kopf-Verbrauch im internationalen Vergleich sehr hoch. Die Anpassung der Preisstrukturen durch den Abbau der Subventionen im Nahrungsmittelsektor und die sinkenden Pro-Kopf-Einkommen lassen einen deutlichen Rückgang des Verbrauchs bei höherwertigen Produkten erwarten. Trotzdem dürfte der zu beobachtende Produktionsrückgang nur z.T. auf eine Abnahme der Nachfrage zurückzuführen sein. Wichtige andere Ursachen sind der beginnende Zusammenbruch des staatlichen Monopolhandels und die mangelhafte Versorgung mit Futtermitteln.

In der pflanzlichen Produktion werden diese Probleme 1992 durch den witterungsbedingten Ertragsanstieg überdeckt. Angesichts der Strukturprobleme ist für die nächsten Jahre ein weiterer Produktionsrückgang nicht auszuschließen. Gelingt es aber, die enormen Ernte- und Lagerverluste, die Ineffizienzen in der Veredelungsproduktion<sup>25</sup> und die bis zur Preisfreigabe verbreitete Verschwendung von Nahrungsmitteln spürbar zu reduzieren, ist die Ernährung der Bevölkerung im Durchschnitt weitgehend gesichert. In städtischen Ballungszentren, die auf die zunehmend schlechter funktionierende (Fern-)Versorgung über den staatlichen Groß- und Einzelhandel angewiesen sind, können Versorgungsengpässe entstehen.

## 2. Stand der Reformen

Die Reformen in den Bereichen Vermarktung und Betriebsstrukturen sind insgesamt noch nicht sehr weit vorgekommen. Die Preise für Grundnahrungsmittel sind immer noch verzerrt, da ein erheblicher Teil der Agrarproduktion zu festgesetzten Höchstpreisen an das staatliche Handelsmonopol abgeliefert werden muß. Deshalb gibt es massiven Widerstand seitens der Sowchosen und Kolchosen, Agrarprodukte zu den festgeleg-

<sup>25</sup> Für die frühere Sowjetunion wurden die Verluste im Durchschnitt der Agrarprodukte mit 30-40 vH angegeben, wobei Transport- und Lagerverluste die größte Rolle spielten (OECD, 1991, S. 166). Hinzu kamen Ineffizienzen in der Veredelungsproduktion, die sich — z.B. im Vergleich zur Bundesrepublik — in einem auf 238, 190, 168 und 175 vH erhöhten Futtermittelverbrauch in der Rinder-, Schweine- und Geflügelmast und in der Milchproduktion niederschlugen (World Bank, 1992, Tab. 2.10).



ten Preisen abzuliefern. Hinzu kommt, daß einzelne Gebietskörperschaften von der Möglichkeit Gebrauch machen, an fixierten Nahrungsmittelpreisen festzuhalten. Außerdem werden auf dem langen Weg durch das staatliche Handels- und Distributionsnetz Produkte abgezweigt und auf privaten Märkten dann zu meist deutlich höheren Preisen verkauft. Daher bleibt das Angebot in den staatlichen Einzelhandelsläden knapp und ist in der Regel von minderwertiger Qualität.

Bei Getreide ist ein staatlicher Aufkauf von 29 Mill. t geplant. Um den Preis ist es zwischen Regierung und Produzenten zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. So wurde der zunächst auf 8000 Rubel/t festgelegte Preis nach heftigen Protesten und Lieferungsverweigerung inzwischen auf durchschnittlich 11000 Rubel/t erhöht, für Spitzenqualitäten sogar auf 20000 Rubel/t.<sup>26</sup> Angesichts der latenten Nahrungsmittelknappheit in den Ballungszentren und der nach wie vor staatlichen Produktionsbetriebe ist die Regierung durch angedrohte Lieferungsverweigerung erpressbar, obwohl eine Nichtablieferung infolge fehlender Lagerkapazitäten in den Betrieben schwere Getreideverluste zur Folge hätte. Die De-facto-Bestandsgarantie für die bestehenden Betriebe führt dazu, daß tatsächliche oder drohende betriebswirtschaftliche Verluste durch Subventionen ausgeglichen werden.<sup>27</sup> Für eine unternehmerische Anpassung an veränderte Produkt- und Faktorpreisrelationen besteht deshalb kaum ein Anreiz.

Die Umstrukturierung und Privatisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe hat bisher nicht ernsthaft begonnen.<sup>28</sup> Die Zahl der um- und neugegründeten Betriebe gibt wenig Aufschluß darüber, inwieweit gewisse Mindestanforderungen, die an einen privatwirtschaftlich geführten Betrieb gestellt werden müssen, erfüllt werden. Hierzu zählen vor allem die klare persönliche Zuordnung von Eigentumsanteilen am Betriebsvermögen, die Bestellung bzw. Abberufung der Betriebsleitung durch die Eigentümer, die erfolgsorientierte Entlohnung der Eigentümer und Beschäftigten sowie die Freiheit des Austritts. Diese Bedingungen sind im wesentlichen auch in den Reformgesetzen festgelegt, sie werden offenbar aber nur teilweise befolgt. Unbeschränkter

<sup>26</sup> Bericht über eine Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden des russischen Getreidekomitees I. Tscheschinski am 13. August 1992 in Moskau (Agra-Europe, Nr. 34, 1992, Länderberichte, S. 2).

<sup>27</sup> So werden u.a. für den "Tiersektor" Hilfen in Höhe von 168 Mrd. Rubel als notwendig erachtet; 62 Mrd. wurden schon ausgezahlt. Als Zuschuß für Aufwendungen für Energie wurden 1,16 Mrd. Rubel bereitgestellt (Agra-Europe, Nr. 31, 1992, Länderberichte, S. 10). Der russische Vizepräsident Ruzkoj teilte mit, daß die russische Regierung den Agrarbetrieben aller Eigentumsformen seit Sommeranfang Kredite in Höhe von insgesamt 275 Mrd. Rubel gewährt habe. Weiterhin sollen per Präsidentendekret alle Betriebe für die gesamte Ernteperiode von Mehrwertsteuer und die an der Ernte beteiligten Personen von der Einkommensteuer befreit werden (Agra-Europe, Nr. 35, 1992, Länderberichte, S. 23).

<sup>28</sup> Zwar wird berichtet, daß sich bis zum 1. Juli 1992: 8400 Sowchosen und Kolchosen umregistrieren ließen (etwa ein Drittel der Gesamtzahl). Etwa 3700 Betriebe wählten aber die gleiche Betriebsform, der Rest wurde in Aktiengesellschaften offenen Typs (300), in eine GmbH sowie gemischte Gesellschaften (2800), in landwirtschaftliche Kooperative (411) und in bäuerliche Betriebe (23300) umgewandelt. Am 1. Juli 1992 gab es in Rußland 128000 private Bauernbetriebe, die 5,2 Mill. ha landwirtschaftlicher Nutzfläche bewirtschafteten (Agra-Europe, Nr. 33, 1992, Länderberichte, S. 12).

Privatbesitz an Boden bleibt eine wichtige weitere Forderung, ist aber nicht die Voraussetzung für die Verwirklichung der genannten Mindestanforderungen. Die schnelle und flächendeckende Gründung von privaten Bauernbetrieben dürfte vorläufig — neben dem Mangel an Unternehmerpersönlichkeiten und Kapital — auch daran scheitern, daß die gesamte staatliche Handelsstruktur sowohl auf der Abnahmeseite als auch im Bereich der Zulieferung auf die existierenden Großbetriebe zugeschnitten ist. Dies schließt aber nicht aus, daß in Stadtnähe, wo die Handels- und Distributionswege kurz sind, sich schon jetzt privatbäuerliche Betriebe etablieren, die von den Großbetrieben tatsächlich unabhängig sind.

### 3. Handlungsbedarf

Angesichts der gesamtwirtschaftlich kostspieligen Umgehung der verbliebenen staatlichen Reglementierungen im Bereich des Handels und der Vermarktung von Nahrungsmitteln sollten die Preise generell freigegeben werden. Die Sicherung der Versorgung der ärmsten Bevölkerungsschichten mit Nahrungsmitteln sollte über direkte Transfers erfolgen. Die Privatisierung des Handels und der Verarbeitungsbetriebe sollte schnell beginnen. Auch die Zulieferindustrie für die Landwirtschaft, die vollständig auf die existierenden Großbetriebe zugeschnitten ist, sollte privatisiert werden. Der vordringlichste Schritt in der Unternehmensreform ist die Schaffung privater Eigentumsrechte am Sachvermögen, damit die "Ausgründung" einzelner Anteilseigner erleichtert wird. Boden kann dabei durchaus vorläufig nur auf Pachtbasis vergeben werden. Alle Betriebsformen sollten um das Bodennutzungsrecht konkurrieren können. Angesichts des vorhandenen Kapitalstocks ist zu erwarten, daß die Umstrukturierung und Aufteilung der Kolchosen und Sowchosen nicht zu einer exzessiven Zersplitterung führen wird.

## VI. Energiewirtschaft

### 1. Angebotsschwäche setzt sich fort

Der seit Ende der 80er Jahre anhaltende Rückgang der gesamten Primärenergiegewinnung hat sich 1991 beschleunigt (1991: -5,6 vH nach -1,8 vH im Jahre 1990): Bei Erdöl und Kohle sank die Förderung um rund 11 vH (Tabelle A7). Dagegen konnte die Erdgasgewinnung geringfügig gesteigert werden; Rußland verfügt über etwa 80 vH der Erdgasreserven der GUS (ca. 40 vH der Welterdgasreserven). Die Erzeugung von Primärstrom mit Wasser- und Kernkraft stagnierte. Diese Tendenz hat sich im ersten Halbjahr 1992 fortgesetzt, wobei vor allem der weitere Rückgang der Erdölproduktion mit 13 vH (im Vergleich zum Vorjahreszeitraum)

drastisch ausfiel und Rußland als Erdölproduzent erstmals hinter Saudi-Arabien zurückblieb (Ekonomika i z'n', Nr. 30, Juli 1992, S. 5 ff.).

Für den starken Einbruch in der Erdölförderung sind mehrere Faktoren verantwortlich: In den letzten Jahren sind kaum neue Lagerstätten erschlossen worden; die russische Fördertechnik ist überholt; das Aufsuchen neuer Lagerstätten stößt an technologische Grenzen; Vorleistungslieferungen bleiben aus, und die Förderunternehmen hatten mit finanziellen Engpässen zu kämpfen. Sie beziehen Vorleistungen, deren Preise nach der Reform vom Januar 1992 kräftig gestiegen sind und die bei fortschreitender Inflation immer weniger mit den Erlösen aus dem Verkauf von Rohstoffen bezahlt werden können, zumal diese Verkäufe Preis- und Mengenkontrollen unterliegen.

Einer raschen Stabilisierung der Erdölproduktion mit Hilfe ausländischen Kapitals und ausländischer Technologie stehen noch zahlreiche Hemmnisse entgegen. Die ungelösten Zuständigkeits- und Eigentumsfragen auf den verschiedenen staatlichen Ebenen und der fehlende rechtliche und fiskalische Rahmen für den privaten oder gemischtstaatlichen Betrieb von Bergbauunternehmen haben sich bisher abschreckend auf ausländische Investoren ausgewirkt. Gleichwohl ist es zur Gründung einer Reihe von Gemeinschaftsunternehmen und zur Vergabe von Explorations- und Produktionsrechten gekommen. Nachdem einige dieser Verträge von übergeordneten Behörden ausgesetzt bzw. widerrufen wurden, haben viele ausländische Unternehmen eine abwartende Haltung eingenommen.

Die primäre und sekundäre Elektrizitätserzeugung ist 1991 um rund 1 vH gesunken, da insbesondere die Leistung der Wärmekraftwerke (wegen unzureichender Kohlenlieferungen) zurückging. Dieser Trend setzte sich im ersten Quartal 1992 fort. Derzeit werden etwa 12 vH der primären und sekundären Stromerzeugung durch Kernkraftwerke bereitgestellt. Aufgrund der prekären Sicherheitslage in den meisten Kernkraftwerken (in Rußland gibt es 11 Reaktoren des Tschernobyl-Typs) ist mit Unterbrechungen der Versorgung zu rechnen. Versorgungsprobleme kommen auch im Zusammenhang mit Verlusten bei der Gewinnung und dem Transport von Energieträgern vor (Abfackeln von Erdölbegleitgas, Förderverluste und Havarien im Pipelinesystem).

## 2. Verbrauch unvermindert hoch

Der russische Primärenergieverbrauch ist 1991 zwar um rund 1 vH gesunken, nachdem er im Zeitraum 1985-1990 um 8 vH gestiegen war. Damit lag er trotz des weitaus niedrigeren Lebensstandards immer noch um fast 40 vH über dem Pro-Kopf-Verbrauch in den alten Bundesländern. In den 80er Jahren hat sich die Verbrauchsstruktur zugunsten von Erdgas verschoben (Tabelle A8). Während der Mineralölverbrauch nur geringfügig abnahm — 1991 belief er sich immer noch auf 58 vH der inländischen Förderung —, sank der Kohlever-

brauch 1991 um rund 9 vH. Aufgrund der starken Produktionseinbrüche bei Kohle mußten sowohl der Verbrauch als auch der Export gesenkt werden.

Die Angaben zur weiteren Aufschlüsselung des Verbrauchs beruhen meist auf groben Schätzungen für die ehemalige Sowjetunion<sup>29</sup>: Rund ein Drittel der Primärenergie wird im Umwandlungssektor und in der Rohstoffwirtschaft eingesetzt, während zwei Drittel in den Endenergiebereich gelangen, in dem die Industrie mit über 50 vH Hauptabnehmer ist. Der erhebliche Endenergieverbrauch der verarbeitenden Industrie ist das Erbe einer Industriepolitik, die auf den vorrangigen Ausbau der Schwerindustrie setzte. Daher stellt der Strukturwandel in der Industrie ein gewaltiges Reservoir für Energieeinsparungen dar (vgl. Kapitel IV).

### 3. Sinkende Energieexporte

Für die ehemalige Sowjetunion waren Einnahmen aus Energieexporten die größte Devisenquelle: Etwa 40 vH der Exporterlöse entfielen auf Brennstoffe. Dies gilt ebenso für Rußland. Die russischen Rohölexporte gingen 1990 um 11 vH zurück und 1991 um rund 25 vH (Tabelle A9), wobei sich die vorliegenden Statistiken z.T. widersprechen. Die Ausfuhren von Mineralölprodukten wurden 1991 um 9 vH und die von Erdgas um 2 vH reduziert. Während sich auch die Kohleexporte 1991 spürbar verringerten (um 27 vH), blieben die Stromexporte beinahe konstant. Nach offiziellen Angaben sind die Energieexporte im ersten Halbjahr 1992 weiter zurückgegangen (Rohöl: 18 vH, Gas: 4 vH; *Ekonomika i zizn'*, Nr. 30, Juli 1992, S. 5 ff.). Von dieser, z.T. drastischen Entwicklung sollen insbesondere der Intra-GUS-Handel und die Exporte in die ehemaligen RGW-Länder betroffen sein.

### 4. Die energiepolitische Erblast und Lösungsansätze

Die russischen Energiepreise waren vor dem Systemwechsel sowohl von den Produktionskosten im Inland als auch von den auf dem Weltmarkt herrschenden Preisen abgekoppelt. Dadurch wurden künstliche Anreize für einen erhöhten Energieverbrauch in allen Wirtschaftsbereichen geschaffen. Die Energiepolitik war einseitig auf eine dauerhafte Angebotsausweitung ausgerichtet und gab einer Mengensteuerung über Planvorgaben den Vorzug. Es unterblieben Investitionen, die zur Verringerung von Produktions- und Transportverlusten bei Erdöl und Erdgas, zur Erhöhung der Sicherheit in den Kernkraftwerken, zum Schutz der Umwelt vor energie-

---

<sup>29</sup> Eismont (1990, S. 220). Prozentangaben berechnet nach tatsächlichen Angaben für 1985 und von den Autoren geschätzten Werten für 1990.

bedingten Emissionen und zur Entwicklung energiesparender Technologien und neuer Energiequellen hätten beitragen sollen.

Wenngleich die Rubelpreise für Energieträger und Energieprodukte im Rahmen der umfassenden Preisanpassung, die Anfang 1992 in Rußland durchgeführt wurde, mit Ausnahme des Kohlepreises um ein Vielfaches erhöht wurden, fand im Energiebereich bislang keine Preisfreigabe statt. Sie wurde zunächst auf Mai/Juni 1992 verschoben und dann nach einer abermaligen Preiserhöhung für Mitte 1993 in Aussicht gestellt. Gegenwärtig liegen die russischen Produzentenpreise weit unter den Weltmarktpreisen.<sup>30</sup> Wegen der anhaltend hohen Inflationsrate und der — wenn auch verzögerten — Abwertung des Rubels gegenüber dem US-\$ wächst der Abstand der kontrollierten Energiepreise zu den internationalen Preisen weiter.

Ein unbekannter Anteil des russischen Energieaußenhandels wird nicht auf Preisbasis, sondern vielmehr im Rahmen von bilateralen Gegengeschäften (Countertrade) abgewickelt. Die Ausschaltung des Preiswettbewerbs im russischen Energieaußenhandel wird durch die Festigung der Außenhandelsmonopole für Energie und die Neuauflage der inneren Mengensteuerung über Staatsaufträge und Quoten für einzelne Unternehmen begünstigt. Auch die Einführung massiver Handelshemmnisse (Exportsteuer auf Erdöl von 26 ECU je Faß, Devisenbewirtschaftung, Exportlizensystem usw.) steht einem dezentralen Energieaußenhandel entgegen.<sup>31</sup>

Die Reform der russischen Energiewirtschaft stellt eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Transformationsprozesses dar. Sie würde die Integration der russischen Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung erleichtern, weil aufgrund der hohen Energieintensität der Wirtschaft eine marktmäßige Bewertung russischer Güter nur im Zuge einer Energiepreisfreigabe möglich ist. Höhere Energiepreise würden das Angebot ankurbeln und den Verbrauch senken. Sie würden auch zu einer Entspannung der finanziellen Situation vieler Energieunternehmen beitragen und so die Durchsetzung einer harten Budgetrestriktion in diesem Bereich unterstützen. Nicht zuletzt würde die Reform niedrigere energiebedingte Emissionen nach sich ziehen.

Neben einer Wende in der Energiepolitik (Freigabe aller Energiepreise auf Produzenten- und Konsumentenebene; Abschaffung aller Energiesubventionen; Aufhebung der Mengensteuerung) erscheint angesichts der geringen Finanzkraft der einheimischen Unternehmen eine Beteiligung ausländischen Kapitals an der Energieproduktion als dringlich. Dazu müßte ein gesicherter Rechtsrahmen für die Beteiligung ausländischer Unternehmen in allen Segmenten des russischen Energiemarktes geschaffen werden. Besonders erforderlich wäre dies für die Exploration und Nutzung von Erdöl- und Erdgasreserven. Außerdem sollten die staatlichen Au-

<sup>30</sup> Zum Kurs von 161 Rubel je US-\$ umgerechnet, beträgt der Erdölpreis 11 vH des Weltmarktpreises, der Erdgaspreis 10 vH und der Kohlepreis nur 1 vH.

<sup>31</sup> Presseberichten zufolge soll die administrative Belastung der Erdölexporte prohibitive Höhen erreicht und zu illegalen Ausfuhren geführt haben (Financial Times vom 26.8.1992).

Benhandelsmonopole für Energie beseitigt und auf Countertrade-Praktiken im bilateralen Handel verzichtet werden.

## VII. Umweltschutz<sup>32</sup>

### 1. Luftreinhaltung

Detaillierte Daten über die Luftverschmutzung liegen zuletzt für 1989 vor; sie zeigen eine überdurchschnittliche Belastung an. Die Emissionen der Industrie und der Kraftwerke wurden mit 8 Mill. t Schwebstoffen, 10 Mill. t SO<sub>2</sub>, über 8 Mill. t CO, knapp 3 Mill. t NO<sub>x</sub> und knapp 7 Mill. t Kohlenwasserstoffen angegeben, die des Verkehrs mit 14,5 Mill. t CO, 1 Mill. t NO<sub>x</sub> und 3 Mill. t Kohlenwasserstoffen. Den größten Anteil an den Schadstoffemissionen der Industrie hatten die Metallurgie (27 vH) und die Stromwirtschaft (21 vH). Regionale Schwerpunkte der industriellen Luftverschmutzung sind der Ural sowie West- und Ostsibirien. Einige Standorte wiesen hier extrem hohe Emissionen auf, z.B. Norilsk (2,2 Mill. t SO<sub>2</sub>) und Magnitogorsk (570000 t CO, 170000 t Staub). Der Grad der Schadstoffrückhaltung in der Industrie ist niedrig. Nur bei Schwebstoffen wird der größte Teil durch Filter aufgefangen, bei Dämpfen und gasförmigen Schadstoffen nur 30 vH. Nachsorgende Luftreinigungsmaßnahmen sind oft wegen der veralteten Anlagen nicht vertretbar, so daß die Emissionsminderung mit Modernisierungsvorhaben verknüpft werden muß. Ökonomisch vorteilhaft wäre insbesondere eine Reduzierung des Abfackelns von Gas bei der Erdölförderung. In der NE-Metallurgie gibt es positive Erfahrungen bei der Modernisierung der Nickelverhüttung auf der Halbinsel Kola mit norwegischer und finnischer Hilfe.

### 2. Gewässerschutz

Nur 10 vH des reinigungsbedürftigen Abwassers wurden 1990 den Grenzwerten entsprechend geklärt, 28 Mrd. m<sup>3</sup> wurden stärker als zulässig belastet in die Gewässer eingeleitet, davon allein 11 Mrd. m<sup>3</sup> in die Wolga. Be-

<sup>32</sup> Bei den Zahlenangaben in diesem Kapitel liegen folgende Quellen zugrunde: Ezegodnik sostojanija zagrzaznenija vozducha i vybrosow vrednych wescstow w atmosferu gorodow i promyslennych centrow Sovetskogo Sojuza 1989 g (Leningrad 1990, S. 216 ff.); Narodnoe chozjajstwo RSFSR v 1990 g (Moskau 1991, S. 299 ff.); Ochrana okruzajuscej sredy v RSFSR v 1989 g (Moskau 1990, S. 65 ff., 101 ff.); Ochrana okurzajuscej sredy i racional'noe ispol'zowanie prirodnych resursov (Moskau 1991, S. 23 ff., 71 ff., 107 ff., 130 ff.); Proekt: Nacional'nyj doklad SSSR k konferencii OON 1992 goda po okruzajuscej srede i razvitiju (S. 292 ff.); Rossijskaja gazeta vom 3.3.1992; Zelenyj mir (Nr. 43-44/1991, S. 5 ff.).

sonders hoch war die Einleitung verschmutzter Abwässer in den Regierungsbezirken Krasnodar (3,4 Mrd. m<sup>3</sup>), Moskau (3,1 Mrd. m<sup>3</sup>), St. Petersburg und Irkutsk (jeweils 2,1 Mrd. m<sup>3</sup>), Kujbyschew (940 Mill. m<sup>3</sup>) und Krasnojarsk (900 Mill. m<sup>3</sup>). Eine zentrale Ursache der Gewässerverschmutzung ist die unzureichende Reinigung der kommunalen Abwässer. Über 40 vH der unzulässig belasteten Abwässer stammen aus der Kommunalwirtschaft. Die Städte Moskau und St. Petersburg sind mit 2,2 Mrd. m<sup>3</sup> bzw. 1,2 Mrd. m<sup>3</sup> die mit Abstand größten Einleiter des Landes. Der Bau kommunaler Kläranlagen mit biologischer Reinigungsstufe muß daher ein Schwerpunkt für den Gewässerschutz sein. Der Anteil der Industrie an den als verschmutzt eingestuften Abwässern beträgt ebenfalls mehr als 40 vH. Hauptverursacher sind vor allem die Zellstoff- und Papierindustrie, die Chemieindustrie und die Metallurgie. Eine erhebliche Abwasserlast geht schließlich von den großen Viehzuchtkomplexen in der Landwirtschaft aus, die meist über keine Kläranlagen verfügen.

Zu den am stärksten verschmutzten Gewässern wurden 1990 der Tom in Westsibirien, die Flüsse im Zentralural und auf Sachalin, die Gewässer im Westen der Halbinsel Kola, der Amur und der Unterlauf der Wolga gezählt. Die Schadstoffkonzentration im Wasser überstieg hier die Grenzwerte um das 10- und Mehrfache.

### 3. Abfallbeseitigung

Die Abfallbeseitigung wird statistisch nur unzureichend erfaßt. Regelmäßiger Bestandteil der amtlichen Berichterstattung ist nur die Beseitigung von Haushaltsabfällen in den Städten. Die Menge des Haushaltsmülls 1989 wird auf 115 Mill. m<sup>3</sup> beziffert; hinzu kamen 57 Mill. m<sup>3</sup> flüssiger Abfälle. Nur 3,5 vH des Haushaltsmülls werden verarbeitet oder verbrannt, der Rest wird deponiert. Von den über 3000 regulären städtischen Deponien entsprechen 70 vH nicht den gesundheitsrechtlichen Anforderungen.

Die Angaben über die industrielle Abfallbeseitigung basieren auf Unternehmensbefragungen. Nähere Angaben über die Menge toxischer Industrieabfälle liegen nur für die gesamte ehemalige Sowjetunion für das Jahr 1990 vor; eine Aufschlüsselung nach Republiken fehlt. Von den insgesamt 300 Mill. t toxischer Abfälle wurde aber nur etwa ein Viertel spezifiziert, darunter 44 Mill. t Blei, 25 Mill. t Nickel und 5 Mill. t Arsen mit ihren Verbindungen. Gesicherte regionale Sondermülldeponien fehlen. Für die meisten toxischen Stoffe gibt es keine Verfahren für ihre Verwertung, Unschädlichmachung oder gefahrlose Deponierung. Überwiegend wird Giftmüll auf dem Betriebsgelände gelagert. Die Fläche der genehmigten Deponien in Rußland wird mit 11000 ha angegeben, die hier gelagerten Mengen toxischer Abfälle mit 1,6 Mrd. t (Stand: 1. Juni 1990). Oft gelangt Giftmüll aber auch auf Hausmülldeponien oder "wilde" Deponien. Vielfach ist das Grundwasser durch die Lagerung toxischer Abfälle auf ungesicherten Deponien kontaminiert (z.B. bei Rostow, Ufa, Tambow und Woronesh). Eine systematische Bestandsaufnahme der Altlasten fehlt, vor allem an den Standorten des "militärisch-industriellen Komplexes". Hohe Bodenbelastungen werden an den Standorten der Eisen- und Stahlin-

dustrie, der NE-Metallurgie, der Erdölindustrie und der Chemieindustrie registriert. Ungeklärte Sicherheitsprobleme gibt es bei der Lagerung radioaktiver Abfälle, vor allem aus der Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen und aus der Plutoniumherstellung. Der Bedarf an Altlastensanierung dürfte somit insgesamt außerordentlich hoch sein.

#### 4. Umweltpolitik

1990 wurden (in Preisen von 1984) 1,9 Mrd. Rubel in Umweltschutzmaßnahmen investiert, der Anteil an den Gesamtinvestitionen war mit 1,5 vH niedrig. Zwei Drittel der Umweltinvestitionen entfielen auf den Gewässerschutz, 15 vH auf Luftreinhaltung, 13 vH auf den Bodenschutz, insbesondere auf Maßnahmen gegen Bodenerosion.

Rechtsgrundlage für die Umweltpolitik ist das Ende 1991 beschlossene Umweltschutzgesetz. Danach sollen Abgaben für die Nutzung natürlicher Ressourcen und für Umweltverschmutzung erhoben werden. Letztere wären für die Emissionen von Schadstoffen in die Luft und die Gewässer sowie für die Deponierung von Abfällen zu zahlen. Ihr Aufkommen soll zweckgebundenen Umweltschutzfonds zufließen. Für alle Investitionsvorhaben sind Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgeschrieben. Bei Grenzwertüberschreitungen oder gesundheitlichen Gefährdungen können Betriebseinschränkungen oder Stilllegungen verfügt werden. Über die praktischen Auswirkungen dieser Gesetzgebung liegen bisher keine gesicherten Informationen vor.

Unabhängig davon sind Zweifel an der Wirksamkeit des umweltpolitischen Instrumentariums angebracht. Es fehlt eine klare Abgrenzung zwischen ökonomischen Instrumenten im Umweltschutz und den Aufgaben des Ordnungsrechts. So werden die Umweltabgaben auch für stark toxische Stoffe (z.B. Quecksilber) erhoben, deren Emissionen in großen Mengen grundsätzlich zu untersagen wären. Außerdem sollte die Erhebung der Umweltabgaben auf solche Stoffe beschränkt werden, für die eine allgemeine Emissionskontrolle gewährleistet ist. Bei den Vorschriften zur Stilllegung umweltgefährdender Anlagen fehlt es an eindeutigen Durchführungsbestimmungen, durch die Rechtssicherheit geschaffen wird. Das derzeitige Konzept der Umweltschutzfonds ist unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht praktikabel. Die Fonds übernehmen Funktionen der öffentlichen Haushalte, von Banken und von auf dem Gebiet des Umweltschutzes tätigen Unternehmen. Der rechtliche Status dieser Sonderfonds bleibt angesichts der Fülle von Finanzierungsquellen und Aufgaben unklar. Bemerkenswert an der derzeitigen russischen Umweltpolitik ist, daß Fragen des Klimaschutzes (CO<sub>2</sub>) und des Schutzes der Ozonschicht (FCKW) keine Rolle spielen.



## VIII. Binnenhandel

### 1. Ausgangslage

Die marktwirtschaftliche Umgestaltung des Binnenhandelssystems befindet sich noch ganz am Anfang und wird durch das planwirtschaftliche Erbe und die aktuelle Wirtschaftskrise stark beeinflusst. Die übernommenen Strukturen und Einrichtungen sowohl im Groß- als auch im Einzelhandel entsprechen den neuen Anforderungen nicht. Das Handelsnetz ist im Vergleich zu westlichen Ländern wesentlich schwächer entwickelt, seine technische Ausstattung ist überwiegend unmodern und veraltet, die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten sind extrem. Deshalb muß die im Programm der russischen Regierung für die Beschleunigung der Wirtschaftsreformen geäußerte Erwartung, daß die Implementierung marktwirtschaftlicher Strukturen in diesem Wirtschaftsbereich besonders schnell und leicht gelingen könnte, bezweifelt werden.

In struktureller Hinsicht sind bisher wenig Veränderungen zu spüren. Der russische Großhandel ist gekennzeichnet durch den Fortbestand alter staatlicher Strukturen und ihren erheblichen Einfluß auf die Versorgung. Die Funktionen der früheren zentralen Organe Gosplan (Staatliches Plankomitee) und Gossnab (Staatliches Komitee für materiell-technische Versorgung) sind inzwischen vom Ministerium für Handel und Materielle Ressourcen mit seinen drei Komitees (für materielle Ressourcen, für Handel und für Getreideerzeugnisse) übernommen worden. Ihre Funktionsweise hat sich aber im wesentlichen nicht geändert. Die 26 Spezialverwaltungen des Gossnab mit ihrem Monopol auf bestimmte Warengruppen wurden 1990 in Großhandelsvermittlerfirmen umgewandelt. Die 73 Territorialverwaltungen des Gossnab sind heute kommerzielle Vermittlungsgesellschaften mit einem regionalen Versorgungsmonopol. Neue Formen, die als Konkurrenz zu staatlichen Vermittlerfirmen auftreten könnten, gibt es zwar in Gestalt von 200 Warenbörsen und Handelshäusern. Sie sind aber mit ihrem Anteil am Gesamtumsatz von 2-3 vH vorerst von geringem Gewicht und erfassen nur bestimmte Erzeugnisgruppen (Ekonomika i zizn', Nr. 15, April 1992).

Auch im Einzelhandel dominiert das öffentliche Eigentum, 98 vH der Handelsobjekte sind in kommunalem Besitz. Sie werden noch nach dem alten Verteilungsprinzip über die staatlichen Großhandelsbetriebe und Einzelhandelsorganisationen, die häufig regionale Monopolstellungen haben (z.B. die Moskauer Einzelhandelsorganisation Mostorg), beliefert (Rossjkie vesti vom 27.6.1992, S. 3). Neue Organisationsformen wie Aktiengesellschaft und GmbH sind nicht von großer Bedeutung. Zu ihnen gehörten Ende 1991 ca. 9000 Betriebe mit 163000 Beschäftigten, die einen Anteil am Einzelhandelsumsatz von lediglich 9 vH hatten (Ökonomisches Forschungsinstitut des Wirtschaftsministeriums der RF-NIEI, 1992). Andere Handelsformen haben ebenfalls nur marginale Bedeutung (Tabelle A10). Die Kolchosmärkte hatten 1990 einen Anteil am Gesamteinzelhandelsumsatz von nur 0,7 vH, bei Lebensmitteln von 1,4 vH. Der Straßenhandel als Form des privaten Handels

wird von der Bevölkerung nur teilweise angenommen. Dabei spielen neben den z.T. überhöhten Preisen auch Qualität und Hygiene eine Rolle.

## 2. Reformansätze und Handlungsbedarf

Die russische Regierung sieht in der Privatisierung der Groß- und Einzelhandelsbetriebe die wichtigste Aufgabe bei der Umgestaltung des Binnenhandels. In der Praxis geht die Privatisierung allerdings schleppend voran. Die Angaben zu bereits privatisierten Einzelhandelsbetrieben fallen unterschiedlich aus. Die offizielle Statistik spricht von 4 vH zum 1. Juli 1992 (*Ekonomika i zizn'*, Nr. 30, Juli 1992, S. 6).

Die Gründe für die Verzögerung sind vielfältig. Die unzähligen, sich z.T. widersprechenden gesetzlichen Grundlagen erzeugen Unsicherheit. Die im Unternehmensgesetz festgeschriebene umfassende ökonomische Freiheit für die Betriebe ist durch nachfolgende Änderungen und neue Erlasse des Präsidenten entweder eingeschränkt oder ganz aufgehoben worden. Die zugesagte wirtschaftliche Selbständigkeit wird durch den hohen Anteil von staatlichen Auflagen<sup>33</sup> behindert. Privatwirtschaftliche Ansätze sowohl innerhalb als auch außerhalb der alten Handelsstrukturen — vor allem im Großhandel — werden immer noch erschwert durch Widerstände und Willkür der alten systembeherrschenden Handelsstrukturen wie auch durch die umfangreichen Möglichkeiten der örtlichen Staatsorgane, die Privatisierung zu regulieren.

Fraglich bezüglich ihrer Durchführbarkeit sind die Regierungspläne, die Warenflüsse für eine bestimmte Übergangszeit durch ein föderales Vertragssystem über Staatsaufträge zu regulieren. Richtig erscheint allerdings, daß angesichts der Produktions- und Versorgungssituation, zunehmender sozialer Spannungen und seines hohen Monopolisierungsgrades ein völliger Zusammenbruch des Handels nicht riskiert werden kann. Deshalb können noch bestehende Strukturen des Groß- und Einzelhandels mit ihren Erfahrungen, Verbindungen, Kenntnissen des russischen Marktes und ihrem mobilen und immobilien Vermögen weiterhin von Nutzen sein. Priorität hat jedoch, daß parallel dazu neue privatwirtschaftliche Organisations- und Handelsformen gesetzlich und praktisch wesentlich stärker gefördert werden. Die Streichung diskriminierender Gesetzespassagen, wie höhere Steuern, Vorgaben für das Rentabilitätsniveau u.a., ist eine relativ schnell realisierbare Mindestbedingung.

---

<sup>33</sup> Staatsaufträge für die Produktion, Vorgabe des Geschäftspartners, Verteilung der Produktion durch eine eigens dafür gegründete Kommission zur operativen Regulierung der Ressourcenbereitstellung.

### 3. Interregionaler Handel

Viele Regionen haben Handelsabkommen mit der Zentralregierung und mit anderen Regionen abgeschlossen. Wichtige Handelsbeziehungen werden auf diese Weise aufrechterhalten. Es ist jedoch keineswegs so, daß alle Teile der Russischen Föderation Handelsabkommen miteinander geschlossen haben. Die Regionen entscheiden weitgehend selbst, mit wem sie zu welchen Bedingungen handeln; Zentralregierung und andere Regionen der Föderation genießen keine Priorität gegenüber dem Handel mit externen Partnern.

Die Handelsabkommen der regionalen Regierungen können als eine komplexe Form von Tauschhandel bezeichnet werden: Sie werden nur bilateral und mit einem wertmäßigen Ausgleich von Aus- und Einfuhren abgeschlossen. Kredite sind also grundsätzlich nicht vorgesehen. Partner, die in Verzug kommen, erhalten keine weiteren oder entsprechend reduzierte Lieferungen.

Der Handel zwischen den Regionen war ein Resultat der zentralen Wirtschaftslenkung. Das Ergebnis waren extreme Spezialisierungen und Produktionen in entsprechenden Großbetrieben. Örtliche Synergieeffekte durch die Ansiedlung von vielen verschiedenen Produktionen wurden nicht angestrebt. So wurden Monopole, regionale Spezialisierungen und eine große Abhängigkeit von Langstreckentransporten zu Kennzeichen der Produktionsstruktur. Dörfer und Städte sind vielfach von einem einzigen Betrieb abhängig.

Auf der Grundlage dieser Interdependenz der Regionen mußten die unsystematischen partiellen Reformen unter Gorbatschow verheerende, geographisch ungleichmäßig verteilte Folgen für die Versorgung der Bevölkerung haben. Einige Regionen konnten ihre Waren — wegen der partiellen Preisreformen — offiziell zu erhöhten Preisen verkaufen, während andere Regionen — insbesondere Produzenten von Rohstoffen — entsprechende Geldeinkommen nicht erhielten. Die Letztgenannten mußten sich auf andere Weise die benötigten Waren besorgen. Gebietskörperschaften (Regionen, autonome Gebiete, Republiken) kontrollieren vielfach den Handel zwischen ortsansässigen Unternehmen und ihren Abnehmern in anderen Regionen. Sie bremsen Exporte, um die Versorgung der eigenen Bevölkerung zu sichern und um Vereinbarungen mit anderen Teilen Rußlands über den Warenaustausch zu erzwingen. Damit verursachten sie aber anderswo weitere Produktionsausfälle und Engpässe in der Versorgung der Bevölkerung. So eskalieren die Handelshemmnisse innerhalb der Russischen Föderation. Die Provinzen und Republiken der Russischen Föderation verhalten sich so wie die Republiken, die nun selbständige GUS-Staaten geworden sind.

## IX. Verkehrs- und Fernmeldewesen

### 1. Ausgangslage

Wie auch andere Wirtschaftszweige ist das russische Verkehrssystem stark von den Einflüssen und Bedingungen der zentralstaatlichen Planwirtschaft und des militärisch-industriellen Komplexes geprägt worden. Dies betrifft die Strukturen, seine Leitung sowie die Schwerpunkte seiner technischen und regionalen Entwicklung. Die Größe des Landes und die unrationelle Raumordnung der Produktion (ca. 80 vH der verarbeitenden Industrie befinden sich im europäischen Teil Rußlands, während die Mehrheit der Rohstoffproduzenten ihren Standort östlich des Urals hat) bedingen ein extrem hohes Verkehrsaufkommen. Um eine Einheit Bruttoinlandsprodukt zu erzeugen, mußten bisher viermal mehr Güter befördert werden als in Westeuropa (Tabelle A11). Insgesamt hielt der Ausbau des Verkehrswesens nicht Schritt mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft. Gigantische Verkehrsprojekte, wie der Bau der BAM (Baikal-Amur-Magistrale), verschlangen den größten Teil der vorhandenen Investitionsmittel.

Das wichtigste Verkehrsmittel in Rußland ist die Eisenbahn. Sie befördert mehr als 50 vH der zu transportierenden Gütermenge. Ihr Anteil an den gesamten Verkehrsleistungen ist damit fast doppelt so hoch wie in den USA (Tabelle A12). Charakteristisch für das russische Verkehrsnetz ist das auf Magistralen aufbauende Eisenbahnnetz, das durch Zufahrtsautostraßen ergänzt wird. Die zwischen Zentralrußland und dem Fernen Osten führende Eisenbahnstrecke gehört mit 200 Güter- und 80 Personenzügen pro Tag ebenso wie die zwischen Moskau und St. Petersburg zu den am meisten frequentierten Strecken. Rußland hat das größte elektrifizierte Eisenbahnnetz der Welt, doch sind lediglich 40 vH aller Eisenbahnstrecken zwei- oder mehrgleisig. Der Kraftverkehr blieb auf örtliche, eilige oder von der Eisenbahn nicht ausführbare Transporte bzw. auf Verbindungen zwischen Ballungsgebieten beschränkt und ist wenig entwickelt.

Von den Autostraßen sind 12 vH unbefestigt, ein weiteres Drittel hat nur eine Schotter-Kies-Decke (Transport i svjas RSFSR, Statisticeskij sbornik, Moskau 1991). Ein gutes Autostraßennetz gibt es nur im Gebiet von Moskau, wo viele Schnellstraßen (Magistrale) zu anderen Großstädten beginnen, sowie in den Erdölgebieten von Tatarstan, Baschkirostan und im Gebiet Samara. Der öffentlich Personenverkehr und besonders der städtische Nahverkehr sind relativ gut entwickelt.

### 2. Grundprobleme des Verkehrswesens

Der zunehmende Verfall der Anlagen des Verkehrswesens, besonders der Schienen, Straßen und Brücken, ließ die Verkehrsleistung seit 1989 immer geringer werden. Hinzu kommen die nicht ausreichenden und größten-

teils veralteten Verkehrsmittel. So sind selbst nach russischen statistischen Angaben, die von einer sehr langen Nutzungsdauer der Verkehrsmittel und Anlagen ausgehen, beim Luftverkehr 66 vH, beim Erdölleitungsverkehr 53 vH, beim Seeverkehr 49 vH, beim Kraftverkehr 45 vH und beim Eisenbahnverkehr 37 vH der in Nutzung befindlichen Objekte völlig abgeschrieben (Transport i svjas RSFSR, Statisticeskij sbornik, Moskau 1991).

Die eigene Produktion von Verkehrsmitteln (Flugzeuge, LKW, Schiffe, Eisenbahnwaggons) sinkt. Für umfangreiche Importe stehen nicht genügend Devisen zur Verfügung. Der große Nachholbedarf bei Anlageinvestitionen kann kurzfristig weder durch die erhöhten Verkehrstarife noch durch Mittel der öffentlichen Hand finanziell gedeckt werden. So verringert sich die Durchlaßfähigkeit der Verkehrsnetze, erhöhen sich die Zahl der Unfälle und die Standzeiten, was vor allem in der Erntezeit zu großen Verlusten führt.

Andere Probleme ergeben sich aus den veränderten Beziehungen innerhalb der Gemeinschaft unabhängiger Staaten. Infolge der Bildung eigener Verkehrssysteme der jetzt souveränen Republiken der ehemaligen Sowjetunion sind zur Herstellung der Funktionsfähigkeit der nunmehr getrennten Verkehrssysteme Sonderinvestitionen erforderlich, erhöhen sich die Transportkosten infolge von Transitgebühren und verringert sich der verfügbare Verkehrsmittelbestand.

### 3. Rückständiges Fernmeldewesen

Die Telefonverbindungen, Fernschreib- und allgemeinen Postdienstleistungen sind von schlechter Qualität. Besonders unzuverlässig sind die Telefonverbindungen mit dem Ausland, die meist nur handvermittelt werden. Der internationale Selbstwählverkehr ist auf wenige Dienststellen beschränkt. Private internationale Gespräche im Selbstwählverkehr konnten bislang nur von Moskau aus geführt werden.

In der Vergangenheit war das Fernmeldewesen den staatlichen bzw. militärischen Sicherheitsbedürfnissen untergeordnet, in seiner ökonomischen Bedeutung völlig unterschätzt und in der privaten Sphäre stark vernachlässigt. 1991 betrug die Zahl der nicht erledigten Anträge auf Telefonanschluß 11 Millionen (Ekonomika i zizn', Nr. 4, Februar 1992). Die elektrotechnische und elektronische Industrie ist mit der Lösung dieser Aufgabe bisher überfordert. Dennoch verbessern sich die Fernmeldedienstleistungen stellenweise allmählich, besonders durch die Hilfe westlicher Firmen. Sie beteiligen sich z.B. an Joint Ventures im Fernmeldewesen, legen Kabel für geschäftliche Verbindungen und bieten Leasing von Schaltkreisen zur Umgehung des überlasteten öffentlichen Telefonnetzes an.

#### 4. Reformansätze im Verkehrs- und Fernmeldewesen

Bei der marktwirtschaftlichen Umgestaltung des Verkehrs- und Fernmeldewesens gibt es bisher nur minimale Fortschritte. Zwar wurden die Verkehrstarife angehoben, doch können dadurch bei weitem nicht die vielfach verteuerten Anschaffungsinvestitionen und gestiegenen Betriebs- und Instandhaltungskosten kompensiert werden. Dadurch ist der Verkehrsbetrieb für Privatunternehmer unattraktiv. Hinzu kommt, daß die Monopolstrukturen in Industrie und Handel fortbestehen, durch die auch der Güterverkehr monopolisiert ist. Die Privatisierung im Kraftverkehr kommt nur langsam voran. Die russische Regierung hatte für diesen Verkehrszweig eine baldige 70prozentige Privatisierung vorgesehen. Bisher bringen Pachtunternehmen 30 vH des Güter- und 10 vH des Personenverkehrs auf (Ökonomisches Forschungsinstitut des Wirtschaftsministeriums der RF-NIEI, 1992).

Das Regierungsprogramm vom Juni 1992 geht davon aus, daß außer dem Kraftverkehr alle anderen Teile des Verkehrswesens und das Fernmeldewesen in den Händen des Staates bleiben und damit auch den öffentlichen Haushalt erheblich belasten werden. Für den Straßenbau wurden als neue Finanzierungsquellen zentrale und kommunale Straßenfonds eingerichtet, die aus Steuereinnahmen von Fahrzeughaltern gespeist werden. Angesichts der immensen Modernisierungs- und Investitionsaufgaben erscheinen diese Maßnahmen unzureichend.

Der IWF drängt auf die Einführung von Weltmarktpreisen für Energie und eine Liberalisierung der Transporttarife. Die Zentralregierung der Russischen Föderation hat sich zögernd zu dieser Anpassung verpflichtet, während die Regierungen der meisten Provinzen offen dagegen sind. Es erscheint zweifelhaft, ob ohne eine durchgreifende Liberalisierung der Preise im Verkehrs- und Fernmeldewesen und eine Demonopolisierung die notwendige Strukturanpassung erreicht werden kann.

## X. Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte

### 1. Einkommen und Verbrauch

Mit dem Beginn der Wirtschaftsreformen setzte eine zunehmende Einkommensdifferenzierung der einzelnen Bevölkerungsschichten ein. Infolge der Anhebung der staatlich kontrollierten Preise für Konsumgüter und Dienstleistungen 1991 und der weitgehenden Preisfreigabe ab Januar 1992 lagen die Preise für Konsumgüter und Dienstleistungen im Juni um 1200 vH über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Die Löhne konnten trotz ihrer Liberalisierung mit der rasanten Preisentwicklung nicht mithalten. Sie stiegen im Vergleich zum ersten

Halbjahr des Vorjahres durchschnittlich um 700 vH, davon im letzten Halbjahr um 300 vH (Tabelle A13). So kann davon ausgegangen werden, daß die Realeinkommen der russischen Bevölkerung gesunken sind. Diese Realeinkommenseinbußen zu quantifizieren ist jedoch bei der gegebenen Informationslage kaum möglich. Veröffentlichte Daten berücksichtigen unentgeltliche Leistungen höchstens teilweise, und die Inflationsbereinigung ist problematisch.

Die Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit bilden die wichtigste Einnahmequelle der privaten Haushalte (Tabelle A14). Die Entlohnung ist in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich. Während Arbeiter in den produktiven Bereichen (Industrie, Baugewerbe) sowie im Verkehr überdurchschnittlich hohe Löhne erhalten, liegen die Gehälter der Angestellten in den haushaltsfinanzierten Bereichen unter dem Durchschnitt. Diese seit Jahren bestehende Differenzierung war ideologisch geprägt und willkürlich. Mit der Freigabe der Löhne im vergangenen Jahr sind diese besonders in den Bereichen schnell gestiegen, in denen der Staat durch angedrohte Arbeitsniederlegungen erpreßt werden konnte (Bergbau, Verkehr). Sie machen ein Mehrfaches des Durchschnittslohns sowie der Gehälter in den haushaltsfinanzierten Bereichen aus. Mit dem Entstehen unterschiedlicher Eigentumsformen in der Wirtschaft haben sich die Einkommensunterschiede zusätzlich vergrößert. Beschäftigte in privaten und genossenschaftlichen Unternehmen erhalten einen etwa um 50-80 vH höheren Lohn als die in staatlichen Betrieben (Ekonomika i zizn', Nr. 30, Juli 1992).

Für die nichterwerbstätige Bevölkerung gestaltete sich die Einkommenslage weitaus schlechter. Die Mindestaltersrente und die Arbeitslosenunterstützung liegen unter dem Mindestlohn, der nach seiner Neufestsetzung zum Jahresanfang erst ab Mai wieder erhöht wurde und gegenwärtig 900 Rubel beträgt. Nach unseren Schätzungen dürften etwa 20 Mill. Menschen (13,5 vH der Bevölkerung) Einkommen unter diesem Niveau beziehen, die offizielle Statistik weist jedoch nur 7 Mill. (4,5 vH) aus. Den sozial bedürftigsten Gruppen mußten im Mai rückwirkend Kompensationen gezahlt werden. Insgesamt verfügt gegenwärtig etwa die Hälfte der russischen Bevölkerung über Einkommen, die unter dem offiziell berechneten Existenzminimum (im Juni: 2150 Rubel) liegen (ibid.).

Die veränderten Haushaltseinkommen haben zu einer rigorosen Umstrukturierung der Ausgaben geführt. Für Nahrungsmittel des Grundbedarfs müssen Arbeiter- und Angestelltenhaushalte inzwischen über die Hälfte (1990: 25 vH) und Rentnerhaushalte bis zu 90 vH (1990: 50 vH) des Haushaltsbudgets ausgeben.<sup>34</sup> Zum Teil übersteigen die Ausgaben das Haushaltseinkommen, und es tritt ein sukzessives Entsparen ein.

Noch nicht abzuschätzen sind die Auswirkungen des Transformationsprozesses auf den Arbeitsmarkt und die daraus resultierenden Folgen für Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte. Bis Juli 1992 stieg die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen auf 202900 (Ekonomika i zizn', Nr. 30, Juli 1992). Nach der gel-

<sup>34</sup> Ekonomika i zizn' (Nr. 30, Juli 1992, S. 5); Ekonomika i zizn' (Nr. 32, August 1992, S. 16); eigene Schätzungen.

tenden Arbeitslosendefinition muß der Erwerbstätige nach seiner Entlassung mindestens drei Monate ohne Beschäftigung sein, bevor er als Arbeitsloser registriert werden kann. Bis zum Jahresende wird von der russischen Regierung mit einer Arbeitslosenzahl von mindestens 1 Mill. Personen gerechnet, was etwa 1,4 vH der zu diesem Zeitpunkt Erwerbstätigen entspräche. Andere Schätzungen (Ökonomisches Forschungsinstitut des Wirtschaftsministeriums der RF-NIEI, 1992) gehen von etwa 3 Mill. Entlassungen bis Jahresende aus. Aus diesen Angaben läßt sich bereits ablesen, daß die wirkliche Arbeitsmarktsituation in der Russischen Föderation bisher nicht annähernd erfaßt werden kann.

## 2. Reform des sozialen Sicherungssystems

Das Sozialversicherungssystem Rußlands ist staatlich organisiert. Im vergangenen Jahr kam es zur Umbildung der ehemaligen Staatlichen Versicherung der UdSSR (Gosstrach) in den Staatlichen Sozialversicherungsfonds und den Staatlichen Rentenfonds Rußlands. Außerdem wurde mit dem "Gesetz über die Beschäftigung" (1991) der Staatliche Beschäftigungsfonds zur Finanzierung der Arbeitslosenhilfe und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gebildet. Damit war zumindest formal eine Aufgliederung des Versicherungssystems und eine getrennte Finanzierung geschaffen. Die Fonds werden im wesentlichen über Beiträge der (staatlichen) Arbeitgeber und der Versicherungsnehmer finanziert. Angesichts der steigenden Kosten ist das geringe Beitragsniveau nicht ausreichend. An eine Erhöhung der Beiträge (z. Z. entsprechen die Renten- und Sozialversicherungsbeiträge 37 vH des Bruttomonatslohns) ist zur Zeit nicht zu denken. Es sind also Zuschüsse aus den örtlichen Haushalten, den Haushalten der Republiken und dem zentralen Haushalt Rußlands notwendig.

Um den für die Weiterführung der Reformen notwendigen sozialen und gesellschaftlichen Grundkonsens zu erzielen, haben die russische Regierung, die Gewerkschafts- und die Arbeitgeberverbände Rußlands im April 1992 einen sogenannten Grundlagenvertrag geschlossen, in dem die weiteren Schritte der Wirtschaftsreform, die Maßnahmen zur sozialen Absicherung der Bevölkerung sowie tarif- und arbeitsrechtliche Veränderungen für das Jahr 1992 festgelegt und dementsprechende gesetzgeberische Schritte angeregt wurden. Die Kontrolle über die Einhaltung der Vertragsbestimmungen übt eine von den vertragschließenden Parteien gebildete spezielle Kommission aus.

Das Konzept für die weitere Reform des sozialen Sicherungssystems umfaßt das gesamte Spektrum der üblichen Leistungssysteme, d. h. die Renten-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung sowie ein Sozialhilfeprogramm (Anhang 4). Es geht davon aus, daß die in Rußland bestehenden Institutionen hinsichtlich ihrer Organisation, Finanzierung und Wirkungsweise den sich ändernden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Bedingungen weiter angepaßt werden müssen. Kurzfristig sind die Gestaltungsmöglichkeiten dabei stark eingeschränkt. Längerfristig sieht das Programm der russischen Regierung vor, den Anteil der staatlichen Sozial-



ausgaben auf ein Mindestmaß zu senken und die Finanzierung sozialer Leistungen zunehmend den Unternehmen und den Arbeitnehmern zu übertragen. Es erscheint allerdings fraglich, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen eine soziale Mindestsicherung der Bevölkerung gewährleisten können.

## **XI. Perspektiven der Entwicklung und wirtschaftspolitische Empfehlungen**

### **1. Ausgangslage**

Die gegenwärtige Lage Rußlands ist gekennzeichnet von politischer Unruhe und Konflikten sowie von unklaren institutionellen Verhältnissen. Die zentralen Organe haben große Schwierigkeiten, glaubwürdige Reformkonzepte zu erarbeiten und durchzusetzen. Die Regierung der Russischen Föderation bemüht sich um Reformen, ohne diese Reformen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens konsequent verfolgen zu können. Wirtschaftspolitische Programme einer Unzahl von Beratern sind wohlfeil; die grundlegenden politischen und rechtlichen Bedingungen aber, die die erfolgreiche Umsetzung solcher Programme voraussetzt, sind noch nicht geschaffen. Rußland droht politisch und wirtschaftlich abzugleiten. Die weitere Liberalisierung und die Öffnung des Landes nach Westen sind gefährdet. Die Aufstellung von Reformkatalogen hilft nicht weiter. Die Lage ist gekennzeichnet von einer komplexen, im einzelnen schwer durchschaubaren Mischung aus Transformationsschocks und makroökonomischen Schocks, bei der nur eine adäquate Mischung politischer und ökonomischer Therapien helfen kann. Die Kernpunkte eines solchen Ansatzes sind in den folgenden Abschnitten skizziert.

### **2. Was unumgänglich ist**

Die Stabilisierung und die Umgestaltung der Wirtschaft verlangen politische Handlungsfähigkeit. Gelingt es nicht, die Handlungsfähigkeit — ganz gleich auf welcher Ebene — herzustellen, ist jedes wirtschaftliche Programm zum Scheitern verurteilt. Da sich in Rußland im Zuge der Umwandlung des Systems die politischen Machtzentren offensichtlich hin zu den Gebietskörperschaften verschoben haben, erscheint es aussichtslos, diese Bewegung erneut umkehren zu wollen, um von Moskau aus eine konsequente Reformpolitik betreiben zu können. Vielmehr muß die Zentralregierung den de facto bestehenden Machtstrukturen entgegenkommen und im Konsens mit den Gebietskörperschaften ein föderales System etablieren, das die Kompetenzverteilung regelt. Politische Entscheidungsstrukturen müssen glaubwürdig sein. Das kann in der gegenwärtigen Lage Rußlands nur erreicht werden, wenn sich die Zentralregierung auf die Aufgaben und Reformen beschränkt, die

nur von ihr gelöst werden können, alle übrigen staatlichen Funktionen aber den Gebietskörperschaften überläßt.

Die wichtigsten, kurzfristig anzugehenden Problemfelder der Zentralregierung sind:

- die Schaffung eines rudimentären Rechtsrahmens, der den Prinzipien des Föderalismus und der Vertragsfreiheit Rechnung trägt, und dessen Durchsetzung mit Hilfe einer unabhängigen Rechtsprechung;
- die Stimulierung von Wettbewerb in allen Sektoren durch den Abbau von internen Zugangsbarrieren, die schrittweise, aber konsequente Öffnung der Märkte nach außen und die Zulassung ausländischer Investoren — auch im Energiebereich. Wettbewerb ist für die Nutzung von Produktivitätsreserven zunächst wichtiger als Privatisierung;
- die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung im Bereich des Geldwesens und der öffentlichen Haushalte.

Gerade letzteres scheint unlösbare Probleme aufzuwerfen. Die galoppierende Inflation ist mit Hilfe der vorhandenen und eingesetzten Instrumente restriktiver Geldpolitik nur durch eine schwere Stabilisierungskrise mit Produktionseinbrüchen und steil ansteigender Arbeitslosigkeit zu stoppen. Das aber würde die Situation der ohnehin angeschlagenen, weil hoch verschuldeten Unternehmen noch einmal dramatisch verschlechtern und wegen seiner sozialen Konsequenzen die gesamte Reformpolitik in Frage stellen. Ohne Stabilisierung des Geldwertes sind aber alle übrigen Reformschritte Makulatur, weil der zentrale marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismus, das System der relativen Preise, seiner Funktion beraubt ist.

Einen einfachen Ausweg aus diesem Dilemma gibt es nicht. Dennoch lassen sich Lösungswege skizzieren. Ursache der Entstehung des oben beschriebenen Dilemmas ist die Tatsache, daß Preise und Löhne nach unten relativ starr sind und eine Kostendisziplin der Unternehmen nicht vorhanden ist. Restriktive Geldpolitik löst daher zunächst einen negativen Nachfrageschock mit allen Konsequenzen für Produktion und Beschäftigung aus, bevor eine gewisse Stabilisierung des Preis- und Kostenniveaus erwartet werden kann. Die Inflationstoleranz ist aber schon ein so fester Bestandteil der Anpassung der Gesellschaft an die Bedingungen galoppierender Inflation geworden, daß nur ein äußerst kräftiges Signal, das den Kurswechsel des gesamten Geldsystems anzeigt, hier Änderungen erwarten läßt. Ein solches Signal kann nach Lage der Dinge nur von einer konzentrierten politischen Anstrengung ausgehen, bei der die oben genannten zentralen Reformschritte durchgesetzt werden. Ist dies gut vorbereitet, kann eine Währungsreform helfen, ein Zeichen für den Neuanfang zu setzen.

Es wäre aber ein Mißverständnis zu glauben, eine Währungsreform als solche löse das Problem der Geldwertstabilisierung. Die Währungsreform kann nur ein Signal sein; entscheidend ist, von welchen Maßnahmen sie begleitet wird. Im Kern geht es hier einerseits wiederum um die Herstellung von Wettbewerb auf den Gütermärkten und andererseits um die Neuordnung des Verhältnisses von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Auf Seiten der Arbeitnehmer heißt das, daß Gewerkschaften gegründet oder umstrukturiert werden müssen, die die

Interessen der Arbeitnehmer zugleich vertreten und kanalisieren. Auf seiten der Arbeitgeber ist unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg autonomer Lohnverhandlungen, daß auch staatliche Betriebe ein Interesse an einer der Produktivitätsentwicklung angepaßten Lohnentwicklung haben müssen. Das ist nur zu erwarten, wenn der Staat Mithaftung für Fehlentscheidungen ausschließt, also konsequent Subventionen abbaut und keinerlei Verlustausgleich oder Bürgschaft für Staatsunternehmen übernimmt (harte Budgetrestriktion).

Im Rahmen einer Währungsreform müßte zusätzlich das Altschuldenproblem der Unternehmen, das durch gegenseitige Kreditgewährung der Staatsunternehmen im ersten Halbjahr 1992 abenteuerliche Dimensionen erreicht hat, gelöst werden. Der "Währungsschnitt" müßte wohl fühlbar sein, um Verbindlichkeits- und Forderungsbestände auf normale Dimensionen zu reduzieren. Um es aber zu wiederholen: Entscheidend ist nicht die Verkürzung der Bilanzen, also die Bereinigung der Bestände; entscheidend ist, was *nach* der Währungsreform mit den Stromgrößen geschieht. Bleiben die Löhne rigide, der Wettbewerb auf den Gütermärkten schwach, die Finanzpolitik extrem expansiv und die Geldpolitik lax, ist auch die Währungsreform nur ein Strohhalm, nach dessen Abbrennen es schwerer denn je ist, das Dilemma der makroökonomischen Stabilisierung zu umgehen.

Nach dieser ersten Stufe unumgänglicher Reformmaßnahmen, von denen bisher keine in Rußland energisch angepackt wurde, ist eine Reihe weiterer Schritte rasch erforderlich:

- weitere Haushaltskonsolidierung durch Aufbau eines einfachen und administrativ handhabbaren Steuersystems sowie einer Steuerverwaltung;
- Preisfreigabe in den noch kontrollierten Sektoren, vor allem im Energiebereich;
- rudimentäre Kapitalmarktreformen mit dem Ziel einer Trennung der Banken von den staatlichen Produktionsbetrieben;
- Einführung der Konvertibilität der Währung bei einem einheitlichen Wechselkurs. Konvertibilität würde in der ersten Stufe für Inländer lediglich die sogenannte Leistungsbilanzkonvertibilität bedeuten, also Konvertibilität bei solchen Aktivitäten, die sich in der Leistungsbilanz niederschlagen (in erster Linie Im- und Export von Waren und Diensten). Für Ausländer sollte sofort die volle Konvertibilität eingeführt werden;
- Zahlungsvereinbarungen zwischen den GUS-Staaten zur Aufrechterhaltung des innergemeinschaftlichen Handels;
- vorrangige Privatisierung in den Bereichen Landwirtschaft, Handel und Transport zur Verbesserung der Versorgungslage;
- Aufbau eines sozialen Netzes mit Priorität bei der Arbeitslosenversicherung.

### 3. Mittel- und längerfristige Aufgaben

Institutionelle Klarheit und makroökonomische Stabilität sind unabdingbare Voraussetzungen für den Strukturwandel. Deshalb müssen die generelle Privatisierung und der Aufbau funktionsfähiger Kapitalmärkte einer späteren Reformphase vorbehalten bleiben. Auch wird die volle Währungsconvertibilität erst nach Abschluß der Stabilisierung erreichbar sein. Wenn es gelingt, mehr Wettbewerb im Innern und von außen zu schaffen, wird dies allerdings bereits in der ersten Reformphase auch die Staatsbetriebe zur Strukturanpassung zwingen.

### 4. Voraussetzungen und Chancen westlicher Hilfe

Die Grundvoraussetzungen für größere Hilfsprogramme sind derzeit nicht gegeben. Es fehlen klare Kompetenzstrukturen zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen. Die Gebietskörperschaften blockieren sich gegenseitig. Der Staat hat als Ordnungsmacht ersichtliche Probleme, Korruption und ein ausuferndes organisiertes Verbrechen einzudämmen. Hilfsmaßnahmen müssen infolgedessen sehr gezielt ausgerichtet sein. Ungebundene finanzielle Hilfe sollte in der gegenwärtigen Situation nicht mehr gegeben werden. Die bereits zugesagten finanziellen Hilfen sollten für Projekte verwendet werden, die zur Besserung der Lebensbedingungen, zur Erleichterung des Transformationsprozesses und zur Verbesserung der Exportmöglichkeiten beitragen. Solche Mittel würden zum Marktkurs für Rubel getauscht und als Starthilfekredite oder Beiträge zum Eigenkapital vergeben. Vordringlich sind:

- der Aufbau einer privaten Landwirtschaft,
- die Entwicklung neuer Vertriebswege für Agrarprodukte und der Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur (z.B. Lager- und Kühlkapazitäten, Verpackungsindustrie),
- die Entwicklung von Handwerk und lokalem Gewerbe und
- die Förderung der Produktion von medizinischem Gerät und pharmazeutischen Produkten.

Zur Erleichterung des Transformationsprozesses können die westlichen Länder darüber hinaus nur flankierende Hilfen leisten — etwa im Beratungsbereich oder bei der Ausbildung für staatliche Verwaltung, der Kostenrechnung, der Lösung der vorliegenden Verfassungsprobleme, der sonstigen Gesetzgebung, des Aufbaus einer unabhängigen Justiz und der praktischen Durchsetzung von Rechtsnormen.

Um zu importieren und ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, muß die russische Wirtschaft in der Lage sein, Devisen durch eigene Exporte zu erwirtschaften. Bestehende Handelsbarrieren sind daher zu beseitigen. Die westlichen Länder müssen die eigenen Märkte für Exportprodukte Rußlands öffnen. Dies gilt also

sowohl für die von der EG stark reglementierten Märkte (z.B. Stahl und Aluminium) als auch für technische Produkte, bei denen Rußland potentiell wettbewerbsfähig ist (z.B. Flugzeugbau, Weltraumtechnik).

Es ist weder für Rußland noch für die Lieferländer hilfreich, wenn Produkte aus Gründen der Auslastung der heimischen Kapazitäten quasi an Rußland verschenkt werden, wie das teilweise im Rahmen der Gewährung von Hermes-Bürgschaften für ostdeutsche Produkte geschieht. In beiden Ländern wird durch diese Art von Preissubvention die notwendige strukturelle Anpassung behindert.

## **XII. Besonderheiten Weißrußlands**

### **1. Die aktuelle Situation**

In den letzten Jahren verlangsamte sich die wirtschaftliche Entwicklung in Weißrußland kontinuierlich, bis schließlich ein immer schnellerer Produktionsrückgang einsetzte (Tabelle 3). Die Entwicklung des Nationaleinkommens und der industriellen Produktion im Jahre 1992 weist entsprechend einen stark negativen Trend auf. Abweichend von einem geplanten Zuwachs des Nationaleinkommens von 2,5 vH ist das Nationaleinkommen im ersten Quartal 1992 um 14 vH im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum geschrumpft. Die industrielle Produktion sank im ersten Halbjahr 1992 im Vorjahresvergleich um 11,7 vH, wobei sich im Monatsvergleich eine Verstärkung des Abwärtstrends zeigte. Die Bereiche Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion weisen ebenfalls erhebliche Einbrüche auf. So wurden im ersten Halbjahr 1992 etwa 21 vH weniger Nahrungsmittel im Vergleich zum Vorjahr produziert (PlanEcon, a).

Als besonders nachteilig erwies sich die starke Abhängigkeit von den Roh- und Werkstofflieferungen aus anderen GUS-Republiken. So bezieht Weißrußland etwa 92 vH seines Bedarfs an Energieträgern, 99 vH an Schwarzmetallen sowie 60 vH an Zement aus diesen Staaten (Sovetskaja Belorus vom 8.5.1992). Die entsprechenden Lieferungen aus der Ukraine, Rußland und Kasachstan verminderten sich im ersten Quartal 1992 um 13-15 vH im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Diese Auflösung der alten Verflechtungsstrukturen und fehlende Bezugsalternativen können als eine der entscheidenden Ursachen für die negative wirtschaftliche Entwicklung angesehen werden.

Tabelle 3 — Durchschnittliche Zuwachsraten des Nationaleinkommens Weißrußlands 1981-1992 (vH)

	1981-1988	1989-1990	1991	Plan 1992	Ist I./1992
Produziertes Nationaleinkommen	4,6	3,2	-3,0	2,5	-14
darunter:					
Industrie	5,9	5,8	-1,5	0,3	-10
Landwirtschaft	2,8	-2,0	-3,0	5,4 <sup>a</sup>	-
Bauwesen	5,5	3,6	-	-	-

<sup>a</sup>Gesamtprodukt der Landwirtschaft.

Quelle: Die Volkswirtschaft der Belorussischen SSSR 1988 (Minsk 1989) (russ.); "Über die Arbeit der Volkswirtschaft der Republik Belarus im ersten Quartal 1992", Sovetskaja Belarus vom 8.5.1992 (russ.); Anordnung des Obersten Sowjets der Republik Belarus "Über den Staatsplan der Republik Belarus" vom 15.1.1992 (russ.).

In Weißrußland zeigt sich ebenso wie in Rußland eine Tendenz zur Hyperinflation. So lag das allgemeine Preisniveau im März 1992 um 1400 vH höher als ein Jahr zuvor. Die Preisentwicklung bei einzelnen Gütergruppen weist im ersten Quartal 1992 (von Dezember 1991 bis März 1992) eine relativ große Streuung auf. Die Preise für Elektroenergie stiegen um 780 vH, für Baumaterial um 1500 vH, für Holz und Holzserzeugnisse um 1000 vH, für chemische und petrochemische Erzeugnisse um 1600 vH, für Maschinenbauprodukte um 1370 vH sowie für Produkte der Lebensmittelindustrie um 850 vH (Sovetskaja Belarus vom 8.5.1992).

Die weißrussischen Betriebe versuchen auf vergleichbare Art und Weise wie die russischen Betriebe, sich über die Russische Zentralbank zu refinanzieren. Eine weiche Budgetrestriktion kennzeichnet deshalb auch in Weißrußland die Situation. Des weiteren nehmen die Betriebe "Lieferantenkredite" in Anspruch, die in der Regel daraus resultieren, daß empfangene Lieferungen nicht bezahlt werden. Diese Kredite dienen vorrangig der Finanzierung der laufenden Betriebsausgaben, während die Investitionstätigkeit zunehmend erlahmt (-25 vH im ersten Quartal 1992 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum; *ibid.*).

Aussagen über die Entwicklung des durchschnittlichen Realeinkommens der Bevölkerung können nur unter dem Vorbehalt getroffen werden, daß die Einkommensstrukturen wenig transparent sind. Die Entwicklung der Nominaleinkommen und der Lebenshaltungskosten deuten auf einen Rückgang des Realeinkommens hin: Während die Nominaleinkommen um das 4,2fache stiegen, erhöhten sich die Lebenshaltungskosten um das 7fache (*ibid.*).

Im Jahre 1991 wies der weißrussische Staatshaushalt einen Überschuß in Höhe von 2,2 vH des Bruttoinlandsprodukts auf. Dieser Überschuß resultierte aus höheren Steuereinnahmen, Transfers aus den Unionsfonds und Ausgabenkürzungen (IMF, a, S. 23). Der Haushalt für das Jahr 1992 (Stand: Februar 1992) sieht ein Defizit in Höhe von 2,1 vH des Bruttoinlandsprodukts vor. Das Haushaltsdefizit wird bis zum Jahresende wahr-

scheinlich wesentlich höher ausfallen, da Mängel des Steuersystems sowie die sinkenden Erträge der Betriebe Mindereinnahmen erwarten lassen. Demgegenüber ist mit höheren Ausgaben als geplant zu rechnen.

## 2. Der Stand der Reformen

Die wirtschaftliche Entwicklung in Weißrußland macht deutlich, daß ein akuter Bedarf an marktwirtschaftlichen Reformen besteht. Im Gegensatz zu Rußland besteht in Weißrußland ein hohes Maß an politischer und rechtlicher "Stabilität", d.h., die staatlichen Strukturen aus den Zeiten der Sowjetunion sind weitgehend intakt geblieben. Ein Enforcement-Problem ist in Weißrußland nicht zu beobachten, da anders als in Rußland keine föderativen Strukturen bestehen, das Staatsgebilde also relativ homogen ist. Jedoch wurde diese staatliche Autorität bislang nicht dazu genutzt, entscheidende Reformschritte zu unternehmen. In der weißrussischen Führung dominieren anders als in Rußland noch die konservativen Kräfte, Reformer sind in einflußreichen Positionen kaum zu finden. Das Zentralplanungssystem ist in den meisten Bereichen noch weitgehend in Takt.

Nach dem weißrussischen Eigentumsgesetz vom 12. Dezember 1990 ist die Bildung privaten Eigentums bei Immobilien und Produktionsmitteln erlaubt, wengleich ein Gesetzesvorbehalt für die private Eigentumsbildung in einigen Bereichen besteht. Jedoch dominiert weiterhin das öffentliche Eigentum, das durch Monopolstrukturen gekennzeichnet ist. So sind 70 vH der Erwerbstätigen in staatlichen Betrieben, 17,8 vH im genossenschaftlichen Bereich, 6,4 vH in Pachtbetrieben und im privaten Bereich lediglich 2,4 vH beschäftigt.

Eine Änderung dieser Eigentumsverhältnisse ist kurzfristig nicht zu erwarten, da ein Privatisierungsgesetz wahrscheinlich erst im Oktober 1992 verabschiedet wird. Die Regierung beabsichtigt, in einer ersten Phase 147 Unternehmen zu privatisieren, die etwa 90 vH der Industrieproduktion erzeugen. Ein Teil der Unternehmen ist von der Privatisierung ausgenommen, da diese in der Rüstungsindustrie oder in anderen Industrien von strategischem Interesse angesiedelt sind. Unklar ist die Vorgehensweise der Privatisierung. Es ist gegenwärtig eine Coupon-Privatisierung nach dem Vorbild der CSFR in der Diskussion.

Die weißrussische Regierung hat sich mit der Reform des Steuersystems (1. Januar 1992) bemüht, die Finanzpolitik über eine Erhöhung der ordentlichen Einnahmen solide zu gestalten. So wurden Steuern auf Einnahmen und Gewinne der Betriebe, spezifische Verbrauchssteuern (Akzisen), Grundsteuern, Transitsteuern, Verkehrswegsteuern, Umweltsteuern sowie Immobiliensteuern eingeführt. Jedoch ist die Effektivität der Finanzverwaltung ähnlich wie in Rußland stark eingeschränkt; eine neugegründete Finanzpolizei soll die Steuerdisziplin der Unternehmen erhöhen.

Die weißrussischen Regulierungen im Bereich des Außenhandels unterscheiden sich nicht grundlegend von denen Rußlands. Bei der Festlegung der Importzölle wird unterschieden nach den Herkunftsländern und der Verwendung der Güter. Gleiches gilt für die Exportzölle, die im Hartwährungsbereich durch Vorschriften für

den Zwangsumtausch von Einnahmen weißrussischer Exporteure ergänzt werden. Diese Abschöpfung dient dem Aufbau eines Devisenfonds, der im April 1992 von der weißrussischen Regierung in einer Verordnung neu konzipiert wurde.

Da Weißrußland der Rubelzone angehört, sind einer eigenständigen Geldpolitik und damit auch einer makroökonomischen Stabilisierung enge Grenzen gesetzt. Die Einführung einer eigenen Währung soll nach gegenwärtigen Vorstellungen der Regierung erfolgen, wenn die Rubelzone aufgelöst wird. Bislang hat die Weißrussische Nationalbank eigene Rubelnoten emittiert, die jedoch lediglich als Ersatzgeld fungieren. In Absprache mit der Russischen Zentralbank sollen diese weißrussischen Rubel die Bargeldnot lindern helfen. Es besteht ein interner fester Wechselkurs von 10 "alten" Rubeln zu einem weißrussischen Rubel (Schrader, Laaser, 1992, S. 32).

### 3. Perspektiven

In Weißrußland ist die Politik bislang von einem relativ geringen Reformeifer geprägt. Angesichts des sich beschleunigenden wirtschaftlichen Verfalls entstehen jedoch ökonomische Zwänge, die verschiedene Reformschritte verlangen. Im Vergleich zu Rußland erscheinen die objektiven Voraussetzungen für eine marktwirtschaftliche Transformation prinzipiell günstiger zu sein. Jedoch hängen Fortschritte in der Reformpolitik maßgeblich von der Reformbereitschaft der politischen Entscheidungsträger ab.

Die Grundaufgaben der marktwirtschaftlichen Transformation in Weißrußland sind mit denen in Rußland weitgehend identisch. Als vordringliche Aufgabe weißrussischer Reformpolitik muß die Einführung einer eigenen Währung gelten. Ohne eine eigene Währung ist eine eigenständige Wirtschaftspolitik und damit eine makroökonomische Stabilisierung angesichts der russischen Geld- und Währungspolitik nicht möglich. Außerdem können bei einer gemeinsamen Währung Rußland und Weißrußland nicht, wie jetzt, unterschiedliche Wege in der Reformpolitik gehen. Die große Privatisierung und eine damit einhergehende Demonopolisierung ist aufgrund der weißrussischen Ausgangssituation leichter umzusetzen als in Rußland. Denn es bestehen überschaubare Eigentumsstrukturen und bessere Voraussetzungen, Privatisierungsentscheidungen auch durchzusetzen.



## Anhang 1: Die Organisation und die Wege der Privatisierung

Für die Organisation und die Konzeption der Privatisierung ist das "Staatskomitee für die Verwaltung von Staatsvermögen" zuständig; es soll die rechtliche Transformation der Unternehmen durchführen, den unterschiedlichen Gebietskörperschaften Eigentumsrechte an diesen Unternehmen zuordnen und sektorale Privatisierungsstrategien entwickeln.<sup>35</sup> Die eigentlichen Verkaufsaktivitäten im Rahmen der Privatisierung werden von sogenannten Vermögensfonds organisiert, die auf allen föderalen Ebenen eingerichtet worden sind.

Die Privatisierung soll nach dem Privatisierungsgesetz und dem Privatisierungsprogramm nach folgendem Muster verlaufen:

- (1) Die Privatisierung kann auf Initiative des Vermögenskomitees selbst, der Betriebsleiter, Belegschaften, Kommunen, Banken oder Gläubiger der Staatsbetriebe beim Vermögenskomitee beantragt werden. Für die Bearbeitung des Antrags ist eine Frist von 30 Tagen vorgesehen.
- (2) Stimmt das Vermögenskomitee dem Privatisierungsantrag zu, wird in dem Unternehmen von der Leitung eine Privatisierungskommission eingerichtet, die in Abstimmung mit der Belegschaft und dem zuständigen Kommunalparlament innerhalb von sechs Monaten einen Privatisierungsplan ausarbeitet und beschließt. Dieser Plan, der auch einen Mindestverkaufspreis enthalten muß,<sup>36</sup> ist dem Vermögenskomitee zur Genehmigung vorzulegen.
- (3) Es sind unterschiedliche Formen der Privatisierung vorgesehen:
  - (a) Größere und vielversprechende Staatsunternehmen sollen vom Vermögenskomitee bis zum 1. November 1992 in Aktiengesellschaften umgewandelt werden. Es ist daran gedacht, daß die Vermögensfonds einen Teil der Aktien (10, 25 oder 51 vH) der Belegschaft und den Betriebsrentnern zu Sonderkonditionen anbieten. Die Vermögensfonds sollen den restlichen Teil entweder über Versteigerungen, Banken oder Börsen veräußern. Die Bürger können mit Privatisierungsschecks, die jeder von ihnen im Wert von 10.000,— Rubel im vierten Quartal 1992 erhält, bis zum 31. Dezember 1993 Aktien erwerben.<sup>37</sup>

<sup>35</sup> Das "Staatliche Programm für die Privatisierung staatlicher und kommunaler Betriebe der Russischen Föderation im Jahre 1992" vom März 1992 regelt u.a. nicht die Privatisierung von Staatsgütern und von Wohnungen. Diese soll im Rahmen örtlicher Privatisierungsprogramme oder Einzelinitiativen durchgeführt werden (vgl. Kommersant, Nr. 24, Juni 1992).

<sup>36</sup> Nach einer im Februar 1992 verabschiedeten Vorschrift erfolgt die Bewertung der Privatisierungsobjekte auf der Basis von "Preisen" aus den Jahren 1982 und 1989 (Schrader, Laaser, 1992, S. 12).

<sup>37</sup> Vgl. "Privatisierungsschecks für russische Bürger", Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.8.1992 sowie "Jelzin: Privatisierung der Staatswirtschaft", VWD-Osteuropa, Nr. 57, August 1992, S. 3. Die Vermögensfonds sollen bis zum 1. September 1992 alle Unternehmen registrieren, die nach dem Präsidentendekret vom 1. Juli 1992 (Dekret Nr. 721) in offene Aktiengesellschaften überführt werden sollen.

- (b) Weiterhin kann der Verkauf durch Versteigerung von Betrieben, durch direkte Veräußerung oder per kommerzieller Ausschreibung erfolgen, was vor allem für die "kleine" Privatisierung (Handel, Handwerk, sonstige Dienstleistungen) relevant ist. Als weitere Verkaufsform ist die nichtkommerzielle Investitionsausschreibung vorgesehen, worunter die Vorgabe eines festgelegten Preises und der Zuschlag für den Käufer mit dem größten angebotenen Investitionsvolumen zu verstehen ist.<sup>38</sup>
- (c) Im Rahmen einer Ausschreibung und Versteigerung können Belegschaftsmitglieder ihren Betrieb komplett erwerben; Voraussetzung ist die Gründung einer Aktiengesellschaft durch die Belegschaft.
- (4) In vielen Bereichen sind die Privatisierungsmöglichkeiten eingeschränkt. Folgende Beschränkungen sind hier zu nennen:
- (a) Für viele Objekte ist die Privatisierung bislang gänzlich untersagt: natürliche Ressourcen, Teile der Energiewirtschaft, Rohrleitungen, Post- und Fernmeldewesen, Straßen- und maritime Infrastruktur, Teile der chemischen und pharmazeutischen Industrie, Nukleartechnik und sonstige Bereiche, die auch in westlichen Ländern typischerweise dem öffentlichen Sektor zugerechnet werden.
- (b) In weiteren Bereichen ist für eine Privatisierung ein Regierungsbeschluß erforderlich: Rüstungsbetriebe, Betriebe des nuklearen Maschinenbaus, Betriebe zur Gewinnung von Erzen, Gewinnung und Verarbeitung von energetischen Rohstoffen, Banken und sonstige Bereiche.
- (5) Dagegen ist eine obligatorische Privatisierung für Bereiche vorgesehen, denen eine Schlüsselstellung für eine funktionierende Marktwirtschaft eingeräumt wird. Das betrifft Betriebe des Groß- und Einzelhandels, des Bauwesens und der Baustoffindustrie, landwirtschaftliche Erzeuger- und Verarbeiterbetriebe sowie Betriebe der Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

## **Anhang 2: Beteiligung von Ausländern an der Privatisierung**

Ausländer dürfen im Rahmen der Privatisierung nicht automatisch als Käufer auftreten. Der Erwerb von Grund und Boden ist ihnen einstweilen noch untersagt. Die Regierung versucht nach Angaben von Beobachtern seit Mitte des Jahres, gegen den Widerstand des Parlaments die rechtlichen Bedingungen für ausländischen Besitz an Grund und Boden zu schaffen (vgl. Will, 1992).

An der Privatisierung von Betrieben sollen Ausländer in der Regel im Wege von Auktionen oder Investitionsausschreibungen teilnehmen. Ein Direktverkauf von Betrieben an Ausländer ist nur möglich, wenn sich

<sup>38</sup> Vgl. hierzu und zum folgenden das "Staatliche Programm für die Privatisierung staatlicher und kommunaler Betriebe der Russischen Föderation im Jahre 1992" vom März 1992, abgedruckt in: Kommersant (Nr. 24, Juni 1992).

keine inländischen Bieter finden.<sup>39</sup> Der Beteiligungserwerb ist in einer Reihe von Bereichen an eine staatliche Lizenz gebunden: Dies betrifft Rüstungsbetriebe, die der Konversion unterliegen, Betriebe der Brennstoffwirtschaft sowie Betriebe zur Gewinnung und Verarbeitung von Edelmetallerzen, Edel- und Halbedelsteinen, radioaktiven Erzen und seltenen Erden.

Unzulässig ist die Beteiligung ausländischer Investoren an der Privatisierung im Handels-, Gastronomie-, Dienstleistungs-, Straßengüter- und Personenverkehrsbereich sowie bei Industrie- und Baubetrieben bis 200 Beschäftigte.

Dagegen wird die Teilnahme von ausländischen Investoren am Investitionswettbewerb, d.h. vor allem in Problembereichen und bei verlustbringenden Unternehmen, gefördert.

Allgemein kann festgestellt werden, daß sich die Teilnahme ausländischer Unternehmen am Privatisierungsprozeß in einer rechtlichen Grauzone bewegt. So regelt das russische Privatisierungsgesetz die Frage des Unternehmenserwerbs im Wege der Privatisierung nicht ausdrücklich. Das "Komitee für ausländische Investitionen" stellt in seinem "Programm zur Gewinnung von ausländischen Investoren" (Juni 1992) fest, daß das russische Privatisierungsprogramm eigentlich allein auf inländische Investoren zugeschnitten ist. Das Komitee konstatiert eine allgemeine Rechtsunsicherheit für ausländische Investoren. Es sieht die Entwicklung eines besonderen Beteiligungsmodus für ausländische Investoren als zweckdienlich an. Denn ausländischen Unternehmen wird aufgrund ihres unternehmerischen Know-hows eine wichtige Rolle bei der Industrialisierung zugeschrieben. Diese Einschätzung wird jedoch dahingehend relativiert, daß das Komitee eine Konditionierung einer ausländischen Beteiligung am Privatisierungsprozeß als wünschenswert ansieht, die wiederum kontraproduktiv für eine Teilnahme sein dürfte. So ist daran gedacht, ausländischen Investoren Auflagen wie Beschäftigungsgarantien und Investitionsvorgaben zu machen. Wenig ermutigend wirkt auch die Diskussion über Beteiligungsgrenzen für ausländische Investoren im Rahmen der Privatisierung, die zwischen 20 und 35 vH liegen sollten.

### **Anhang 3: Anmerkungen zur Datenlage**

#### **Zahlungsbilanz**

Eine Zahlungsbilanzstatistik wurde in der Sowjetunion in der Vergangenheit nicht geführt. Erst mit dem Antrag auf Aufnahme in den IWF wurden die erforderlichen Daten veröffentlicht (*Ekonomika i zizn*, Nr. 6, Fe-

---

<sup>39</sup> Vgl. hierzu und zum folgenden das "Staatliche Programm für die Privatisierung staatlicher und kommunaler Betriebe der Russischen Föderation im Jahre 1992" vom März 1992 (a.a.O).

bruar 1992, S. 11). Neben Bewertungsproblemen erschwert vor allem die umfangreiche Kapitalflucht die Erstellung einer aussagekräftigen Zahlungsbilanz für die ehemalige Sowjetunion bzw. die Russische Föderation. So setzt das Institute of International Finance (IIF) aufgrund einer eigenen Schätzung der Zahlungsbilanz die Kapitalflucht für das Jahr 1991 mit 10 Mrd. US-\$ an (IIF, 1992, S. 9 f.). Dies entspräche gut einem Viertel der sowjetischen Warenexporte in konvertibler Währung. Die Schätzung beruht auf der Diskrepanz zwischen dem Saldo der Leistungs- und Kapitalverkehrsbilanz einerseits und den Nettoänderungen in der Reserveposition andererseits. Demgegenüber weisen die Angaben des IWF zur Zahlungsbilanz Rußlands und der Sowjetunion in den Jahren 1990 und 1991 eine solche Diskrepanz zwar nicht aus, geben aber einen deutlich niedrigeren Handelsbilanzsaldo an als andere Quellen (z.B. Gardiner, 1992, S. 73). In diesem Bericht werden die Schätzungen des IWF zugrundegelegt (Tabelle 1), da andere Angaben für die Russische Föderation nicht verfügbar sind.<sup>40</sup> Allerdings ist zu vermuten, daß die Exporte in konvertibler Währung 1991 höher ausgefallen sind als angegeben, wobei die Differenz u.a. die Kapitalflucht widerspiegelt.

## Außenhandel

Die verfügbaren Statistiken lassen keine genauen Aussagen über die Zusammensetzung des Außenhandels nach Partnerländern zu: Die russischen Quellen weisen die Handelspartner nicht im einzelnen nach, und die Statistiken der westlichen Partnerländer unterscheiden bisher kaum zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken.<sup>41</sup> Außerdem bestehen bei den Handelsströmen zu den RGW-Ländern, bei denen es sich faktisch um Bartertrade handelte, erhebliche Bewertungsprobleme. Diese beziehen sich sowohl auf die Verwendung der RGW-internen Verrechnungspreise als auch auf die Wahl des Wechselkurses zwischen Transferrubel und US-\$ bei der Aggregation von Handelsströmen, die in konvertibler Währung gemessen werden. So betragen 1989 die sowjetischen Exporte in ausgewählte RGW-Länder nach den Direction of Trade Statistics des IWF 19,1 Mrd. US-\$, während sie sich nach dem Bewertungsschema der sowjetischen Statistik auf 40,8 Mrd. US-\$ beliefen (IMF, c, Tab. A3).

Hinzu kommt auch für den Außenhandel in konvertibler Währung die abnehmende Qualität der russischen Statistiken, die sich in wachsenden Diskrepanzen zu den Daten der Partnerländer widerspiegelt (IIF, 1992, Tab. 2). Die Außenhandelsstatistiken der Sowjetunion beruhten traditionell nicht nur auf Erhebungen der Zoll-

<sup>40</sup> Die in *Ekonomika i zizn* (Nr. 6, Februar 1992, S. 11) veröffentlichte Zahlungsbilanz wurde vom Allrussischen Konjunkturforschungsinstitut in Moskau (WNIKI) gemeinsam mit Mitarbeitern des IWF anlässlich des russischen Antrags auf Aufnahme in den IWF erstellt. Sie entspricht bis auf geringe Abweichungen der Schätzung des IWF (Tabelle 1).

<sup>41</sup> Das Statistische Bundesamt führt erst seit Mai 1992 die Russische Föderation als eigenständige Berichtseinheit auf.

verwaltung an den Staatsgrenzen, sondern auch auf Mitteilungen der Außenhandelsorganisationen. Mit der Dezentralisierung des Außenhandels Ende der 80er Jahre und zunehmenden illegalen Exporten seit Anfang der 90er Jahre ist die Zuverlässigkeit dieses Systems der Datenerhebung offenbar deutlich gesunken. Insbesondere der Handel mit den übrigen Nachfolgestaaten und die Ausfuhr in Drittländer über die Nachfolgestaaten werden kaum statistisch erfaßt.

Angaben über die Warenstruktur des russischen Außenhandels sind für 1991 erstmals entsprechend der Abschnitte und Kapitel der Kombinierten Nomenklatur verfügbar (Tabelle A2). Da gleichzeitig der gesamte Außenhandel erstmals grundsätzlich zu Weltmarktpreisen abgerechnet wurde, kann davon ausgegangen werden, daß diese Daten ein einigermaßen zutreffendes Bild von der Warenstruktur vermitteln.

## **Anhang 4: Sozialpolitische Aufgaben des russischen Regierungsprogramms**

Für die Gestaltung der *Lohn- und Einkommenspolitik* wird ein System der Sozialpartnerschaft aufgebaut, das die Löhne und Gehälter für die einzelnen Berufsgruppen und Branchen über Tarifabschlüsse in Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband, den Branchengewerkschaften und der Regierung regeln soll. Erste Schritte in dieser Richtung sind durch den Grundlagenvertrag im April des Jahres getan worden. Die im vergangenen Jahr eingeführte automatische Indexierung soll bei den Löhnen und Gehältern abgeschafft werden und nur noch den Mindestlohn sowie die Renten und die Sozialhilfesätze betreffen.

Bei der *Rentenversicherung* ist ein dreistufiges Rentensystem geplant. Die vom Staat garantierte Mindestrente ist in Höhe des Existenzminimums vorgesehen (z.Z. deckt sie ca. 37 vH). Die Altersrente wird auf der Grundlage von Versicherungsbeiträgen aus dem Staatlichen Rentenfonds und von weiteren Versicherungsgesellschaften gezahlt und nach Arbeitsjahren sowie nach der Höhe des Verdienstes differenziert. Eine Herabsetzung des Renteneintrittsalters ist nicht vorgesehen, die Frühverrentung wird aber bereits jetzt breiter angewendet. Zusätzlich wird eine private Rentenversicherung geschaffen, in deren Rahmen Beiträge des Arbeitgebers und des Versicherungsnehmers akkumuliert werden; die Höhe der Zusatzrente wird vertraglich individuell festgelegt. Erwerbstätige im Rentenalter sollen für die Dauer der Weiterbeschäftigung keine Altersrente erhalten. Lediglich bei einem Minderverdienst wird eine Teilrente zum Ausgleich der Differenz gezahlt.

Bei der Reform des Gesundheitswesens werden neue *Krankenversicherungen* (Pflicht- und Zusatzversicherungen) aufgebaut, die die angebotenen medizinischen Leistungen im Interesse ihrer Klienten auswählen sollen. Zugleich wird schrittweise ein *System entgeltlicher Sozialleistungen* etabliert, in dessen Rahmen die Pflichtleistungen staatlich getragen und durch Gutscheine für jeden Bürger zugänglich gemacht werden sollen, darüber hinausgehende Leistungen sind durch Unternehmen, Arbeitnehmer und Spenden zu finanzieren.

Im Rahmen der *Arbeitslosenversicherung* wird kurzfristig nur eine Standardunterstützung für die Betroffenen möglich sein. Durch den Aufbau eines Versicherungssystems mit Beitragszahlungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber wird eine differenziertere Unterstützung angestrebt.

Das *Sozialhilfesystem* soll im Gegensatz zu bisherigen Pauschalunterstützungen auf die Bedürfnisse einzelner Bevölkerungsgruppen, darunter vorrangig auf einkommensschwache Familien mit Kindern, zugeschnitten werden. Verbunden werden soll damit eine generelle Überprüfung der Bedürftigkeit.

## Anhangtabellen

Tabelle A1 — Struktur des Haushalts der Russischen Föderation 1992 (vH vom BIP)<sup>a</sup>

	Januar-März	April-Dezember	Januar-Dezember
<b>1. Einnahmen</b>	20,1	35,7	33,4
darunter:			
Mehrwertsteuer (ohne Import)	7,0	10,3	9,9
Steuern für Erdöl und Gas	0,0	4,7	4,0
Gewinnsteuer	6,0	4,9	5,1
Einkommensteuer	1,6	1,1	1,2
Exportzölle	2,8	9,1	8,2
Importzölle	0,0	1,5	1,3
<b>2. Ausgaben</b>			
darunter:			
Investitionen	2,3	2,5	2,4
Verbrauchersubventionen	2,6	0,6	0,9
Löhne	4,7	6,3	6,1
Sozialausgaben	6,5	8,8	8,5
Ausgaben für die Außenwirtschaftstätigkeit	9,7	4,5	5,2
<b>3. Bilanz der nicht an den Haushalt gebundenen Fonds</b>	0,0	-3,0	-2,6
<b>4. Gesamtbilanz (1-2+3)</b>	-14,2	1,4	-0,9

<sup>a</sup>„Konsolidierter“ Haushalt (Plan); einschließlich der Haushalte der Gebietskörperschaften und nicht an den Haushalt gebundene Fonds.

Quelle: *Ekonomika i zizn'* (Nr. 10, März 1992).

Tabelle A2 — Warenstruktur des Außenhandels der Russischen Föderation 1991 (Anteil an den Exporten bzw. Importen in vH)

Warengruppe <sup>a</sup>	Exporte	Importe
I Lebende Tiere und Waren tierischen Ursprungs	2,6	3,5
II Waren pflanzlichen Ursprungs	0,6	13,1
10 Getreide	1,0	9,0
III Tierische und pflanzliche Fette und Öle	0,1	0,4
IV Waren der Lebensmittelindustrie	0,8	10,9
17 Zucker und Zuckerwaren	1,0	6,1
V Mineralische Stoffe	38,6	3,0
27 Brennstoffe, Mineralöle und -wachse	36,3	0,8
VI Chemische Erzeugnisse	9,5	9,8
31 Düngemittel	4,9	0,0
VII Kunststoffe, Kautschuk und Waren daraus	1,0	3,4
VIII Häute, Felle, Leder, Pelzfelle und Waren daraus	0,3	1,0
IX Holz, Kork und Waren daraus	5,3	0,1
X Zellulose, Papier und Papierwaren	1,4	1,0
XI Spinnstoffe und Waren daraus	3,1	7,5
XII Schuhe, Kopfbedeckungen u.ä.	0,1	2,3
XIII Waren aus Steinen, Gips u.ä., keramische Waren, Glas und Glaswaren	0,2	0,5
XIV Perlen, Edelmetalle, Edelsteine, Schmuckwaren	8,3	0,0
XV Unedle Metalle und Waren daraus	14,7	6,2
72 Eisen und Stahl	6,1	2,3
73 Waren aus Eisen und Stahl	0,5	3,3
76 Aluminium und Waren daraus	4,2	0,2
XVI Maschinen, Apparate und elektrotechnische Waren daraus	5,6	26,4
84 Kernreaktoren, Kessel, Maschinen	4,1	20,7
85 Elektrische Maschinen und andere elektrotechnische Waren	1,4	5,7
XVII Beförderungsmittel	6,9	7,1
86 Schienenfahrzeuge	0,4	3,3
87 Nichtschienengebundene Landfahrzeuge	4,7	3,0
XVIII Optische, photographische, wissenschaftliche und medizinische Apparate, Uhrmacherwaren, Musikinstrumente	0,5	2,1
XIX Waffen und Munition <sup>b</sup>	0,0	0,0
XX Verschiedene Waren	0,3	1,7
XXI Kunstgegenstände, Antiquitäten	0,0	0,0

<sup>a</sup>Nach der Kombinierten Nomenklatur. Die Kapitel (arabische Ziffern) werden nur dann aufgeführt, wenn sie mindestens 3 vH zu den Exporten oder Importen beitragen. — <sup>b</sup>In der Quelle werden die Exporte von Waffen und Munition mit lediglich 16,5 Mill. US-\$ und die Importe mit 0,9 Mill. US-\$ angegeben. Der größte Teil des Waffenhandels ist offenbar in den Kapiteln XV und XVI enthalten (PlanEcon, c, S. 18).

Quelle: PlanEcon (c, Tab. 1).

Tabelle A3 — Auslandsverschuldung der ehemaligen Sowjetunion in konvertibler Währung 1989, 1990 und 1991 (Mrd. US-\$)<sup>a</sup>

	1989	1990	1991
Staatliche Gläubiger	12,4	23,2	36,5
mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	10,8	20,6	33,3
kurzfristige Verbindlichkeiten	1,6	2,6	3,2
Private Banken	38,9	27,3	14,6
mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	20,9	18,9	14,6
kurzfristige Verbindlichkeiten	18,0	8,4	1,1
Sonstige private Gläubiger	5,2	9,1	9,5
mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	3,7	5,1	5,0
kurzfristige Verbindlichkeiten	1,5	4,0	4,5
Insgesamt	56,5	59,6	61,5
(in vH der Exporterlöse in konvertibler Währung)	161	177	163
Devisenreserven der Auenhandelsbank	14,1	6,7	5,3
Goldbestände	10,5	6,6	n.v.
<sup>a</sup> Jahresende.			

Quelle: IIF (1992, Tab. 5); IMF (c, Tab. 32 und 34); eigene Berechnungen.

Tabelle A4 — Industriestruktur nach Betriebsgrößen in der Russischen Federation (Anteil an der Produktion in vH)

	Betriebe mit ... Beschäftigten		
	1-200	201-499	500 und mehr
Industrie insgesamt	4,9	7,9	87,1
Brennstoffindustrie	0,7	2,6	96,7
Eisen- und Stahlindustrie	0,3	1,4	98,3
NE-Metallurgie	0,7	1,0	98,3
Chemische und petrochemische Industrie	0,8	2,5	96,6
Maschinenbau und Metallverarbeitungsindustrie	1,0	3,2	95,8
Energieanlagenbau	0,0	1,4	98,6
Elektrotechnische Industrie	0,8	4,0	95,1
Werkzeugmaschinenbau	0,6	4,7	94,7
Gerätebau	0,5	1,5	98,0
Automobilindustrie	0,1	0,7	99,2
Traktoren- und Landmaschinenbau	0,3	1,7	97,9
Holz, Holzverarbeitung, Zellstoff und Papier	7,3	14,5	78,2
Baumaterialienindustrie	6,7	23,4	69,9
Glas- und Porzellanindustrie	1,2	8,5	90,3
Druckindustrie	20,7	24,9	54,4
Leichtindustrie	2,8	5,7	91,5
Textilindustrie	1,2	2,7	96,1
Nahrungsmittelindustrie	20,8	20,2	59,0

Quelle: Gosudarstwenny Komitet RSFSR po statistike (Goskomstat RSFSR), Promyslennost' RSFSR v 1990 g, Moskwa Respublikanski informacionno — isdatelski Centr (1991, S. 16-19).



Tabelle A5 — Anteil des abgeschrieben Anlagevermögens in Relation zum Anfangspreis 1980, 1985 und 1990 (vH)

	1980	1985	1990
<b>Industrie insgesamt</b>	36,2	41,7	46,4
darunter:			
<b>Brennstoff- und Elektroenergiekomplex</b>	37,0	41,1	44,0
davon:			
Elektroenergie	31,6	35,6	40,6
Brennstoffindustrie	43,4	46,3	46,7
darunter:			
Erdölfördernde Industrie	42,9	42,1	43,8
Erdölverarbeitende Industrie	60,4	70,9	89,6
Gas	25,9	40,9	36,9
Kohle	40,8	42,6	42,8
<b>Metallurgiekomplex</b>	38,0	43,0	48,8
davon:			
Eisen- und Stahlindustrie	38,0	44,8	50,1
NE-Metallurgie	37,8	42,5	46,9
<b>Maschinenbaukomplex</b>	34,4	41,1	47,5
darunter:			
Maschinenbau	34,9	41,7	48,4
darunter:			
Elektrotechnische Industrie	36,0	43,5	51,4
Werkzeugmaschinenbau	33,8	38,7	42,5
Gerätebau	32,9	39,4	45,8
Automobilindustrie	30,5	43,9	52,6
Traktoren- und Landmaschinenbau	36,5	39,0	45,4
<b>Chemie- und Holzkomplex</b>	36,9	44,6	53,3
davon:			
Chemische und petrochemische Industrie	35,8	44,8	56,3
darunter:			
Chemische Industrie	34,7	43,2	53,8
Petrochemische Industrie	38,7	49,5	64,6
Holz, Holzverarbeitung, Zellstoff und Papier	38,5	44,3	48,3
darunter:			
Holz	46,3	50,7	48,2
Holzverarbeitung	37,3	43,0	46,2
Zellstoff und Papier	32,8	40,3	50,1
<b>Baumaterialienindustrie</b>	34,5	40,7	42,1
<b>Leichtindustrie</b>	32,8	37,4	40,2
darunter:			
Textilindustrie	33,0	38,3	42,3
Bekleidungsindustrie	29,6	32,1	32,9
Leder, Pelze und Schuhe	35,1	38,4	39,5
<b>Nahrungsmittelindustrie</b>	38,9	40,5	40,7

Quelle: Gosudarstwenny Komitet RSFSR po statistike (Goskomstat RSFSR), Promyslennost' RSFSR v 1990 g, Moskwa Respublikanski informacionno — isdatelski Centr (1991).

Tabelle A6 — Beschäftigte nach Industriezweigen 1980-1990 (1000 Personen)

	1980	1985	1986	1987	1988	1989	1990
<b>Industrie insgesamt</b>	22745	23095	23108	22967	22387	21731	20998
darunter:							
<b>Brennstoff- und Elektroenergiekomplex</b>	1276	1383	1399	1376	1368	1351	1346
davon:							
Elektroenergie	467	522	532	527	524	524	545
Brennstoffindustrie	809	861	867	849	844	826	801
darunter:							
Erdölfördernde Industrie	99	122	128	123	132	134	137
Erdölverarbeitende Industrie	135	135	134	127	122	118	99
Gas	24	24	25	25	26	25	27
Kohle	481	511	514	510	504	492	484
<b>Metallurgiekomplex</b>	1341	1381	1379	1363	1327	1291	1272
davon:							
Eisen- und Stahlindustrie	824	854	853	841	816	794	785
NE-Metallurgie	517	527	526	522	510	497	487
<b>Maschinenbaukomplex</b>	10287	10617	10671	10618	10364	10028	9652
darunter:							
Maschinenbau	8521	8773	8809	8735	8570	8344	8027
darunter:							
Elektrotechnische Industrie	592	608	606	603	589	572	545
Werkzeugmaschinenbau	310	307	313	310	304	291	280
Gerätebau	808	829	855	830	814	782	748
Automobilindustrie	834	871	877	873	857	832	814
Traktoren- und Landmaschinenbau	543	565	572	573	564	540	512
<b>Chemie- und Holzkomplex</b>	3273	3253	3245	3204	3127	3022	2920
davon:							
Chemische und petrochemische Industrie	1234	1249	1240	1224	1195	1167	1130
darunter:							
Chemische Industrie	828	854	848	837	814	795	755
Petrochemische Industrie	325	313	310	307	301	292	294
Holz, Holzverarbeitung, Zellstoff und Papier	2039	2003	2005	1980	1932	1855	1792
darunter:							
Holz	970	938	940	925	901	869	828
Holzverarbeitung	837	830	831	826	816	783	765
Zellstoff und Papier	221	226	225	220	206	194	189
<b>Baumaterialienindustrie</b>	1252	1269	1286	1288	1254	1181	1097
<b>Leichtindustrie</b>	2820	2626	2583	2541	2407	2356	2288
darunter:							
Textilindustrie	1208	1119	1096	1073	1002	967	932
Bekleidungsindustrie	1186	1098	1083	1080	1032	1024	1002
Leder, Pelze und Schuhe	412	394	391	375	362	353	342
<b>Nahrungsmittelindustrie</b>	1671	1674	1650	1641	1630	1618	1610

Quelle: Gosudarstwenny Komitet RSFSR po statistike (Goskomstat RSFSR), Promyslennost' RSFSR v 1990 g, Moskwa Respublikanski informacionno — isdatelski Centr (1991).

Tabelle A7 — Primärenergiegewinnung Rußlands nach einzelnen Energieträgern 1985-1991

	Kohle		Erdöl	Erdgas	Wasserkraft	Kernkraft
	Braunkohle	Steinkohle				
	Mill. t			Mrd. m <sup>3</sup>	Mrd. kWh	
1985	140,4	254,8	542,3	462,0	159,8	99,3
1986	144,9	263,0	561,2	503,0	164,3	105,2
1987	147,2	267,5	569,5	544,3	162,5	120,4
1988	152,0	273,5	568,8	589,8	160,9	126,1
1989	141,5	268,3	552,2	615,8	159,7	128,1
1990	137,3	257,4	516,2	640,6	166,8	118,3
1991	130,5	222,9	461,1	642,9	165,0	120,0

Quelle: Datenbank Energie/Osteuropa des DIW; PlanEcon (b).

Tabelle A8 — Struktur des Energieverbrauchs Rußlands 1985, 1988 und 1991 (vH)

	Kohle		Erdöl	Erdgas	Strom <sup>a</sup>	Kernkraft	Übrige <sup>b</sup>	Insgesamt
	Braunkohle	Steinkohle						
1985	4,7	17,1	34,4	34,7	4,3	2,6	2,2	100
1988	4,6	16,4	32,4	37,9	3,8	3,0	1,9	100
1991	4,1	14,1	30,9	41,9	4,0	3,0	2,0	100

<sup>a</sup>Wasserkraft, Außenhandelsaldo. — <sup>b</sup>Holz, Torf, Schiefer.

Quelle: Datenbank Energie/Osteuropa des DIW; PlanEcon (b); eigene Berechnungen.

Tabelle A9 — Energieausfuhren Rußlands 1985-1991

	Steinkohle	Steinkohlenkoks	Erdöl	Mineralölprodukte	Erdgas	Strom
	Mill. t					
1985	50,7	0,9	243,3	54,8	166,5	29,9
1986	51,8	0,8	261,4	55,2	180,5	33,5
1987	52,8	0,7	270,3	55,8	202,2	36,9
1988	53,8	0,7	276,3	59,3	225,7	36,6
1989	52,9	0,7	257,6	49,9	245,3	39,2
1990	52,1	0,5	229,4	50,5	249,8	39,4
1991	38,4	0,2	171,1	46,1	245,8	39,0

Quelle: Datenbank Energie/Osteuropa des DIW; PlanEcon (b).

Tabelle A10 — Anteil des staatlichen und kooperativen Handels sowie des Kolchoshandels am Einzelhandelsumsatz der UdSSR (vH)<sup>a</sup>

	1985		1989		1990	
	alle Waren	Nahrungsgüter	alle Waren	Nahrungsgüter	alle Waren	Nahrungsgüter
Staatlicher Handel	76,1	74,8	78,4	77,6	78,3	77,2
Kooperativer Handel	23,1	23,7	21,0	21,2	21,0	21,4
Kolchosmärkte	0,8	1,5	0,6	1,2	0,7	1,4

<sup>a</sup>Basis: staatliche Preise.

Quelle: Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g (Moskau 1991).

Tabelle A11 — Verkehrsleistungen je Mill. US-\$ Bruttoinlandsprodukt in der UdSSR, den USA und der Bundesrepublik Deutschland 1988 (t/km)

	UdSSR	USA	Bundesrepublik Deutschland
Insgesamt	2,71	0,68	0,22
darunter:			
Eisenbahn	2,47	0,32	0,05
Kraftverkehr	0,09	0,26	0,13

Quelle: IMF (e, S. 107).

Tabelle A12 — Verkehrsleistungen nach Verkehrsarten in der Russischen Föderation, den USA und der Bundesrepublik Deutschland 1989 (t/km)

	Eisenbahn	Kraftverkehr	Flußschifffahrt	Seeschifffahrt	Flugverkehr	Rohrleitungs- verkehr	Insgesamt
Russische Föderation	54,0	1,5	4,7	11,2	-	28,6	100
USA	30,3	25,4	9,3	18,2	0,3	16,5	100
Bundesrepublik Deutschland	21,8	43,4	16,2	15,0	1,1	2,5	100

Quelle: Transport i svjaz RSFSR, Statisticeskij sbornik (Moskau 1991, S. 53).

Tabelle A13 — Durchschnitts- und Mindestlohn sowie Existenzminimum in Rußland 1989-1992 (Rubel)

	1989	1990	1991	I. Quartal 1992	Juni 1992
Monatlicher Durchschnittslohn	259	297	450	1950	4400
Statistisches Existenzminimum je Monat	112	130	262	1590	2150
Monatlicher Mindestlohn	80	90		342	900

Quelle: Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1990 g (Moskau 1991); Ekonomiceskaja gazeta (Nr. 30, 1992); Staatliches Komitee der Russischen Föderation für Statistik, "Die Russische Föderation in Zahlen" (Moskau 1992).

Tabelle A14 — Struktur der Haushaltseinkommen in Rußland 1990 (vH)

	Arbeiter- und Angestelltenhaushalte	Haushalte von Kolchosmitgliedern
Kolchoseinkommen	-	58,6
Löhne/Gehälter	82,2	8,5
Transfereinkommen	7,1	7,3
Einkommen aus Nebenwirtschaften	2,3	21,5
Einkommen aus anderen Quellen	8,4	4,1

Quelle: Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1990 g (Moskau 1991).

## Literaturverzeichnis

- EISMONT, Oleg A., "Entwicklung und Aussichten der Energiewirtschaft in der Sowjetunion". Zeitschrift für Energiewirtschaft, 1990, Nr. 3, S. 218-223.
- GABRISCH, Hubert, et al., Depression and Inflation: Threats to Political and Social Stability. Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche, Forschungsberichte, 180, Wien 1992.
- GARDINER, Paul, "Ex-Soviet Debt. A Riddle in a Mystery in an Enigma." Euromoney Supplement, April 1992, S. 63-73.
- INSTITUTE OF INTERNATIONAL FINANCE (IIF), USSR/CIS Country Report. Washington 1992.
- INTERNATIONAL MONETARY FUND (IMF) [a], Belarus. Pre-Membership Economic Review. Washington, März 1992.
- [b], Common Issues and Interrepublic Relations in the Former U.S.S.R. Economic Review. Washington 1992.
- [c], The Economy of the Former U.S.S.R. in 1991. Economic Review. Washington 1992.
- [d], Russian Federation. Economic Review. Washington 1992.
- [e], A Study of the Soviet Economy. Washington, Februar 1991.
- ÖKONOMISCHES FORSCHUNGSINSTITUT DES WIRTSCHAFTSMINISTERIUMS DER RF-NIEI, Materialien zur Analyse und Prognose der Wirtschaft der Russischen Föderation in den Jahren 1992 und 1993. Moskau, Juni 1992.
- ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT (OECD), The Soviet Agro-Food System and Agricultural Trade. Prospects for Reform. Paris 1991.
- PLANECON [a], Business Report, Vol. 2, No. 18, Washington 1992.
- [b], Energy Report, Vol. 1. Washington 1991/1992.
- [c], What do the Former Soviet Republics Export and Import: Initial Review of Commodity Composition of Trade. Report, Vol. 8, No. 26, Washington 1992.
- SCHMIEDING, Holger, Lending Stability to Europe's Emerging Market Economies. On the Potential Importance of the EC and the ECU for Central and Eastern Europe. Kieler Studien, 251, Tübingen 1992, in Vorbereitung.
- SCHRADER, Klaus, Claus-Friedrich LAASER, Kompromisse statt Marktwirtschaft — Reformdefizite in der Russischen Föderation, der Ukraine, Weißrußland und den baltischen Staaten. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 186/187, Juni 1992.
- WILL, Markus, "Rußland muß seinen Typ Marktwirtschaft finden. Gespräch mit dem GUS-Experten Axel Lebahn über die wirtschaftliche Situation des Landes". Börsen-Zeitung vom 4.7.1992.
- WORLD BANK, Review of Food Policy Options and Agricultural Sector Reforms. Joint Report to the Russian Federation and Members of the Commonwealth of Independent States. Washington, 20. März 1992.